

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3 Mark pro Quartal, 10 Mark pro Jahr, 30 Mark pro Jahr, 100 Mark pro Jahr. Einzelhefte 5 Pf. Sonntagshefte 10 Pf. Postgebühren sind in den Preisen eingeschlossen. Inland: 3 Mark pro Quartal, 10 Mark pro Jahr, 30 Mark pro Jahr, 100 Mark pro Jahr. Ausland: 4 Mark pro Quartal, 12 Mark pro Jahr, 36 Mark pro Jahr, 108 Mark pro Jahr. Postgebühren sind in den Preisen eingeschlossen. Inland: 3 Mark pro Quartal, 10 Mark pro Jahr, 30 Mark pro Jahr, 100 Mark pro Jahr. Ausland: 4 Mark pro Quartal, 12 Mark pro Jahr, 36 Mark pro Jahr, 108 Mark pro Jahr.

**Die Interlons-Gebühr**  
 beträgt für die Interlons-Kostenzeitung oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Ersteinst täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 25. Mai 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Verhandlungen im Baukrieg.

Die Verhandlungen im Baugewerbe sind nun beschlossene Sache. Am Donnerstag werden sie voraussichtlich beginnen. Ob sie aber überhaupt bis zu wirklichen Verhandlungen gehen, d. h. ob die rechtlichen Bemühungen der Unparteiischen nicht schon wieder an die vielermaßen Dresdener Beschlüssen scheitern werden, das ist noch sehr ungewiss. Bei den Vorbereitungen haben die Arbeitervertreter erklärt, daß sie über jene Beschlüsse nicht verhandeln, vielmehr das alte Vertragsmuster als die geeignete Verhandlungsunterlage betrachten. Ueber die Stellung der Unternehmer zu dieser Vorgehensweise ist nichts bekannt. Ebenfalls ist etwas Näheres darüber bekannt, was der Vorstand des Arbeitgeberbundes über die Haltung seiner Vertreter zu den einzelnen Streitfragen beschlossen hat. An der Haltung der Arbeitervertreter hat sich selbstverständlich nichts geändert, konnte sich auch nichts ändern.

Betrachtet man die Stellung der Parteien im Kampfe, so muß man allerdings sagen, daß der Arbeitgeberbund seine Beschlüsse preisgeben muß, wenn er nicht völlig zerrieben werden will. Die Situation des Bundes ist so schlecht wie nur möglich, und es ist ausgeschlossen, daß sie sich noch erheblich bessern kann. Man kann dabei die Haltung der Öffentlichkeit ganz außer Betracht lassen, obwohl es für den Bund sehr empfindlich ist, daß sich ein erheblicher Teil der unabhängigen Presse fortgesetzt gegen ihn kehrt oder ihn doch zum Einlenken zu überreden sucht. Daran ist natürlich in erster Linie der Arbeitgeberbund selbst schuld, der sich mit seinen Vergewaltigungsanträgen viele Gegner schuf, die bei geschickterem Takt sich auf seiner Seite gestanden hätten. Außerdem aber hat die muster-gültige Haltung der Bauarbeiter die Scharfmacher das Konzept verdorben. Ihre wohlberedene Passivität, ihre strenge Disziplin — Ausfahrungen kamen bisher so gut wie gar nicht vor — ihre imponierende Opferwilligkeit, das alles hat ihr auch manche Sympathien aus Kreisen zugeführt, die sonst nicht gerade sehr arbeiterfreundlich sind. Gewiß hat der Arbeitgeberbund und mit ihm das in diesem Kampfe schon mehrfach genannte Kartell der Hauptstelle und des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände sein möglichstes getan, um die Öffentlichkeit im Sinne der Scharfmacher zu beeinflussen, man hat dabei mit Geld und Unwahrheiten um sich geworfen, aber so bedeutend sind die Erfolge nicht gewesen. Die Bundesfrage stand und steht nun einmal in einem zu übeln Geruch. Auf diesem Gebiete kam also der Bundesweigen nicht zum Blühen.

Aber auch hinsichtlich des Umfangs der Aussperrung sieht die Sache des Bundes schlecht und sie wird sich auch kaum noch wesentlich bessern, so viel Geld und Terror der Bund auch noch aufwenden könnte. Die Feststellungen der Zahl der Aussperrten durch die Arbeiterorganisationen zeigen wohl Schwankungen in den einzelnen Wochen, aber keine entscheidenden Fortschritte der Unternehmer. Der Bund behauptet zwar, die Zahl der Aussperrten betrage jetzt rund 200 000, aber kein Mensch wird ihm das glauben. Uebrigens kommt bei Beurteilung der Kampfstrategie der Parteien nicht die Zahl der Aussperrten, sondern die der zu unterstützenden Verbandsmitglieder in Betracht. Und da ist es sehr bemerkenswert, daß sich deren Zahl bei der größten beteiligten Gewerkschaft, beim Maurerverbande, vom 27. April bis zum 12. Mai um 1404 vermindert hat. Was helfen da dem Bunde alle seine „Erfolge“, die er in der ganzen Welt austrommelt, wenn sich die Unterstützungsarbeit bei den Gewerkschaften dadurch nicht vermehrt! Der Bund muß nun aber auch damit rechnen, daß er eine weitere Ausdehnung der Aussperrung nicht mehr erreichen wird. Was mit Ueberredung und Terror zu erreichen war, das hat er erreicht; inzwischen ist die Hoffnungslosigkeit seiner Aktion so augenfällig geworden, daß sich die Unternehmer, die bisher nicht aussperrten, dafür bedanken werden, ihre Existenz einer so faulen Sache zuliebe aufs Spiel zu setzen.

Keine Erweiterung der Aussperrung hat der Arbeitgeberbund zu erhoffen, sondern er muß im Gegenteil mit einer progressiven Zerlegung in seinen eigenen Reihen rechnen. Fortwährend bröckelt es, bald hier, bald da. Je mehr man merkt, daß der Terrorismus des Bundes in dem Augenblicke wirkungslos ist, wo sich die Terrorisierten energisch dagegen wehren, umso größer wird der Abfall von der Aussperrung werden. Die Aufklärungsarbeit der Arbeiterpresse wird den vergewaltigten Unternehmern bald den Rücken stärken und ihnen besonders die gänzlich unbegründete Furcht vor den Konventionalstrafen nehmen, womit der Bund seine Reihen zum guten Teil zusammenhält. Ähnlich so steht es mit der Materialsperrung. Es gibt nur ganz wenig Gebiete, wo sie so durchgeführt ist, wie sie der Bund geplant und gewünscht hat. Für die meisten Unternehmer ist Material in genügendem Maße zu bekommen, wenn sie nur zahlen können. Das wird aber bewirken, daß die Materialsperrung immer unwirksamer werden wird. Die sich dem Sperregebot des Bundes fügenden Materialhändler müssen zusehen, wie fremde Firmen die guten Geschäfte gegen Barzahlung machen, während sie brach liegen und vergebens auf das Ende des Kampfes warten. Werden sie das noch lange aushalten? Der Bund weiß selbst am besten,

mit welcher Ungeduld die Materialhändler den Dingen zusehen. Oder weiß er es nicht? Er ist ja von solchen Erscheinungen oft merkwürdig schlecht unterrichtet. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wo jetzt besonders die holländische Konkurrenz gute Geschäfte macht, wird der Bund bei längerer Dauer des Kampfes bald wenig Freude an der Materialsperrung haben. Jetzt schon muß er es ruhig ansehen, wie die Gladbecker Unternehmer, die in ihrem Arbeitsgebiet entgegen dem Willen des Bundes die Aussperrung aufgehoben haben, mit reichlichem Material versorgt werden. Aber auch in anderen Landesteilen funktioniert die Sperrung nicht.

Und was für den Bund das schlimmste ist: er ist nicht in der Lage, die Mittel aufzubringen, die — nicht zur Rettung der Situation, denn davon kann keine Rede mehr sein —, die zum Zusammenhalten seiner auseinanderlaufenden Mitglieder nötig wären. Der Bund ist in finanziellen Schwierigkeiten! Man wird das nicht für möglich halten, weil uns ja so oft von den 40, ja 50 Millionen erzählt wurde, die der Arbeitgeberbund nur so zum Zugreifen liegen haben wollte. Aber es ist doch wahr. Was der Bundesvorstand von den Millionen erzählt hat, war Wind. Mit diesen Erzählungen wollte er nur die zweiseitigen Unternehmer ködern und zureden sprechen. Wir werden den Beweis dafür liefern. — Es ist bekannt, daß sich das oben erwähnte „Kartell“ der großindustriellen Scharfmacherverbände am 4. Mai in einer Sitzung mit der Aussperrung im Baugewerbe beschäftigt hat, wobei die Unzufriedenheit der Industriellen mit dem ihnen nicht genügenden Umfang der Aussperrung zum Ausdruck kam. Diese Sitzung hat den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten, Architekt Friß-Essen, veranlaßt, einen Brief an den Vorsitzenden jenes Kartells, Kommerzienrat Wenzel-Altona zu richten, aus dem die finanziellen Nöte des Bundes ohne weiteres ersichtlich sind. Wir sind in der Lage, den entscheidenden Teil des Briefes mitteilen zu können. Nachdem der Briefschreiber (Friß-Essen) bemerkt hat, daß (am 6. Mai) schon 200 000 Arbeiter ausgesperrt seien, fährt er fort:

„Nach unserem Dafürhalten wird auch, wenn heute eine kräftige Unterstützung sowohl in finanzieller als moralischer Beziehung seitens der Industrie einsetzt und die Feinzeit von der Industrie im Kartellausschuss in Aussicht genommene Preiskommission ihre volle Tätigkeit entfalten würde, die Aussperrung sich weiter und weiter vergrößern.“

Von dem unterzeichneten Vorsitzenden wurde auch in der Kartellausschussung am 4. v. M. betont, daß weitere Baugewerbetreibende, wie Stukkateure und Dachbeder, im hiesigen Bezirk in den Zustand getreten sind, und daß somit die Zahl von 200 000 noch überschritten ist.

Um nun dem Abfallen einzelner vorzubeugen, und vor allen Dingen um die Aussperrung zu vergrößern, ist nunmehr die aktive Unterstützung der Industrie sowohl in moralischer als finanzieller Beziehung unbedingt erforderlich. Wie richten daher die dringende Bitte an Ew. Hochwohlgeboren, bei der Hauptstelle in diesem Sinne vorstellig zu werden und nunmehr der Öffentlichkeit gegenüber die finanzielle Unterstützung in Zahlen zu liefern, welche den Beweis liefern, daß Sie voll und ganz unterstützen, und daß die Erklärung vom 19. v. M. auch in die Tat umgesetzt ist.

Ein Zurückziehen der Industrie, wie es seitens der Hauptstelle in der letzten Kartellausschussung der Fall zu sein schien, dürfte nicht nur dem Baugewerbe, sondern auch der Industrie für die Folge großen Schaden bringen. Unseres Erachtens ist es heute die geeignetste Zeit, nunmehr die Unterstützung im richtigen Lichte zu zeigen. Wir hoffen, daß Ew. Hochwohlgeboren diese Anregung“ usw.

Dieser jammervolle Bittbrief ist dann „mit vorzüglicher Hochachtung“ ergehenst“ von Herrn Friß im Namen seines Verbandes unterzeichnet. Er beweist, daß alle bisherigen Mitteilungen über die Millionen der Industriellen falsch waren, denn nach dem Schreiben soll die kräftige finanzielle Unterstützung erst „einsetzen“. Er zeigt weiter, daß der Bund dringend Geld braucht, um „dem Abfallen einzelner vorzubeugen“ — „um die Aussperrung zu vergrößern“ ist nur ein Reder für die Scharfmacher —, und er zeigt schließlich, daß die Großindustriellen anfangen, die Luft an der Aussperrung zu verlieren, weil sie ihnen zu hoffnungslos ist. So stehen die Sachen bei den Unternehmern.

Allerdings, einen Trumpf haben sie noch in der Hand. Das ist nichts weniger als die Sympathie-Aussperrung in der Großindustrie. Es war freilich eines der überantwortlichen Scharfmacherblätter, nämlich die Oestemünder „Arbeitgeber-Zeitung“ für das Baugewerbe, das bisher mit dem Gedanken einer solchen Aussperrung spielte. Das Blatt schrieb vor acht Tagen, „daß der Kampf in der schärfsten Form geführt werden müßte, um schneller die Entscheidung herbeizuführen. Die Industrie ist in der Lage, hierzu die Parole auszugeben. Anstatt der vielen Resolutionen sollten die betreffenden Zustände zur Tat übergehen und dem Baugewerbe zeigen, daß sie auch ganz zu ihm stehen. Dann wären unsere Gegner auf einmal mattgesetzt und die Aussperrung in gewisser Hinsicht keinen Schwankungen mehr unterworfen, über die sich gewisse Kreise sichlich freuen. Dem Vorstoß, den die Arbeiterschaft unternommen hat, muß der Sieg folgen, wenn Industrie und Baugewerbe in dieser ersten Zeit sich in der Tat die Hände im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind reichen“. Dies

Blatt ist nun zwar nicht ernst zu nehmen. Müßte man das, so könnte man den Unternehmern nur sagen: Wollt ihr eine Katastrophe haben, so sperrt aus; aber sie wird für euch größer als für die Arbeiterschaft. Dieser Wahnsinn ist indessen nur ein weiteres Zeichen für die Schwäche der Kampfstellung des Bundes. Als solches aber verdient er alle Beachtung.

Ueber die Stellung der Arbeiter ist nichts Neues zu sagen. Die Aussperrten bewahren überall eine muster-gültige Haltung. Sie sind von dem Bewußtsein durchdrungen, einen großen, wichtigen Kampf zu führen, von dem ein gutes Stück proletarischer Zukunft abhängt, und dies Bewußtsein erleichtert ihnen die Opfer, die sie tragen müssen. Und auch die in Arbeit stehenden Bauarbeiter aller beteiligten Branchen lassen es nicht an Opfermut fehlen. Das ist das Wichtige bei diesem Kampfe. Denn mag mancher Umstand zur Stärkung der Kampfstellung der Arbeiterschaft beigetragen haben, das Entscheidende war ihr Opfermut. Ohne diesen stände die Sache der Bauarbeiter heute nicht so gut, wie sie tatsächlich steht. In diesem Kampfe sieht man, was die gewerkschaftliche Schulung für die Praxis der Kämpfe bedeutet. Arbeiter ohne Begeisterung für unsere Massentideale wären nicht in der Lage, einen solchen Kampf siegreich zu führen.

Darum können die Vertreter der Arbeiterschaft mit kaltem Blute zu den Verhandlungen gehen. Wollen die Unternehmer den Frieden — gut, auf der Grundlage der Gleichberechtigung ist er jederzeit zu haben; beharren sie bei ihren Vergewaltigungsanträgen, dann mag der Kampf weiter gehen. Der Opfermut der Bauarbeiter hat sich längst der gesamten organisierten Arbeiterschaft mitgeteilt; mit ihrer kräftigen Hilfe wird der Sieg errungen werden!

## Chinesentum in der Marine!

Das „Hamburger Fremdenblatt“ veröffentlicht einen Erlaß des Kommandeurs der Oststation, in dem den Marineingenieuren auseinandergelegt wird, daß sie daraus, daß sie in der Offiziersmesse mit dem Offizierskorps zusammen speisen, durchaus noch nicht ein Recht daraus herleiten könnten, von den Offizieren als gesellschaftlich Gleichstehende betrachtet zu werden. Aus der „Verpflegungsgemeinschaft“ in der Offiziersmesse ergäbe sich keineswegs ein „Familienpflichtverkehr“. Nur im Auslande oder auch außerhalb des eigentlichen Heimatlandes seien selbstverständlich die „heimatlichen Gesellschaftsbeziehungen“ fort. Aber auch nur dann könne die Messe als „gemeinsame Betretung“ des Schiffes in Erscheinung treten.

Das hamburgische Blatt, das an diesem Chinesentum Kritik geübt hatte, erhielt daraufhin eine Zuschrift des Konteradmirals außer Diensten Höpner, in der dieser Erlaß des Chefs der Oststation sowie ein anderer neuerlicher, in dem den Marineingenieuren verboten wurde, sich Parkettplätze im Theater zu kaufen, weil sie dadurch in allzu nahe Berührung mit den Seeoffizieren gebracht würden, entschuldigt wurde. Diese entschuldigende Begründung durch den Herrn Konteradmiral ist nicht minder famos als die Erlasse selbst. Es wird darin auseinandergelegt, daß das Marineingenieurkorps deshalb den Offizieren nicht gesellschaftlich gleichgestellt werden könne, weil es sich bis zum Jahre 1899 nur aus den Heizern auf Seeschiffen und aus Freiwilligen, die in der Marine technisch ausgebildet wurden, ergänzt habe. Es sei also ein aus dem Unteroffiziersstande hervorgegangenes Offizierskorps gewesen. Da obendrein die Heiratsverhältnisse sehr liberal gehandhabt worden sei, um nicht tüchtige Maschinen zum Austritt zu zwingen, könne das Korps als Ganzes niemals Anspruch darauf erheben, in seinem „inneren Gehalt“ (1) und mit seinen gesellschaftlichen Eigenschaften den Marineoffizieren oder Marineärzten gleichwertig erachtet zu werden.

In dem gleichen Atemzuge, in dem der Konteradmiral a. D. die Minderwertigkeit an „innerem Gehalt“ betont, preist er die Leistungen dieses Korps in der Leitung und Handhabung der Schiffsmaschinen als „unübertrefflich“. Das Korps habe aus der „Auslese der in der Praxis Bewährtesten und Tüchtigsten“ bestanden!

Jetzt sei man daran, auch das Ingenieurkorps aus den Kreisen eines Offiziersersatzes auszuwählen. Die jetzigen Ingenieur Aspiranten, von denen die ersten im Jahre 1908 eingestellt worden seien, könnten in drei bis vier Jahren Marineingenieur werden. Es müßten aber annähernd 25 Jahre vergangen sein, bevor durch die Neuorganisation ein dem Seeoffizierskorps ebenbürtiges Marineingenieurkorps geschaffen sei!

In einigen 20 Jahren also wird das Marineingenieurkorps soweit sein, daß es auch mit Seeoffizieren gesellschaftlich verkehren und sich dieselben Theaterplätze kaufen darf wie die Offiziere oder Ärzte. Ob dann freilich die Verursachung dieser gehobenen Ingenieurkorps nicht durch die „gesellschaftliche Hebung“ Schaden erlitten haben wird, ist mehr als fraglich. Sagt doch selbst Konteradmiral a. D. Höpner in seiner Zuschrift:

„Die Gefahr lag und liegt nur zu nahe, daß die jetzt mehr offiziersmäßige Ausbildung des Ingenieurkorps eher Saloningenieure als in allen Sätzen geradete Praktiker schafft.“

Dem aberwähnten Begriffe eines wahrhaft chinesischen Standesbündels wird also vermutlich die Tüchtigkeit eines technischen Korps geopfert werden, das gerade für unsere Kriegsflotte von ausschlaggebender Bedeutung ist!

# Nationalliberale Notizreihe.

Die nationalliberalen Organisationen machen noch in letzter Stunde den Versuch, ihrer so bedenklich ins Wanken geratenen preussischen Landtagsfraktion das Adidgrat zu streifen. So haben die nationalliberalen Wahlvereine von Vnd, Diehlo und Johannisburg in einer zahlreich besuchten gemeinschaftlichen Vorstandssitzung einstimmig den Beschluß gefaßt, daß die Fraktion in der Forderung der direkten und geheimen Wahl unbedingt festhalten möge. Der Entwurf des Herrenhauses sei mit liberalen Grundzügen nicht vereinbar, weil die Freiheit der Wahl dadurch nicht gewährleistet werde, insbesondere auch nicht für die ostpreussischen Verhältnisse.

Auch die Göttinger Nationalliberalen forderten in einer Versammlung des nationalliberalen Wahlvereins die glatte Ablehnung des von dem Herrenhause beschlossenen Gesetzes.

Der Vorsitzende, Universitätsprofessor Dr. Brandt, übte an der veränderten Gestalt, welche das Abgeordnetenhaus der Regierungsvorlage gegeben, herbe Kritik. Auch in der Diskussion gab sich die einseitige Meinung der Redner dahin kund, daß die nationalliberale Fraktion unbedingt an den Magdeburger Beschlüssen festhalten und demgemäß die geheime und direkte Wahl fordern müsse. Justizrat Veyer erklärte, die Partei würde unheilbaren Schaden leiden, wenn sie diese Forderungen fallen lassen wollte; werfe man doch ohnehin den Nationalliberalen vor, daß sie nicht stand halten. Wir würden keine Ruhe im Lande bekommen, wenn der Wille der übergroßen Mehrheit des Volkes nicht erfüllt würde. Die Nationalliberalen, so meinte ein anderer Redner, haben jetzt Gelegenheit zu zeigen, daß sie auch liberal sind. Erfüllen sie jetzt nicht, was von ihnen erwartet wird, dann wendet sich das Volk von ihnen ab. Der Vorsitzende des Nationalliberalen Jugendvereins, Lehrer Keller, sagt, bis jetzt seien die Jungliberalen mit der Haltung der nationalliberalen Fraktion einverstanden gewesen; gäben sie jetzt bei der Wahlrechtsvorlage ihren Standpunkt auf, so würde man das sehr bedauern.

Ein als Gast anwesender Vertreter des Vereins der Fortschrittlichen Volkspartei, Dr. Rosenthal, machte darauf aufmerksam, daß eine unüberbrückbare Spaltung zwischen der Volkspartei und den Nationalliberalen eintreten würde, falls letztere jetzt umfallen würden. Ein Zusammenarbeiten beider Parteien im hiesigen Wahlkreis würde sich dann als unmöglich erweisen. Auch andere Redner meinten, es wäre ein Unglück für die Partei, wenn sie nicht fest bliebe.

Hierauf nahm der Vertreter des Wahlkreises Göttingen im Abgeordnetenhaus, der nationalliberale Abgeordnete Heine, das Wort. Versprechungen für seine Fraktion könne er freilich nicht geben, da eine endgültige Stellungnahme noch nicht erfolgt sei. Ob im Abgeordnetenhaus etwas zustande komme, sei noch fraglich, selbst wenn die Nationalliberalen für die Beschlüsse des Herrenhauses stimmten. Ihm persönlich würde es angenehm sein, wenn die Fraktion zu einer glatten Ablehnung des Herrenhauskompromisses kommen würde. Er werde in der Fraktionssitzung am Mittwoch ein klares Stimmungsbild über den Verlauf der heutigen Versammlung geben.

Im Schlußwort sprach Professor Brandt nochmals die Hoffnung aus, daß die Partei um keinen Preis ein Kompromiß eingehen, sondern an den Magdeburger Beschlüssen festhalten werde. Dem Zentrum die Kostanien aus dem Feuer zu holen, hätten die Nationalliberalen keine Veranlassung. Die nationalliberale Fraktion müsse in dieser Frage geschlossen dastehen.

Auch im „Hannov. Courier“ erhebt der Vorsitzende eines nationalliberalen Vereins noch einmal einen „Notizrei“. Er setzt auseinander, daß die Opposition der Nationalliberalen bei der Reichsfinanzreform der Partei wieder zahlreiche Männer zugeführt habe, die sich lange abseits gehalten hätten, weil die Partei bis dahin immer gar zu leicht umgefallen wäre. Man habe sich weiter Kreise wieder große Unruhe bemächtigt, da man neuen Umfall befürchtet. Wache man diese Befürchtungen wahr, so werde das von den schlimmsten Folgen für die Partei begleitet sein. Die Fraktion möge sich doch ja nicht durch den Wortwurf beeinflussen lassen, daß sie „nicht mitarbeiten“ wolle. Die Nationalliberalen hätten oft nur zu sehr mitgearbeitet; etwas mehr Zurückhaltung wäre manchmal am Platze gewesen. Die Achtung vor sich selbst, liberale Gesinnung und der Blick auf die Zukunft der Partei, alles das weise hin auf die Notwendigkeit der Ablehnung der Herrenhausbeschlüsse.

Auch in der „National-Zeitung“ wendet sich ein Dr. B. Viehmann in einem langen Artikel gegen die Umsallgelüste gewisser Parteigeliebten. Er schreibt u. a.:

„Unabhängig wird angeführt, daß die Ablehnung, alles oder nichts-Politik“ treiben heiße, die dem nationalliberalen Wesen fremd sei und die freisinnige Richtung zur Dummheit heruntergedrückt habe. Eine solche, rein negierende Haltung dürfen wir allerdings unserem Programm und unseren Traditionen gegenüber nicht einnehmen. Gerade eine nationale und Mittelpartei muß das Gute nehmen, wenn das ihrer Ansicht nach Bessere nicht erreichbar ist, sie muß dann selbst zu Opfern bereit sein, soweit nur dadurch der Fortschritt zu erlangen ist. Ja, bringt denn aber die Vorlage das Gute? Genügt sie auch nur einer der in der Magdeburger Tagung einstimmig und mit Begeisterung aufgestellten Forderungen? Erstet sie die veraltete, nur für politische Kinder berechnete, zur Wahlrechtsreform sowie zur Kandidatenbenennung seitens eines kleinen, mächtigen Konventikels führende indirekte Wahl durch die direkte? Bringt sie die nach der staatsbürgerlichen Bedeutung der Wähler bemessene Abstufung des Stimmrechts? Schafft sie eine gerechte und insbesondere eine der Geltung von Industrie und Handel sich anbequeme Verteilung der Mandate?“

Ein glattes Nein ist die Antwort. Die beschlossene, so gepriesene Dritteilung kann für die Verwirklichung des Wahlrechts einwirkungslos nicht entschädigen. Die Wirkungen, welche die westfälische Industrie von ihr erfährt, sind unerprobt und durchaus noch nicht sicher; sie beschränken sich jedenfalls auf einige große Arbeiterzentren und kommen dann anderswärts auf das von liberaler Seite doch sicherlich nicht erstrebenswerte Ziel hinaus, die Sozialdemokratie von jeder Betretung im preussischen Volkshause fernzuhalten. Mit um so größerer Macht wird sie dann in den Reichstag eindringen. . .

Die nationalliberale Partei kann und darf die endlich in Aussicht stehende Sammlung aller Liberalen zum Kampf gegen eine veraltete Weltanschauung nicht sprengen. Sie muß Farbe bekennen und zusammenstehen mit denjenigen Parteien, die wie sie eine wirkliche Wahlreform für Preußen durchsetzen wollen. Darum Achtung vor der eigenen Flagge, die wir aber bewahren müssen vor einem unruhlichen Rückzug!“

Man muß es den linksstehenden Nationalliberalen lassen, daß sie es an Warnungen vor dem Anfall und an einem

Appell an das politische Instands- und Pflichtgefühl ihrer Parteifreunde nicht haben fehlen lassen. Es wird sich nun zeigen müssen, was innerhalb des preussischen Nationalliberalismus einflussreicher ist: die letzten Reminiscenzen an eine liberale Vergangenheit oder die Neigung, den rheinisch-westfälischen Scharfmachern und Selbstschadprogen zuliebe die völlige Entrechtung der Massen durchsetzen zu helfen!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Mai 1910.

### Aus dem Abgeordnetenhaus.

Der Dreiklassenlandtag hatte in seiner Dienstagssitzung — der ersten nach dem Pfingstferien — zunächst die erste und zweite Beratung eines Gesetzesentwurfes vorzunehmen, der 12 Millionen Mark für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der staatlichen Arbeiter und Unterbeamten verlangte. Nachdem mehrere Redner ihrer Sorge Ausdruck gegeben hatten, daß der Staat nicht etwa der privaten Bautätigkeit Konkurrenz mache, wurde die Vorlage angenommen. Zu einer scharfen Kritik der verrotteten preussischen Zustände durch Genossen Liebnecht gab ein sozialdemokratischer Antrag Veranlassung, der verlangte, daß die veralteten §§ 9, 10 und 41 des preussischen Baugegesetzes vom 12. Mai 1851 aufgehoben würden. Die bürgerliche Majorität konnte sich zu einer Beseitigung der in der Zeit der ärgsten Reaktion geschaffenen Anhebeparagraphen nicht aufschwingen. Nur ein nichtsagender Zentrumsantrag, der an die Regierung das Ersuchen richtete, die Paragraphen in zeitgemäßer Weise abzuändern, wurde angenommen. Ein weiterer Antrag unserer Genossen verlangte die Aufhebung einiger Bestimmungen, die den Unterstützungswohnstätten regeln. Genosse Liebnecht, der an Hand eines reichhaltigen Materials den Antrag begründete, zeigte durch verschiedene Beispiele, wie wirksam die Polizeibehörden die Bestimmungen des Gesetzes handhaben.

Um 4½ Uhr wurden die Verhandlungen auf Mittwoch mittag vertagt.

### Die Angst vor der Abrechnung.

Die Reaktionen aller Schattierungen des Abgeordnetenhauses möchten um jeden Preis irgend etwas, das man als Wahlreform ausgeben kann, zustande bringen, um nur der sozialdemokratischen Wahlrechtsbewegung Abbruch zu tun. Darin sind die Konservativen mit den nationalliberalen Scharfmachern völlig einig. Nichts fürchten sie mehr, als daß sie vor den Wählern des gleichen Wahlrechts für ihre Volkseindigkeit Rechenschaft werden ablegen müssen. So schreiben die nationalliberalen „Westf. Vol. Nachr.“:

„Die nationalliberale gesinnungsgewerblichen Kreise, nicht bloß der Großindustrie, sondern auch des Mittelstandes, würden es geradezu als ein Unglück ansehen, wenn die preussische Wahlreform in die nächste Reichstagswahltagung hineingezogen würde. Wir selbst haben keinen Anstand genommen, derartige Besetzungen als einen Frevler an unserer Gewerbetätigkeit zu bezeichnen und wiederholen dies hier mit allem Nachdruck! Die gewerblichen Kreise wünschen, daß Fragen, die Lebensinteressen für den Gewerbebestand in sich schließen, nicht von parteipolitischen und parteialistischen, sondern von sachlichen Gesichtspunkten aus behandelt werden. . . Wer darauf hinausgeht, die preussische Wahlrechtsfrage in die Reichstagswahl-Tagung hineinzuziehen, der wirkt, bewußt oder unbewußt, auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen hin. Eine Parteilichkeit, die dem Vorhaben leistete, könnte sicher sein, daß nicht bloß die paar „westfälischen Scharfmacher“, sondern die Gewerbetätigkeit im weitesten Umfange, im Westen wie im Osten, ihr ohne weiteren Umstand den Rücken kehren würde.“

Du, die Herren können versichert sein, daß ihnen das „Unglück“ nicht erspart bleiben wird. Die preussische Wahlrechtsfrage wird unter allen Umständen — und seine tatsächlichen Künftlinge werden daran etwas ändern — in dem Mittelpunkt der nächsten Reichstagswahl stehen, und keiner Partei wird es erspart bleiben, zu erklären, ob sie für das Recht oder für die Entrechtung des Volkes in Preußen gekämpft hat. Aber darin hat das nationalliberale Scharfmacherblatt schon recht: Die nächsten Reichstagswahlen müssen für die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen eine wichtige Etappe bilden und der Stimmzettel zur Waffe werden, um die Feinde des gleichen Wahlrechts in Preußen zur Strecke zu bringen.

### Der Termin der nächsten Reichstagswahlen.

Bisher wurde in parlamentarischen Kreisen ganz allgemein angenommen, die Regierung werde den Reichstag nach Ablauf der nächsten Session im Mai oder Juni 1911 auflösen und die Neuwahlen für den Herbst 1911 ausgeschrieben. Jetzt kommt nun eine für die bürgerliche Presse „sehr zuverlässige Quelle“ in Dresden und telegraphiert in die Welt hinaus — beispielsweise an „Köln. Zeitung“ und „Berl. Tageblatt“ — „Die vereinigten Regierungen hätten sich bereits dahin geeinigt, die nächsten Reichstagswahlen im Januar 1912 stattfinden zu lassen.“

Möglich wäre das natürlich, denn der gegenwärtige Reichstag ist im Januar 1907 gewählt, die Neuwahl im Januar 1912 würde also der letzte Termin sein und außerdem würde eine Auflösung nicht notwendig werden. Aber, da bei einer Wahl im Januar die Beratung des Etats, der zum 1. April fertig sein soll, unterbrochen und die ganze Session für Arbeiten über den Etat hinaus unbrauchbar gemacht würde, darf man doch wohl ein großes Fragezeichen hinter die Meldung der „zuverlässigen Quelle“ machen.

### Die Mannesmann-Affäre.

Seit einigen Tagen ist in der deutschen und französischen Presse viel davon die Rede, daß zwischen Frankreich und Deutschland ein „nichtpolitisches Uebereinkommen“ abgeschlossen worden sei, über dessen Inhalt allerhand Mutmaßungen geäußert werden. Es scheint sich dabei um an sich wenig wichtige Dinge zu handeln, die höchstens als Symptome für eine allgemeine Besserung in den Beziehungen beider Länder von Bedeutung sind.

Dagegen scheint allerdings in letzter Zeit ein Konfliktstoff aus der Welt geschafft worden zu sein, der, wenn es nach der Absicht unserer Kolonialenthufanten gegangen wäre, das Verhältnis zu Frankreich sehr gestört hätte. Die Brüder Mannesmann, welche für ihre angeleglichen Minenkonzessionen am liebsten die deutsche Armee mobilisiert gesehen hätten, haben sich jetzt, wie aus Paris gemeldet wird, mit den französischen Marokointeressenten verständigt; sie haben ihre Ansprüche ermäßigt und den französischen Kapitalisten einige Zugeständnisse gemacht, die diese befriedigen. So endigt auch dieser Streit, der so aufdringlich als nationale Angelegenheit ausgeföhren wurde, mit der Teilung des Raubes unter die habenden Kapitalisten-gruppen.

### Deutscher Männerstolz vor Königsthronen.

In der Stadt Delitzsch werden, einer alten Tradition getreu, die sich an den 30jährigen Krieg knüpft, wöchentlich zweimal von einem Turme herab die sogenannten schwedischen Keilerfingergeläfen. Mitglieder der schwedischen Gesandtschaft in Berlin waren vergangene Woche in Delitzsch, und diese an sich völlig gleichgültige Sache benutzten die Väter der Stadt dazu, den König von Schweden, der sich zurzeit in Wien aufhält, anzugelaphieren. Und wie sie das getan haben, zeigt der Wortlaut des Telegramms:

„Ew. Majestät wollen allergnädigst gestatten, daß Ew. Majestät wir in allerhöchster Dankbarkeit und Ehrfurcht in dieser schönen und unvergesslichen Feststunde einen alleruntertänigsten Guldigungsgruß senden.“

Welchen Begriff mag der König von Schweden von den Deutschen bekommen, wenn er schon aus Anlaß einer solchen Beringfügigkeit in dieser ungläublichen Weise angewedelt wird!

### Von den sächsischen Nationalliberalen.

Bei der nationalliberalen Fraktion des sächsischen Landtages scheinen recht nette Zustände zu herrschen. Politisch wird sie treffend durch ein Schreiben charakterisiert, das ihr früheres Mitglied, der Abg. Merkel, veröffentlicht. Es heißt darin unter anderem:

„Mein Austritt aus der nationalliberalen Landtagsfraktion ist erfolgt, weil die Fraktionsleitung dem gemäßigten Liberalismus der Regierung gegenüber keine Geltung zu verschaffen wollte und weil in der Fraktion von Liberalismus schließlich nicht viel mehr zu spüren war. Zu Beginn der Session, als mehrere Minister den Nationalliberalen schon zu Leibe gingen, hat es an schönen Vorfällen nicht gefehlt, aber zu guter Letzt war alles wieder vergeben und vergessen. Man wich stets mutig zurück und konzedierte alles, was die Regierung wünschte, sobald sie nur mit Nachdruck auf ihrem Willen bestand. . . Erst der fortgesetzte Anfall der Fraktion und die offene zutage tretende Liebedienerei der Parteileitung gegen die Regierung und die Konservativen haben mir schließlich den Austritt diktiert. Ich ward zuletzt als liberaler Mann gedrängt, meiner Wege zu gehen.“

Das ist sicher eine Charakterisierung, die dadurch nichts an Wert verliert, weil sie nicht nur für die sächsische, sondern ebenso für die preussische Landtagsfraktion zutrifft. Es ist dies nur die Folge des Umstandes, daß es Herrn Merkel trefflich gelungen ist, das Wesen des deutschen Nationalliberalismus überhaupt herauszuarbeiten.

Zu dem politischen Standpunkt kommt noch ein persönlicher. Die Fraktion veröffentlicht folgende Erklärung, die sich gegen die Praktiken ihres zweiten Vorsitzenden, des Herrn Abg. Langhammer, bei der Gründung des Zapetenruffs (Klog) richtet:

„Der Beschluß der Fraktion geht dahin, daß sie nach Prüfung des ihr von Herrn Abg. Langhammer vorgelegten Materials nicht imstande ist, sein Verhalten in der „Klog“-Angelegenheit als einwandfrei anzusehen, und zwar hat sie vor allem Anstoß genommen an der Tatsache, daß Herr Langhammer zu einer Zeit, in der er bereits mit der Zapeten-Industrie-Aktiengesellschaft über den Verkauf seiner Zapetenfabrik verhandelte, und auch noch, als er diesen Verkauf zum Abschluß brachte, den Vorsitz im dem Verein Deutscher Zapetenfabrikanten trotz dessen Gegnerschaft zur „Klog“ nicht niedergelegt hat.“

Diesem Beschluß haben alle Mitglieder der Fraktion mit Ausnahme des Herrn Langhammer zugestimmt.

Die Fraktion hat gemeint, Herrn Abg. Langhammer aberlassen zu sollen, die notwendigen Konsequenzen aus diesem Beschluß selbst zu ziehen.“

Damit diese herrliche Partei die stärkste des Landtags ist, war es allerdings nötig, die Arbeiterklasse, die bekanntlich politisch untreu und minderwertig ist, durch das infame Pluralwahlsystem zu entrechteten.

### Die „kaiserliche“ Arbeiter behandelt werden!

Aus Danzig wird uns geschrieben: Am 7. Mai d. J. hatte sich der Herrmann L. von einem Arbeitskollegen ein Stückchen Salmiak besorgt, mit der Bedingung, den Gegenstand wieder zurückzubringen, um seine Laterne von seinem Fahrrad, das er von und zur Arbeitsstätte benutzt, zu lösen. L. nahm nun leider diesen Gegenstand am Sonnabend mit nach Haus, um am Sonntag die Arbeit an seiner Laterne vorzunehmen. Von der jetzt auf der Werkstationierten Danziger Polizei wurde seine schmutzige Wäsche revidiert und dabei das wallnuthgroße Stück Salmiak „entdeckt“. Allerdings verhielt das gegen die Verordnungsordnung. L. wurde dem Oberwerksdirektor gemeldet, der seine sofortige Entlassung verfügte. Einer solchen Rappalie wegen einen Arbeiter sofort zu entlassen, der neun Jahre auf der Werkstation beschäftigt und nie bestraft ist, eine Familie von drei Kindern und eine verkrüppelte Frau zu ernähren hat, ist denn doch zu hart! Zumal diese Praxis nicht immer geübt wird. Die Standhafte Wasserlocher gibt dafür den besten Beweis. Hier wurde von höherer Stelle verfügt, daß Gegenstände, wie Kupferrohre, Restingteile, Inventarien und Geschäfte, zur Ausfüllung von Wasserlöchern verwendet wurden, weil die Gegenstände angeblich wertlos seien. Dabei ist festgestellt, daß ein Kupferrohr allein den Wert von 8,80 Mk. hatte! Das Reichswassermarineamt erklärte allerdings nach der vom Abgeordneten Erbering verlangten Auspeilung des Wasserloches, daß Materialien irgendwelcher Art nicht mehr im Graben lagen, während heute bei hellem Sonnenschein und klarem Wasser Gegenstände in dem bekannten — noch nicht gereinigten — Wasserloche mit dem bloßen Auge erkennbar sind!

Besteht etwa der Grundsatz auf der kaiserlichen Werk, daß, wenn zwei dasselbe tun, es nicht dasselbe ist?

### Bekämpfung der Schundliteratur im bayerischen Abgeordnetenhaus.

München, 21. Mai. Auf der Tagesordnung steht ein Antrag der Liberalen, der die Regierung auffordert, Mittel zur Errichtung und Förderung von Schul- und Volksbibliotheken in den Etat einzuführen, um die Schundliteratur wirksam zu bekämpfen.

Der Redner der liberalen Partei begründet den Antrag in längeren und wirksamen Ausführungen. Er schildert besonders den verberblichen Einfluß der Schund- und Schmutzliteratur auf das empfindliche Gemüt der Jugend und führt Beispiele aus der Kriminalistik an. Er findet es auch außerordentlich bedauerlich, daß jährlich Millionen des Volkvermögens für den geistigen Schund ausgegeben werden und glaubt, daß nur die Verbreitung guter und billiger Schriften ein einigermaßen wirksames Mittel gegen die literarische Brunnenerverftung darstelle.

Der sozialdemokratische Redner sieht das beste Mittel in der Forderung der Volksbildung durch eine gründliche Schulreform. Bei Errichtung von Volksbibliotheken will er allen Weltanschauungen Rechnung getragen wissen und bedauert, daß man kurzschäftiger und unvernünftigerweise die sozialistische Literatur aus den Volksbibliotheken vielfach fernhält. Die sozialdemokratische Partei habe auch gegenüber der Schundliteratur zur Selbsthilfe gegriffen und suche besonders die Jugend zu schützen durch Einsetzung einer Jugendschriftenprüfungscommission und durch Herausgabe eines Jugendschriftenverzeichnisses. Er stimmt dem Antrage zu, lehnt aber ein Kontrollrecht des Staates über die von Gemeinden oder Privaten errichteten Bibliotheken ab.

Der Redner des Zentrums erklärt sich wie auch der Minister gegen den Antrag und zwar aus finanziellen Gründen: kein Geld dal zugleich bemüht der Redner die sehr wenig passende Gelegenheit zu einer Kulturkampfrede gegen den Liberalismus und den Unglauben, gegen die religionsgerföhrenden Mächte

In Wissenschaft und Politik. Es ist fast schrecklich, zu wissen, daß in Volksbibliotheken Schriften von Darwin, Büsche, Häkel, Schopenhauer, Strauß usw. sich befinden. Volksbibliotheken dürfen nach ihm keine Bücher enthalten, die antireligiösen oder antinationalen Charakter tragen.

Der liberale Redner sagte in seinem Schlussworte dem Reichsminister unter Anspielung auf verschiedene „Sittlichkeitsfälle“ unter der katholischen Geistlichkeit einige bittere Wahrheiten. Geholfen hat's nicht. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der drei Minoritätsparteien abgelehnt.

### Viermal zu Unrecht verurteilt.

Mit einem ganz eigenartigen Falle hatte sich das Oberkriegsgericht des 3. Armeekorps zu beschäftigen. Unter Anklage stand der ehemalige Festungsgefangene Gypionta. Er ist durch kriegsgerichtliche Urteile viermal zu Unrecht bestraft worden. Er erhielt wegen erheblicher Erzehe Vorbehalten gegenüber Gefängnisstrafen von vier Monaten, sechs Monaten usw. Im vorletzten Jahre machte er sich beim Militär einer Straftat schuldig und bekam dafür elf Monate Gefängnis. Er wurde in dem Spandauer Festungsgefängnis interniert und wurde dort bald der Schrecken des Wärtlerpersonals. Er verging sich in der gräßlichsten Weise gegen die Aufsichtsbeamten, verweigerte den Gehorsam, beharrte im Ungehorsam und machte sich großer Ungehorsamsverletzungen schuldig. Es dauerte nicht lange, so mußte er vor dem Kriegsgericht erscheinen, um sich wegen der Ausschreitungen zu verantworten; er erhielt vier Monate Gefängnis. Aber schon nach kurzer Zeit wurde er wieder aufgeföhrt. Er wurde ungehorsam und beharrte bei seinem störrischen Wesen. Die Folge war, daß er wieder vor dem Kriegsgericht der Kgl. Kommandantur erscheinen mußte. Diesmal wurde auf sechs Monate Gefängnis gegen ihn erkannt. Aber auch diese Strafe wirkte nicht abschreckend auf den Gefangenen. Er begann von neuem wieder im Gefängnis die Achtung den Vorgesetzten gegenüber zu verlieren und den Gehorsam fortgesetzt zu verweigern. So mußte er denn noch ein drittes und vierthtes Mal vor Gericht erscheinen. Die Strafen fielen immer härter aus und wenn nicht jetzt endlich der Verdacht rege geworden wäre, daß man es hier mit einem geistig nicht normalen Menschen zu tun hätte, dann wäre G. vielleicht niemals aus dem Gefängnis herausgekommen, denn eine Straftat hätte sich dann immer wieder an die andere gereiht. G. wurde nun ärztlich untersucht und für geisteskrank erklärt. Einer der sachverständigen Ärzte mußte zugeben, daß der Zustand des Angeklagten, den er für geisteskrank erklären mußte, durch den Aufenthalt im Festungsgefängnis schlimmer geworden sei. G. habe das gesamte Aufsichtspersonal verabscheut. Auf Grund der von den Sachverständigen erstatteten Gutachten hob das Oberkriegsgericht alle erstinstanzlichen Urteile auf und erkannte in allen Fällen auf Freispruch, da der Angeklagte mit Rücksicht auf seinen Geisteszustand für seine Handlungen nicht verantwortlich gemacht werden könne. Wenn es sich nicht um einen „Gewainen“ gehandelt hätte, wären die Richter zweifellos schon viel früher zu Gutachten aufgefordert worden!

Aus der Justizkommission des Reichstages. In Ergänzung unseres letzten Berichtes teilen wir noch mit, daß zwar das Verbot der Beschlagnahme von Papieren usw. der Verteidiger, Rechtsanwaltliche und Verzele abgelehnt, aber dann ein dahin abgeschwächter Antrag angenommen wurde, daß die Beschlagnahme Rechtsanwältin, Ärzten und den bei diesen Angestellten gegenüber unzulässig sein soll: sie soll mithin nur bei Verteidigern zulässig sein, die nicht Anwälte sind.

### Schweiz.

#### Wahlen.

Zürich, 23. Mai. (Sig. Ver.) Unsere Genossen in Zürich haben am Sonntag wieder zwei schöne Siege errungen. Bei einer Ertragswahl im Bezirksgericht ist unser Genosse Müller, Notariatsbeamter, mit 10 956 gegen 9899 Stimmen, die auf den bürgerlichen Gegenkandidaten Dr. Staub fielen, gewählt worden. Mit ihm hält der führende Sozialdemokrat in das Wohlbedingte Bezirksgericht seinen Einzug. Gleichzeitig wurde im dritten städtischen Kreise Kasperli Genosse Bruner, Schriftsetzer, mit 3472 gegen 2202 Stimmen als bester der Kreiswahlpräsidenten gewählt.

Dagegen blühte in der Arbeiterstadt Biel unsere Partei von ihren bisherigen sieben Sitzen im Kantonsrat deren drei ein, indem nur vier Genossen gewählt wurden. Der Verlust ist recht bedauerlich.

### Frankreich.

#### Unzufriedene Reservisten.

Nimes, 24. Mai. Im Lager von Rossillon weigerten sich gestern Abend 80 Reservisten, die Nacht in Zelten zuzubringen. Sie verließen das Lager um 11 Uhr mit Waffen und Gepäck und marschirten unter Abjüngung der Internationale nach Nimes, wo sie nach der Präsektur zogen. Hier wurden sie von zwei Kompagnien aufgehalten und nach der Kaserne gebracht, von wo sie heute morgen nach dem Lager von Rossillon zurückmarschirten.

### Spanien.

#### Ein Bombenattentat.

Madrid, 24. Mai. Bei dem Denkmal, das zur Erinnerung an die Opfer des am Hochzeitstage des Königs verübten Bombenanschlages errichtet wurde, ist gestern eine Bombe explodiert, die ein Anarchist in einem Koffer eingeschlossen trug. Der Träger, der dabei an den Beinen und im Gesicht verletzt wurde, suchte zuerst zu entfliehen, gab aber dann zwei Revolverkugeln auf sich ab, die ihn schwer verwundeten. Bei der Ankunft auf der Unfallstation erlag er seinen Verletzungen. Der Attentäter ist ein 27 Jahre alter Mann namens José Carenzia Tasoelli, welcher aus Barcelona nach Madrid gekommen war. Er hatte sich als Catalonier ausgegeben.

#### Eine Begnadigung.

Madrid, 24. Mai. Der Auditor Macias, der gegen das konservative Ministerium Narva und speziell gegen das Marineministerium schwere Vorwürfe wegen Untreue im Amt erhoben hatte und deshalb verurteilt worden war, ist begnadigt und gestern in Freiheit gesetzt worden.

### England.

#### Der Streit unter den Iren.

London, 24. Mai. In Corz, wo es vorgestern zu Zusammenstößen zwischen den Anhängern O'Leitens und McDonnells gekommen war, ereigneten sich gestern wiederum Krawalle, bei denen 80 Schupleute und Zivilpersonen verletzt wurden.

### Holland.

#### Die Ordensaffäre.

Haag, 24. Mai. Die Kammer setzte heute die Beratung des Antrages Troelstra betreffend die Ordensverleihungen des früheren Ministers Kuyper fort. Der Abgeordnete Lohman hielt eine Untersuchung mit dem persönlichen Charakter der Angewandten für unvereinbar. Loeff (Radikal) sah in dem Antrag einen Nachsatz Troelstra wegen der Niederlage der Eisenbahn-

angestellten bei dem Ausstand im Jahre 1903 und vertheidigte den guten Glauben Kuyper. Die Antirevolutionäre Oosterbaan und Colijn gaben ihrem Vertrauen zu Kuyper's Ehrenwort, nichts wider sein Gewissen getan zu haben, Ausdruck. Der allliberale Tydeman hielt es im Interesse des Landes für notwendig, Klarheit zu schaffen.

### China.

#### Neue Unruhen.

Shanghai, 24. Mai. In Tschangshieh, 30 Meilen nordwestlich Tschangsha, kam es am Sonnabend zu Unruhestörungen. Die lutherische Kapelle und ein großer Teil der Stadt wurden niedergebrannt. Die Unruhen werden immer heftiger. Die Truppen zeigen sich oft unzuverlässig, aber die Ruheführer sind nicht organisiert. Die Bewegung gegen die Fremden dehnt sich weiter aus und die Beamten scheitern nicht ein. Nach einer Mitteilung des Reuterschen Bureaus glaubt man, daß die Missionare von Tschangshieh die Stadt kurze Zeit nach den Unruhestörungen in Tschangsha verlassen haben und sich in Hankau in Sicherheit befinden.

## Aus der Partei.

### Die tschechische Landeskonferenz.

Die tschechische Sozialdemokratie in Böhmen hielt vor kurzem in Prag eine von 383 Vertrauensmännern besuchte Landeskonferenz ab. Die Parteiorganisation hat in den letzten zwei Jahren große Fortschritte gemacht. Man beschloß die Schaffung eines eigenen Fonds zur Führung des Kampfes für Errichtung tschechischer Mindererschulen. Abg. Remeč betonte dabei, daß die Arbeiter nicht an den bürgerlichen Organisationen des Schulkampfes teilnehmen können und daß man in allzugroßer Nähe der bürgerlichen Nationalisten und ihrer Korporationen nicht kommen solle.

Mit allen gegen bloß 7 Stimmen wurde das Eintreten der Parteileitung für die separatistischen Gewerkschaften gebilligt. In dem Antrage heißt es, daß die Weltinternationale der Arbeiter, an der die tschechische Sozialdemokratie innig hänge, um so mehr gestärkt werde, je stärker ihre nationalen Teile sein werden und daß ebenso die Internationale in Oesterreich gestärkt werde, wenn die Arbeiterschaft aller Nationen sich auf ihre selbständigen und geeinigten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen stütze. — Man forderte die Genossen auf, im gegenseitigen Verkehr, auch in der Presse die anständigste Form zu beobachten. Diese Aufforderung wäre insbesondere dem mährischen sozialdemokratischen Tagblatt „Roknost“ zu dringender Beachtung zu empfehlen.

Behandelt wurde auf der Konferenz noch die Kommunalpolitik, der Kampf um das Landtags- und Gemeindevahlrecht und gegen den Klerikalismus. Im Sinne einer Entschärfung des tschechischen Klubs im Sozialdemokratischen Verbands des Reichsrats wurde ausgesprochen, daß die nationale Frage nicht länderweise, sondern für das ganze Reich zu lösen sei und daß daher die Wienerischen Vorlagen ein Schritt zur Verschärfung der Sprachenfrage seien.

Die Aufforderung des Genossen Remeč, die allzu große Nähe der bürgerlichen Nationalisten zu meiden — eine Aufforderung, von der man nur bedauern kann, daß sie notwendig wurde — begrüßten wir mit Freude. Desto mehr müssen wir bedauern, daß die Landeskonferenz unserer tschechischen Bruderpartei die Arbeit der Gewerkschaftszersplitterer zu desabouieren nicht die Kraft gefunden hat. Nicht in Uebereinstimmung mit den Grundgedanken der Internationale, sondern im schärfsten Widerspruch zu diesen handelt jeder, der die aus ökonomischen Gründen unerläßliche Einheit der Gewerkschaftsbewegung zerreiht. So begründet die nationale Autonomie der einzelnen politischen sozialdemokratischen Parteien innerhalb der Gesamtpartei ist, so unerläßlich ist die Wahrung der Einheit auf gewerkschaftlichem Gebiete. Wer sie stört, ist ein schlechter Gewerkschaftler und ihm sind die Grundsätze der Internationale fremd.

### Peter Ulrich.

Wie uns aus Leipzig telegraphisch wird, ist dort unser alter Genosse Peter Ulrich infolge eines Schlaganfalls plötzlich gestorben. Genosse Ulrich stand von Anfang in den ersten Reihen der Leipziger Bewegung und hat stets seine ganze Kraft in den Dienst des Proletariats gestellt.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Demonstranten-Prozesse.

Vor der Strafkammer Schweidnitz wurden die Genossen Gahn und Krauske zu je einer Woche Gefängnis verurteilt. Beide sollen sich gelegentlich der Straßendemonstration in Striegau am 18. Februar dieses Jahres der Gefangenendefreierung und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht haben. Die Verurteilung erfolgte natürlich auf Grund beschworener Polizeiaussagen.

## Soziales.

### Kerzte und Reichsversicherungsordnung.

Die am 22. Mai in Berlin versammelten Vertreter des Reichsverbandes Deutscher Kerzte stellen sich im wesentlichen auf den Standpunkt des Regierungsentwurfs der Reichsversicherungsordnung. Im besonderen wurde verlangt: 1. Die gesetzliche Festlegung der beiden Arztssysteme; 2. die Einrichtung gesonderter Vertragsauschüsse; 3. Wahl der Arztvertreter zu diesen Ausschüssen nur durch die einzelnen Kerzte des Bezirks, nicht durch die „zuständige Ständevertretung“. 4. Unzulässigkeit des Vorgehens der ärztlichen Ehrengerichte und der Kerztekoalitionen gegen Kerzte, die nach den „Grundsätzen“ Verträge schließen; 5. Vermeidung jedes Zwanges zum Wechsel des Arztsystems. Der Reichsverband wies die Behauptung zurück, daß 24 000 deutsche Kerzte mit den Beschlüssen des letzten Kerztetages einverstanden seien. Es wurde dargelegt, daß die Zahl der differenzierenden Kollegen auf 10 000 zu schätzen sei.

### Baugenossenschaftsverbände und Reichsversicherungsamt.

Am Montag tagte in Berlin eine Konferenz der deutschen Baugenossenschaftsverbände, um zu dem Kundschreiben Stellung zu nehmen, das das Reichsversicherungsamt unter dem 11. Mai d. J. an die Landesversicherungsanstalten hat ergehen lassen. Die rasche Entwicklung der deutschen Baugenossenschaftsbewegung diktiert von

dem Zeitpunkt, wo die Landesversicherungsanstalten ihre großen Kapitalien zu billigem Zinsfuß in den Dienst der Sache stellten. Dieser Zinsfuß betrug für die an gemeinnützige Bauunternehmungen ebenso wie die zur Errichtung von Heilstätten und ähnlichen Anstalten gewährten Darlehen in der Regel 3 Proz. Das erwähnte Kundschreiben weist nun die Landesversicherungsanstalten generell an, daß in Zukunft regelmäßig bei Gewährung von Darlehen in allen Fällen, also auch bei solchen für gemeinnützige Zwecke, ein Zinsfuß von mindestens 3 1/2 Proz. genommen werden soll. Es wird weiter verlangt, daß bereits früher zu dem niedrigeren Zinsfuß von 3 Proz. gewährte Darlehen, soweit angängig, gekündigt werden und daß nach Ablauf einer Uebergangsfrist, die im allgemeinen nicht über ein Jahr bemessen werden soll, auch diese Darlehen in 3 1/2 prozentige umgewandelt werden sollen. Es liegt auf der Hand, daß ein solches Vorgehen als ein extrem sozial rückwärtiges bezeichnet werden muß, das die verhängnisvollsten Folgen für eine große Zahl von Baugenossenschaften haben kann. Es hat in Kreisen insbesondere bürgerlicher Sozialpolitiker mit Recht eine gewisse Mißstimmung erzeugt.

In einer einstimmig gefaßten Resolution wurde dem entsprechend zum Ausdruck gebracht, daß die anwesenden Vertreter der deutschen Baugenossenschaftsverbände in der vom Reichsversicherungsamt geforderten allgemeinen Erhöhung des bisherigen Zinsfußes auf 3 1/2 Proz. eine außerordentliche Erschwerung, zum Teile eine Unmöglichkeit ihrer bisherigen Tätigkeit erblickten, und daß eine solche Erhöhung des Zinsfußes unter keinen Umständen die bis jetzt festgelegten Baugeldder treffen dürfe. Eine rückwirkende Anwendung der vom Reichsversicherungsamt verlangten Änderung würde ungewissheit die bedenklichste Schädigung der gesamten gemeinnützigen Wohnungsfürsorge in Stadt und Land nach sich ziehen. Die nachteiligen Folgen würden um so unausbleiblicher sein, als die Bauvereine sowie die Gemeinden und Kreise, die für den angegebenen Zweck Baugeldder aufgenommen haben, auch ohne eine ihnen unmittelbare und in rechtsverbindlicher Weise gemachte Zusage der begründeten Meinung sein konnten, daß es sich bei diesen Darlehen um unkündbare, einer Zinserhöhung nicht ausgesetzte Anlagen handle. Es wurde beschlossen, beim Reichsamt des Innern und beim Reichsversicherungsamt vorstellig zu werden, um die aus Rücksicht der Volkswohlfahrt auf höchste zu bedauernde Verfügung des Reichsversicherungsamts rückgängig zu machen oder in ihrer Ausdehnung auf schon gewährte und auch für das laufende Jahr zu belegenden Baugeldder der Landesversicherungsanstalten abzuändern.

Diese Beschlüsse werden wenig helfen: die Kommission für die Reichsversicherungsordnung wird ähnlichen Einschränkungen der Selbstverwaltung einen Niegel vorschieben müssen. Der Erlaß des Reichsversicherungsamts widerspricht dem sozialen Geist, der die Versicherungsgegebung durchzuführen soll auf das eminenteste. Die Unterstützung von Baugenossenschaften durch die Versicherungsanstalten ist weit eher gemeinnützig als die in dem Entwurf aufgestellte Forderung, einen Teil des Vermögens in Staats- und Reichsanleihen festlegen zu müssen.

### Aus dem Innungsgerichts.

1. Der Arbeiter J. war beim Maurermeister Spichalski beschäftigt. Bei seiner Entlassung ist ihm die Invalidenkarte nicht ausgehändigt worden, weil sie dem Arbeitgeber abhandeln gekommen war. Obwohl sich J. bei der Polizeibehörde um die Invalidenkarte bemühte, vergingen doch 14 Tage, bis er eine Ersatzkarte erhielt. Da er während dieser Zeit infolge der Karte keine Beschäftigung erhalten konnte, klagte er auf Zahlung einer Entschädigung von 33 Mk. Das Schiedsgericht sprach ihm nur 10 Mk. für drei Tage zu. In dieser Zeit hätte der Kläger nach der Ansicht des Schiedsgerichts eine Ersatzkarte bekommen, wenn er sich sofort an die Polizei gewandt und nicht erst darauf gewartet hätte, ob der Beklagte, wie dieser hoffte, die Karte wiederfinden wird.

2. Hlms Steinseher verlangten vom Steinsehermeister S. Schnebed eine Entschädigung von je 2,54 Mk., weil sie vor Ablauf des Arbeitstages entlassen worden sind. Der Beklagte macht geltend, daß die Entlassungen wegen Materialmangel erfolgt seien. Das Schiedsgericht verurteilte den Beklagten, weil Materialmangel kein Entlassungsgrund ist.

3. Der Tischler W. war als Stütze des Meisters bei der Hema Conrad u. Freier gegen 33 Mk. Wochenlohn beschäftigt. Ihm sind für den Karfreitag und den zweiten Osterfeiertag 11 Mk. vom Lohn abgezogen worden, die er einfielgte. Das Schiedsgericht vertritt die durchaus verlässliche Ansicht, daß auch bei Wochenlohn für die Feiertage nicht bezahlt zu werden brauche. Der Kläger nahm dem Rato des Schiedsgerichts folgend die Klage zurück.

### Landwirtschaftlicher Betriebsunfall, oder eigenhausewirtschaftlicher Unfall?

Der landwirtschaftliche Arbeiter Julius K. war bei dem Bauerngutsbesitzer J. in M. beschäftigt. Kuger dem Bau- und Naturallohn war ihm das Anfahren des Brennholzes vertraglich zugesichert worden. Im Dezember 1903 hatte der Gutsbesitzer dem K. Holz angefahren. Beim Abladen des Holzes stürzte K. vom Wagen und brach sich den rechten Oberarm. Er stellte bei der Brandenburgischen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft den Antrag auf Gewährung der Unfallrente. K. begründete seinen Anspruch damit, daß er das Holzabladen auf Veranlassung des Gutsbesitzers besorgt habe. Da das Anfahren des Holzes vertraglich gesichert sei, so stelle es einen Teil des Lohnes dar. Daher sei der Unfall als Betriebsunfall anzusehen. K. wurde indessen mit seinem Rentenanspruch abgewiesen, weil „der Unfall nicht im landwirtschaftlichen Betriebe des Bauerngutsbesitzers J., sondern im eigenen hauswirtschaftlichen Interesse beim Abladen des von K. selbst gekauften Holzes geschehen ist und das Abladen des Holzes K. selbst zu betreiben hatte“.

Gegen den Ablehnungsbescheid legte K. beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Berlin Berufung ein. Er machte geltend, daß er lediglich den Anordnungen des Gutsbesitzers gefolgt sei. Das Schiedsgericht wies die Berufung des Klägers mit folgender Begründung zurück:

„Das Holz war kein Depuatholz, sondern der Kläger hatte es sich für seinen Hausbedarf selbst angekauft und der Arbeitgeber hatte dasselbe nach dem Arbeitsvertrage nur frei anzufahren. Die Leistung des Arbeitgebers war mit dem Anfahren des Holzes vor der Wohnung des Klägers beendet. Das Abladen des Holzes hatte nicht der Arbeitgeber, sondern der Kläger selbst zu bewirken, es kann mithin nicht mehr dem landwirtschaftlichen Betriebe des Arbeitgebers zugerechnet werden, sondern es fällt in den Bereich der eigenen Hauswirtschaft.“

Gegen dieses Urteil legte K. Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein. Der Rekurs hatte Erfolg. Im mündlichen Verhandlungstermin vor dem erlernenden Senat des Reichsversicherungsamts machte der Vertreter des Verletzten geltend, daß es sich im vorliegenden Falle nicht, wie die Vorinstanz angenommen, um einen Unfall in der „eigenen Hauswirtschaft“ handle. Das Abladen des Holzes durch den K. geschah, wie aus der eiblichen Aussage des Gutsbesitzers klar hervorgeht, im Auftrage desselben. Der Auftrag wurde gegeben, weil der Arbeitgeber den Wagen frei haben wollte, da er ihn im Betriebsinteresse anderweitig verwerten wollte. Der Wagen gehörte zum Betriebe und stellt somit ein Betriebsinstrument dar. Im dieses Betriebsinstrument im Betriebsinteresse frei zu bekommen, mußte K. das Holz auf Weisung des Arbeitgebers abladen. Da sich hierbei der Unfall ereignete, sei er als Betriebsunfall anzusehen und demgemäß müsse eine Unfallrente gezahlt werden.

# Gewerkchaftliches.

## Ueber die neuen Vermittlungsversuche der Regierung

Im Baugewerbe weiß die bürgerliche Presse bereits allerhand Einzelheiten zu berichten. Sie prophezeit den neuen Verhandlungen schon einen Erfolg, läßt die Namen der für die unparteiische Kommission bestimmten Herren aufmarschieren, als die von den Arbeitern gewünshcht Geheimrat Dr. Wiedfeldt, Magistratsrat von Schulz und Gewerbegerichtsdirektor Dr. Brenner genannt werden; am Freitag und Sonnabend sollen die Verhandlungen stattfinden und schließlich weiß sie schon, daß der Maurerverband sieben, der Zimmererverband drei Vertreter entsenden wird usw.

Alle diese Meldungen sind in der Hauptfache Kombinationen, was am besten schon daraus ersichtlich ist, daß Einladungen an die Zentralverbände zu Verhandlungen immer noch nicht ergangen sind. Tatsache ist einseitig nur, daß Geheimrat Dr. Wiedfeldt sich bemüht, neue Verhandlungen zustande zu bringen.

Gänzlich illusionär aber sind vorläufig irgend welche Hoffnungen auf einen Erfolg der neuen Verhandlungen. Für den Kenner der Situation sind solche Erwartungen an die neuen Verhandlungen durchaus nicht zu knüpfen. Eine Einigung ist doch nur möglich, wenn die Unternehmer von ihren unverständlichen Forderungen ablassen. Ob sie das tun werden, muß bezweifelt werden.

Wie aber die Zentralverbände darüber denken, das sagt kurz und bündig der Schluß eines Leitartikels, den der „Grundstein“, das Verbandsorgan des Maurerverbandes, in seiner letzten Nummer brachte und der sich schon mit den Vermittlungsversuchen befaßte. Es heißt in dem Artikel:

„Wir möchten aber gleich im Anschluß an diese Mitteilung davon abraten, an die Verhandlungen irgendwelche Erwartungen zu knüpfen. Zunächst ist es noch sehr ungewiß, ob es überhaupt zu Verhandlungen kommt; denn selbst wenn der Bundesvorstand dazu bereit ist, so ist es noch zweifelhaft, ob sein Auftraggeber, der „Kartellauschuh“ der großindustriellen Schuhmacherverbände, zustimmt. Gibt der Kartellauschuh die Erlaubnis, so darf der Arbeitgeberverband verhandeln, gibt er sie nicht, so wird aus den Verhandlungen eben nichts. Die Bauunternehmer müssen nun schon, nachdem sie sich den Scharmachern verkauft haben, auf deren Weisung hören. Aber selbst wenn es zu Verhandlungen der Zentralverbände kommen sollte, so wären dadurch doch keinerlei Friedenshoffnungen gerechtfertigt. Gielten die Unternehmer für solche Verhandlungen die Dresdener Beschlüsse aufrecht, so wäre es wirklich um das Reisegeld schade, das man für die Teilnahme an den Verhandlungen ausgibt. Denn wer etwa glaubt, die Arbeiterorganisationen wären durch die Aussperrung mürbe genug geworden, um ihre Gleichberechtigung preiszugeben, der irrt sich gründlich. Sie denken gar nicht daran, es jemals zu tun. Die Dresdener Beschlüsse sind, so wie sie der Arbeitgeberbund meint, heute und in aller Zukunft so unannehmbar wie vor der Aussperrung. Die Arbeiterorganisationen verbarren ihnen gegenüber in unerlöschlicher Ablehnung.“

Inzwischen kündigt denn auch die „Baugewerks-Zeitung“ des Herrn Felsch in ihrer heutigen Nummer an, daß die Scharmacher an ihren Dresdener Beschlüssen festhalten. Am Schluß eines Leitartikels, in dem lägerischerweise eine Zunahme der Ausgesperrten um 10 000 Mann in den letzten 14 Tagen behauptet wird, heißt es zum Schluß:

„Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe würde es nur mit Freuden begrüßen, wenn jetzt für die Annahme der Dresdener Beschlüsse im gegnerischen Lager eine Wendung zum Besseren eintreten würde. Er ist gern bereit, mit den Arbeitern Frieden zu schließen, aber er wird ihn nur annehmen, wenn er für den Arbeitgeberbund ehrenvoll ist.“

Ehrenvoll für die Unternehmer wäre jeder Friede, der den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht an den Einzelheiten des Vertrages oder der Verträge zugestößt. Nicht ehrenvoll ist es von den Unternehmern, Verhandlungen über eine Reihe von Vertragsbestimmungen einfach abzulehnen und den Arbeitern ihre Röhler und Dresdener Beschlüsse aufzwingen zu wollen. Aber darüber kann man mit den Scharmachern nicht rechten. Sie wollen den Kampf bis zu seinem bitteren Ende führen. Mögen sie! Noch sechs weitere Wochen des Kampfes — und die Arbeiterorganisationen rechnen damit! — und die Scharmacher stehen allein auf weiter Flur!

### Der neue Tarif im Bremer Baugewerbe.

Bremen, 24. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Nachdem eine allgemeine Aussperrung der Bauarbeiter von den hiesigen Unternehmern am 27. April abgelehnt war, traten die Organisationen in Verhandlung wegen Abschluß eines neuen Tarifes. Nach ziemlich langwierigen Verhandlungen kam in den beiderseitigen Kommissionen folgendes Tarifmuster zur Annahme:

Der Tarif wird auf drei Jahre abgeschlossen und endigt am 31. März 1913. Maurer und Zimmerer erhalten insgesamt eine Lohnerhöhung von 7 1/2 Pf. die Stunde, und zwar je 2 1/2 Pf. am 1. Oktober 1910, 1. April 1911 und am 1. April 1912. Die Bauhilfsarbeiter bekommen außerdem eine Extrahöherung von 2 1/2 Pf., die am 1. Juli 1910 zu zahlen ist, und erhalten dann weiter die 7 1/2 Pf., wie die vorgenannten Kategorien, so daß sie also insgesamt 10 Pf. Lohnerhöhung bekommen. Für Nacht- und Sonntagsarbeit werden für alle Arbeiter 20 Pf. Zuschlag bezahlt. Junggelesen erhalten 5 Pf. weniger, als der Gesellenlohn beträgt. Früher waren es 10 Pf. weniger. Die Arbeitszeit ist wie bisher eine neunstündige. Außerdem sind noch einige kleine Verbesserungen im Tarif von den Unternehmern in Aussicht gestellt, beispielsweise die Lohnzahlung am Freitag, Kochgelegenheit auf Bauplänen usw. Doch soll dies nach Annahme der Hauptpunkte in späteren Verhandlungen geregelt werden.

Das Lohngebiet umfaßt die Stadt Bremen sowie die Landgemeinden des linken und rechten Wesers. Es sind das 16 Gemeinden mit 46 Orten, während es beim alten Tarif nur sechs Gemeinden mit neun Orten waren. Dieser erfreuliche Zuwachs ist zum Teil durch die starke Bauaktivität bei der Anlage des Industriehafens bedingt.

Bremen, 24. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die beteiligten Organisationen nahmen heute abend in gut besuchten Versammlungen Stellung zu obigem Tarifmuster. Die Bauhilfsarbeiter lehnten den Tarif ab.

Die Unternehmer verhandelten hinter verschlossenen Türen. Sowie in Erfahrung gebracht werden konnte, haben sie die Verhandlungen resultatlos abgebrochen.

### Berlin und Umgegend.

#### Eine Gantvorsteherkonferenz des Verbandes der Deutschen Buchdrucker

trat am 23. Mai in Berlin zusammen. Sie beschäftigte sich eingehend mit organisatorischen und tariflichen Fragen unter voller

Würdigung der allgemeinen Lage im Buchdruckgewerbe, der in der letzten Zeit ausgetretenen Erschöpfung und der größer werdenden Schwierigkeiten, die von außerhalb des Gewerbes stehenden Unternehmern dem Gewerbe bereitet werden, sowie mit den Eingriffen, die in immer schädlicherer Weise auf die Buchdruckerprinzipale ausgeübt werden. Die Konferenz erörterte unter diesen Gesichtspunkten die für die im nächsten Jahre stattfindende Revision des Buchdrucker-Tarifs in Betracht kommenden Momente; ferner die angehts der gewerblichen und technischen Entwicklung zeitgemäß und notwendig erscheinenden Forderungen der Gewerkschaft unter besonderer Berücksichtigung der durch die falsche Wirtschaft- und Steuerpolitik des deutschen Reiches allgemein eingetretenen Verschlechterungen der materiellen Lage der Arbeiter. Sie präziserte ihre Stellungnahme dahin, daß die Gewerkschaft die Tarifgemeinschaft intakt erhalten wissen wolle und für ihre gedeihliche Entwicklung weiter zu wirken bestrebt ist.

Im weiteren nahm die Konferenz von dem mit persönlichen und gesundheitlichen Gründen motivierten Rücktrittsgesuch des leitenden Redakteurs Rezhäuser Kenntnis und traf die nötigen Vorkehrungen für die dadurch zum 1. Oktober bedingten Änderungen in der Redaktion des „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“.

Die Parfettbodenleger hielten am Montag im Gewerkschaftshaus eine Brandenburgerversammlung ab, um die augenblickliche Lage in ihrem Beruf zu erörtern. Was der Branchenobmann Klein hierüber ausführte und was dann in der regen Diskussion gesagt wurde, beides lief darauf hinaus, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sich in letzter Zeit dermaßen verschlechtert haben, daß die Bodenleger jedenfalls weit mehr Eifer als bisher aufzubringen müssen, wenn sie, die sich feinerzeit bessere Löhne als manch andere Arbeitergruppe zu sichern wählten und schon vor zehn Jahren den Achtstundentag durchsetzten, jetzt nicht gänzlich herabgedrückt werden wollen. Nach einer kürzlichen in der „Holzarbeiterzeitung“ veröffentlichten Statistik ist es in allen Branchen des Verbandes während der letzten fünf bis zehn Jahre gelungen, die Löhne zu erhöhen, und nur für die Bodenleger ergaben die statistischen Erhebungen, daß die Lohnverhältnisse sich verschlechtert hatten. Ihr Durchschnittslohn ist seit dem Jahre 1905 von 42,78 M. auf 34,80 M. gesunken. Es wurde aber vom Referenten wie auch in der Diskussion hervorgehoben, daß man für diese traurige Tatsache nicht allein die Unternehmer verantwortlich machen soll, sondern daß die Bodenleger selbst zu einem guten Teil mit daran schuld sind. Erst dadurch, daß es unter den Bodenlegern Leute gibt, die nicht auf Durchführung des Tarifs bestehen, die dann, um bei den erbärmlichen Akkordlöhnen noch einen auskömmlichen Verdienst zu erzielen, so darauflos wirtschaften, daß eine solide Ausführung der Arbeit gar nicht möglich ist, werden die Unternehmer in den Stand gesetzt, jene Schmutzkonzurrenz zu treiben, die nicht allein die Arbeiter, sondern auch das ganze Gewerbe schwer schädigt. Allerdings hat die Krise, die lange Arbeitslosigkeit viel dazu beigetragen, daß solche Zustände einzutreten konnten; aber alle Bodenleger sollten doch bedenken, daß es zweckmäßiger ist, etwas länger zu feiern, als unter Bedingungen zu arbeiten, die notwendigerweise die Vernichtung ihrer Existenzmöglichkeit zur Folge haben müssen. Die erbärmlich niedrigen Preise, zu denen die Arbeit hier und da übernommen wird, bringen es mit sich, daß auch die tariflich festgelegte Arbeitszeit häufig überschritten wird. Paul Tarif dauert die Arbeitszeit von morgens 7 bis nachmittags 5 Uhr mit einer einstündigen Frühstückspause und einer ebenfalls einstündigen Mittagspause. Man kann jedoch auf den Bauten beobachten, daß Bodenleger monatlich bis 6 Uhr und noch länger tätig sind und auch die Pausen nicht innehalten. Die Bemühungen der Branchenkommission, diesem Zustand ein Ende zu machen, haben leider nicht überall den gewünschten Erfolg gehabt. Aus diesem Grunde beschloß die Versammlung, daß die Branchenkommission die gesamte organisierte Bauarbeiterschaft auf die Arbeitsbedingungen der Bodenleger aufmerksam machen und sie ersuchen soll, darauf zu achten, daß die Bodenleger ihre achtstündige Arbeitszeit innehalten. Die Versammlung meinte, es sei beschämend für die Bodenleger, wenn sie zu diesem Zwecke die Hilfe der übrigen Arbeiterschaft des Baugewerbes in Anspruch nehmen müßten, aber man glaube gleichwohl, nicht darauf verzichten zu können, um dem unsolidarischen Verhalten wirksam entgegenzutreten. — Im übrigen wurden in der Versammlung verschiedene Firmen erwähnt, bei denen die Mißstände besonders scharf hervortreten. Besondere Entrüstung hat es erregt, daß am 30. April Bodenleger, die hier in Berlin für die hannoversche Firma Norddeutsche Parfettfabrik gearbeitet hatten, keinen Pfennig Lohn erhielten. Die Firma hatte die Arbeit an einen Zwischenmeister vergeben, und wenn dieser auch daran schuld war, so hätte die Firma doch wohl dafür sorgen müssen, daß die Arbeiter nicht erst den Klageweg beschreiten brauchten, um zu ihrem Geld zu kommen. Bis jetzt hat nur einer der Bodenleger sein Geld, 66 M., erhalten. Bei den übrigen Klagen erklärte sich das Berliner Gewerbegericht für unzuständig. Es wird selbstverständlich dafür gesorgt werden, daß auch hier das Recht voll zur Geltung kommt.

Zur Unterstützung der kämpfenden Bauarbeiterschaft war bereits auf Beschluß der Vertrauensmänner und der Kommission aus den Kassennitteln der Branche eine Summe abgehandelt worden, was von der Versammlung einstimmig gutgeheißen wurde. Es wurde ferner beschlossen, die zu demselben Zweck inzwischen gesammelten Gelder ebenfalls sofort abzugeben. Die Sammlungen werden selbstverständlich fortgesetzt.

Deutscher Buchbinderverband, Hauptstelle Berlin. Bei der am 21. Mai stattgefundenen Wahl der Delegierten zum Verbandstage in Erfurt wurden 2888 Stimmen abgegeben. Davon waren 105 ungültig, somit sind 2783 gültige Stimmen abgegeben. Als gewählt gingen hervor: B. Herzog, E. Unterlag, P. Küger, G. Galisch, L. Jänemann, E. Brüdner, O. Winke, Fr. Freudenreich, R. Würzberger, G. Lemmer, H. Lappenbach, R. Kempe, Fr. Keefe, Fr. Wilmowski, R. Berger, R. Hoffmann, A. Lippold, R. Gerber, G. Teutsch, Th. Rosenzweig. Die Ortsverwaltung.

### Deutsches Reich.

#### Die Aussperrung in Viefelsfeld.

Dolfs Bureau meldet: Viefelsfeld, 24. Mai. Da die streikenden Arbeiter der Ring-Schiffen-Abteilung und der Vernickelungsanstalt der Firma Dürlapp u. Co. die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, hat die vom Arbeitgeberverband und dem Fabrikantenverein angekündigte Aussperrung der Metallarbeiter heute früh mit der Stilllegung der gesamten Röhrenmaschinenabteilung der Firma Dürlapp begonnen.

Wie ein Privatmitgeteilt wird, hat sich eine allgemeine Metallarbeiterversammlung in Viefelsfeld mit der Lage beschäftigt und erklärt, daß die Arbeiter den Maßnahmen des Unternehmertums mit Gelassenheit entgegensehen. Sie sind bereit, eventuell auf einige Zeit auf Unterstützung zu verzichten, um den Kampf länger hinzuziehen und den Unternehmern ihre Aussperrungsgelüste zu verleiten.

### Ausland.

Der österreichische Zimmererverband hielt vergangene Woche seinen 4. Verbandstag in Brünn ab. Für den deutschen Bundesverband war Genosse Ede-Hamburg anwesend. Der Verbandstag beschäftigte sich in der Hauptfache mit einer Regelung der Beiträge, die um drei Heller pro Woche erhöht wurden, wogegen besonders von einem Teil der Wiener Delegierten heftig opponiert wurde. — Schlimme Dinge mühten vom Treiben der tschechischen Separatisten berichtet werden. So forderten diese in dem Pilsener Parteitag auf, Pilsen zu meiden — auf der letzten Seite des Blattes wurden, vom Sekretär der Separatisten Zimmerer gesucht! Seitdem der Zentralverband die Streichung des Beitragspassus durchsetzte, daß auf der Proger Ausstellung nur Mitglieder des separatistischen Verbandes beschäftigt werden dürfen, wird er von den Separatisten mit den höchststen Mitteln bekämpft. Genosse

Stofsky, der 2. Obmann des Verbandes, konnte einen schier ungläubigen nachteiligen Vertrag vorlegen, den die Separatisten in Prag abgeschlossen haben und der nur infolge Einspruch des Zentralverbandes nicht zustande kam. — In Obmannern wurden wieder die Genossen Wessely (deutsch) und Stofsky (tschechisch) gewählt, sie redigieren auch die Fachblätter.

Zur Unterstützung der ausgesperrten Kameraden in Deutschland beschloß der Verbandstag einstimmig, vier Extrawochenbeiträge in normaler Höhe auszuschreiben und den Verbandsvorstand zu weiterer Extraleuerauschreibung zu ermächtigen. Ortsgruppen, die einen entsprechenden Kassenzustand haben, sollen das Geld sofort absenden. Genosse Ede dankte und legte die Ursachen des deutschen Niesenkampfes dar.

## Verfammlungen.

Holzarbeiterverband. In der am Donnerstag abgehaltenen Generalversammlung der Hauptstelle Berlin erstattete der Kassierer Kieze die Abrechnung vom 1. Quartal. Für die Hauptkasse wurden eingenommen 190 000,59 M., ausgegeben 180 708,36 M. Die Lokalkasse hat 382 515,14 M. eingenommen und 136 814,88 M. ausgegeben, so daß ein Bestand von 245 700,26 M. bleibt. In Unterstellungen wurden ausgegeben für Arbeitslohn 55 293 M., Kranle 35 061 M., Streulöhne 12 654 M., Gemahregelte 4156 M., Sterbedeckel 3122 M., Nachschuß 1354 M. Den Vorstandsbericht erstattete Glöcke. Im Vordergrund der Tätigkeit im ersten Vierteljahr stand der Abschluß des neuen Vertrages. Zu diesem Zweck wurden 13 Sitzungen mit den Unternehmern abgehalten. Die sonstigen Verbandsgeschäfte wurden erledigt in drei Generalversammlungen, drei Verfammlungen sämtlicher Vertrauensmänner, 57 Vertrauensmännerverfammlungen der Bezirke und Branchen, 85 Mitgliederverfammlungen und 10 Verwaltungssitzungen. — 54 Mitgliedern wurde Nachschuß bewilligt, 57 Mitglieder wurden als gemahregelt anerkannt, 17 erhielten Darlehen und 11 Rotfallunterstützung. — Viele Beschwerden lagen vor wegen Ueberstunden. Auf Verweigerung der Ueberstunden muß künftig noch mehr hingewirkt werden. In 78 Fällen nahm die Verwaltung Stellung zu Werkstattstreiks und Differenzen. — Den im Innenausschuss organisierten Betrieben ist der zum 1. Juli ablaufende Tarifvertrag gekündigt worden. Auf Verhandlungen haben sich die Arbeitgeber noch nicht eingelassen. Es scheint, daß sie einen neuen Vertrag nicht mehr abschließen wollen. Ob diese Annahme zutrifft, das muß sich in den nächsten Wochen zeigen. — Den Kollegen in der Garbbranche wurde die Zustimmung zu einer Lohnbewegung erteilt, die im April durchgeführt worden ist. Es handelt sich um eine Verbesserung des Tarifs der Branche. 12 Betriebe mit 50 Kollegen haben gestreikt, der Erfolg war überall ein günstiger. — Auch für die Wirtenmacher wurde eine allgemeine Lohnbewegung beschlossen. Gefordert wurde Verbesserung der Arbeitszeit von 55 auf 62 Stunden, 27 M. Mindestlohn und andere Verbesserungen. In 9 Betrieben mit 40 Kollegen sind die Forderungen zum größten Teil anerkannt worden. — Eine Konferenz mit dem Kuratorium des paritätischen Arbeitsnachweises wurde abgehalten, um die Maßnahmen zur Durchführung zu bringen, welche erforderlich sind, um die ausschließliche Benutzung des Arbeitsnachweises zu erreichen.

Dem Bericht folgte eine längere Diskussion, in der einige Einzelfälle aus der Tätigkeit der Verwaltung über einzelner Mitglieder derselben besprochen und hier und da Änderungen in der Verwaltungstabelle gewünscht wurden. Nachdem diese Diskussion beendet war, erstattete Maß den Bericht über Streiks und Differenzen. Die Schlichtungskommission wurde 47 mal angerufen. Die beiden Beauftragten verhandelten 40 mal und 8 mal unter Teilnahme von Sachverständigen. In der Zeit der Vertragsverhandlungen mußte die Tätigkeit der Schlichtungskommission wegen der Stellungnahme der Unternehmer, die damals zur Aussperrung riefen, teilweise eingestellt werden. — Bei Nichtvertragsmeistern fanden 43 Differenzfälle statt, die 49 Verhandlungen veranlaßten. In 11 Betrieben kam es zum Streik, wobei 304 Kollegen die Arbeit niederlegten. 8 Streiks mit 203 Beteiligten hatten Erfolg. 3 Streiks mit 96 Beteiligten gingen verloren.

Die Kontroll- und Agitationskommission zählte im ersten Quartal 425 Mitglieder. Sie hielt 156 geschäftliche und 1453 Werkstätten ab. Zu diesen Sitzungen wurden die Kollegen aus 2460 Werkstätten geladen. Es erschienen 19 588 Kollegen aus 1861 Werkstätten.

Wächter berichtete über die Tätigkeit des paritätischen Arbeitsnachweises. 8103 Arbeitssuchende ließen sich einschreiben, 6818 Stellen wurden gemeldet und 4406 besetzt. Die Zahl der Arbeitslosen erreichte mit 867 am 22. März den niedrigsten Stand im Quartal. Am gleichen Tage des Vorjahres waren 2074 Arbeitslose eingetragen. Die Arbeitsweise des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins und des Christlichen Verbandes haben ihre Tätigkeit eingestellt. Die Mitglieder dieser Organisationen bemühen nunmehr auch den paritätischen Arbeitsnachweis.

Schließlich nahm die Versammlung noch einige in der vorigen Generalversammlung unerledigt gebliebene Anträge zum Verhandeltage an.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Aufgedeckte Betrügereien.

Darmstadt, 24. Mai. (B. Z. G.) Der vor einigen Wochen plötzlich verstorbene Justizrat Hubert in Oppenheim hat sich, wie sich nachträglich herausgestellt hat, bedeutende Unterschlagungen, man spricht von 100 000 Mark, zuschulden kommen lassen. Es heißt jetzt, daß Hubert durch Selbstmord aus dem Leben geschieden sei.

Konstanz, 24. Mai. (B. Z. G.) Richtiglich verhaftet wurde heute der Verwalter Huber von der städtischen Sparkasse wegen seit Jahren begangenen Unterschlagungen.

### Kadetten der Pariser Studenten.

Paris, 24. Mai. (B. Z. G.) Auch heute kam es in der medizinischen Fakultät während der Auslösung der Kandidaten für die Tagentenprüfung wieder zu lärmenden Ausbrüchen, obwohl im Prüfungssaal zahlreiche Polizeibeamte aufgestellt waren. Einer der Ausbrücker, welcher ein Mitglied der Prüfungskommission mit faulen Eiern beworfen hatte, wurde von einem Polizeioffizier festgenommen. Daraus entstand eine allgemeine Prügelei zwischen den Schülern und den Manifestanten. Erst dem persönlichen Eingreifen des Polizeipräsidenten Lepine gelang es, die Ruhe einigermaßen wiederherzustellen.

### Fordernde Reservisten.

Paris, 24. Mai. (B. Z. G.) Sechshundert Reservisten des 232. und 277. Infanterieregiments, welche zu einer Wachenübung in das Lager von Audard bei Tours geschickt waren, richteten an den Kriegsminister eine gemeinsame Petition, in welcher sie unter Hinweis darauf, daß das Lager sich in einer sumpfigen Gegend befindet, baten, die Wachenübung in einer gesünderen Gegend abhalten zu dürfen.

### Ein schweres Dampferunglück.

London, 24. Mai. (B. Z. G.) Eine Mordmeldung besagt: Die deutsche Bark „J. C. Binnen“ aus Bremen, von Hamburg nach Mexiko bestimmt, ist im Tan des Schlepvers „Cauntlett“ in Cowes eingetroffen, sie berichtet, daß sie mit dem englischen Dampfer „Skerryvore“ zusammengestoßen ist; der Dampfer ist gesunken, 22 Mann seiner Besatzung werden vermißt, einer ist lebend geborgen. Außerdem befindet sich die Leiche eines anderen an Bord des Schlepvers. Die Bark ist am Bug beschädigt.

Abgeordnetenhaus.

70. Sitzung vom Dienstag, den 24. Mai, mittags 1 Uhr.

Vor Eintreten in die Tagesordnung ehrt das Haus das Andenken des verstorbenen Abgeordneten Erichl (S.) in der üblichen Weise.

Staatsarbeiter-Wohnungen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind und von gering besoldeten Staatsbeamten. Der Entwurf verlangt, daß für diesen Zweck 12 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, die durch eine Anleihe aufzubringen sind.

Abg. Frhr. v. Nathen (L.): Wir sind damit einverstanden, daß Waagenoffizianten mit diesem Gelde unterstützt werden, aber die staatliche Aufsicht muß streng darauf achten, daß solche Waagenoffizianten der privaten Bautätigkeit keine Konkurrenz machen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Brunenberg (S.): Auch wir stimmen dem Gesetz gern zu, da tatsächlich ein Mangel an kleinen Wohnungen besteht. Wünschenswert wäre es gegenüber dem Chaos hauspolizeilicher Bestimmungen, im Lande einheitliche Vorschriften zu erlassen.

Abg. v. Stöckhausen (L.) bittet, daß der Staat diejenigen Arbeiter besonders berücksichtigt, für welche von den Landesversicherungsanstalten Gelder nicht hergegeben werden.

Abg. Dr. König (S.) warnt davor, die Waagenoffizianten übermäßig zu unterstützen, sie bauen große Wohnquartiere, während wir leben müßten, zu Einzelhäusern zu kommen.

Abg. Frisch (natl.) erklärt sich namens seiner Freunde mit dem Gesetzentwurf einverstanden.

Damit schließt die Diskussion. Da Kommissionsberatung nicht beantragt ist, wird sofort in die zweite Lesung eingetreten und in dieser der Gesetzentwurf debattelos angenommen.

Der Widersinn des Preßgesetzes.

Es folgt die Beratung des Antrages der Abgg. Borgmann und Genossen (Soz.): Das Haus wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, sobald als möglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die §§ 9, 10 und 41 des preussischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 aufgehoben werden.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Der § 9 des preussischen Preßgesetzes vom 12. Juli 1851 sagt: „Anschlagzettel und Plakate, welche einen anderen Inhalt haben als Ankündigungen über gesetzlich nicht verbotene Versammlungen, über öffentliche Vergünstigungen, über gestohlene, verlorene oder gefundene Sachen, über Verkäufe oder andere Nachrichten für den gewerblichen Verkehr dürfen nicht angebracht, angeheftet oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden.“ Und im § 10 ist gesagt: „Niemand darf auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten Druckschriften oder andere Schriften oder Bildwerke ausbreiten, verkaufen, verteilen, anheften oder anhängen, ohne daß er dazu die Erlaubnis der Ortspolizeibehörde erlangt hat und ohne daß er den Erlaubnisschein, in welchem sein Name ausgedrückt sein muß, bei sich führt. Wer diese Paragraphen unbesonnen liest und unbesonnen betrachtet, muß zu der Auffassung kommen, daß andere Plakate als solche über nicht verbotene Versammlungen, öffentliche Vergünstigungen und weiter über gestohlene, verlorene oder gefundene Sachen sowie namentlich für den gewerblichen Verkehr, überhaupt nicht, auch nicht mit polizeilicher Genehmigung angeheftet werden dürfen, und daß diese Plakate, deren Inhalt dem § 9 entspricht, nur mit der Genehmigung der Polizei angeheftet werden dürfen. Das Kammergericht hat das Gesetz auch stets so ausgelegt, und diese Auslegung entspricht auch der Entstehung des Gesetzes und dem Willen des Gesetzgebers. Es ist ein Gesetz, das nach seinem Inhalt geradezu als unsinnig und ganz und gar unmöglich bezeichnet werden muß. Dieses Gesetz ist wie das Dreiklassenwahlrecht dem

preussischen Volke oktroyiert worden, und zwar am 30. Juni 1849 und am 5. Juli 1850. Es charakterisiert sich als ein Unkrautgesetz im eigentlichen Sinne. Das geht aus den Verhandlungen der Kammer sowie aus der Begründung seitens der Regierung hervor. Um recht zu verstehen, wie damals die Reaktion in Preußen in einer den Interessen des Volkes widersprechenden Weise waltete, brauchen wir nur an die Anweisung des Zaren Nikolaus I. an den preussischen Minister zu erinnern, die preussische Verwaltung ganz nach russischem Muster zu gestalten. Nikolaus gerierte sich vollständig als Kenner der inneren Verhältnisse Preußens und zwar mit einem gewissen Recht, denn es wurde ihm von den damaligen Machthabern Preußens sehr leicht gemacht. Charakteristisch ist die Angst, die sich in der Begründung des Gesetzes ausdrückt; in den Motiven wurde hingewiesen, wie gefährlich gerade das Anheften von Plakaten an Bahnhöfen sei. Bahnhöfe könnten als Sammelplätze für revolutionäre Elemente in Betracht kommen, und deshalb müsse dort jedes gefährliche Plakat vermieden werden, damit nicht etwa eine Erneuerung der Revolution von 1848 herbeigeführt würde. Allerdings zeigt diese Begründung auch, wie hoch modern die Regierung war; auch jetzt hat ja die preussische Regierung vor der Verbreitung von Druckschriften auf Bahnhöfen noch große Angst. (Heiterkeit.) Diese künstliche Empörung über das Anheften von Flugzetteln auf den Bahnhöfen kennzeichnet das ganze Gesetz. Wir verstehen es heute nicht mehr, kein Mensch begreift, daß es heute noch lebendig sein kann. Aber trotzdem hören wir immer noch, er lebet noch, er lebet noch und wackelt mit dem Kopf. (Heiterkeit.) Leider lebt es wirklich noch. Wir haben Verurteilungen nach diesem Gesetz erlebt, weil bei Gelegenheit des Wäckerstreiks sowie des Friseurstreiks in den Lokalen derjenigen Arbeiter, welche die Forderungen der Gehilfen bewilligt hatten, Plakate ausgehängt wurden, in denen diese für solche Kundebekanntgebungen waren, die ihre Bedürfnisse nur bei Arbeitgebern befriedigen wollten, welche ihren Gehilfen entgegenkamen. Es erfolgten Verurteilungen nach diesem Gesetz, weil bei Gelegenheit dieser Plakate die polizeiliche Erlaubnis fehlte, sondern weil solche Plakate unter allen Umständen verboten sind, selbst wenn die Regierung den Wunsch hätte, daß sie angeheftet würden. Ich erinnere auch an gewisse Vorgänge bei der Landtagswahl. Da wurde gegen Gastwirte vorgegangen, in deren Lokal Listen der Wahlmänner mit der Angabe, wie sie gewählt hätten, ausgehängt waren. Zunächst verurteilte man es mit dem großen Unfug. Das Kammergericht hob diese Verurteilungen aber auf und erklärte, es sei zu verurteilen, weil ein Verstoß gegen den § 9 des Preßgesetzes vorliege. Auch die üblichen Gewerkschaftsplakate, die nichts weiter enthalten, als Mitteilungen der Statuten und allenfalls noch eine Angabe des Ortes, wo man sich anmelden kann, sind von der Polizei in sehr vielen Orten aus den Gastwirtschaften und Papiergeschäften beschlagnahmt, gegen die Inhaber der Geschäfte ist ein kriminelles Verfahren eingeleitet worden. Das wird wohl auch die Herren vom Zentrum interessieren. In Hannover wurde gegen ein Plakat eingeschritten, auf dem das Wappen des ehemaligen Königs von Hannover von Soldaten getragen wurde, die einen Weibskümmel anknüpften. Hätte der Unternehmer den Schnaps-Bismarck- oder Wollkamm genannt, so hätte man wohl kaum daran Anstoß genommen. (Heiterkeit.) Alle diese Fälle zeigen in besonders krasser Weise, wohin man mit der Bestimmung des § 9 kommt. Es besteht eine Gefahr, daß er ein Hemmschuh für unsere gewerkschaftliche Entwicklung wird. Wir können weiter beobachten, daß eine Menge von Plakaten, die wir täglich vor Augen haben, schlechterdings gesetzlich unzulässig sind. Ueberall sehen wir z. B. auf Bahnhöfen Mitteilungen des Roten Kreuzes, die sicher nicht dem gewerblichen Verkehr dienen. Nach dem Gesetz sind diese Plakate sowie die vieler anderer gemeinnützigen Organisationen strafbar. (Lachen rechts.) Das ist kein Scherz, seine Korrektur, sondern buchstäblich preussischer Ernst. Darin zeigt sich eben die preussische Struktur, das Knochengeriß des preussischen Polizeistaates. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Von der Regierung, von der Polizei, von allen zur Aufrechterhaltung der Gesetze berufenen Organen wird die Bestimmung nur angewendet gegen politisch mißliebige Erscheinungen, gegen die Sozialdemokratie und gegen die Gewerkschaften. Dagegen denkt man nicht daran, das Gesetz auch anzuwenden gegenüber dem nichtpolitischen Verkehr und gegen-

über den sogenannten staatsverhaltenden Organisationen. Hier wird in so eklatanter Weise gegen den Grundgedanken der Gleichheit vor dem Gesetz verstoßen, daß wir ein besseres Kabinettsstück des Klassenstaates und der Klassenjustiz gar nicht haben können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei der Beratung des § 10 wurde die Regierung gefragt, ob denn die Bestimmung, daß zu dem Plakat die Genehmigung der Ortspolizeibehörde gehöre, auch auf die Theater anzuwenden sei. Der Regierungskommissor antwortete damals, die Regierung würde das Gesetz schon so anwenden, daß man keine Besorgnis zu haben brauche. Wir sagen aber, die Verwaltung darf das gar nicht in der Hand haben; wenn gewisse Handlungen unter Strafe gestellt sind, so hat die Verwaltung die Pflicht, soweit sie Strafverfolgungsbehörde ist, bei diesen Handlungen die Strafverfolgung eintreten zu lassen. Kein Mensch hat je danach gefragt, ob der Generalintendant v. Hülsen, ob der Direktor Reinhardt um die Genehmigung zum Anheften der Programme nachgefragt hat (Heiterkeit), und ob sie den Erlaubnisschein bei sich haben (Erneute Heiterkeit), wie es der § 10 vorschreibt. Aber Sozialdemokraten gegenüber ist man anders verfahren. Ein Sozialdemokrat namens Niesemeyer wurde prozessiert, weil er die Veranlassung einer Versammlung in seiner Gastwirtschaft und in seinem Papiergeschäft ausgehängt hatte. Das ist ein deutlicher Beweis, welche Gefahr diese Bestimmung für das Versammlungsrecht bildet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir leben im Zeitalter des Verkehrs und der Kellame, wir haben Eisenbahn und Automobil, und die Leute bilden sich ein, in der Eroberung der Luft an erster Stelle zu rangieren. Die Polizei aber reißt noch mit der alten Postkutsche (Heiterkeit) und dabei glaubt sie hochmodern zu sein! Vor dem Kammergericht hat der Oberstaatsanwalt angegeben, daß das Gesetz für die heutige Zeit ganz unhalbar sei. Und ganz ebenso hat sich das Kammergericht ausgelassen, es hat bedauert, ein solch rückständiges Gesetz anwenden zu müssen, aber, so lange es besteht, dieselbe ihm nichts anderes übrig. Mit Niesemeyers Schritt treibt die kapitalistische Entwicklung vorwärts, und da will man ein Gesetz behalten, das für das Zeitalter der Postkutsche paßt! Aber des Rätsels Lösung ist nicht schwer.

Wenn irgendwo gilt für Preußen das Wort: es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort. Gerade die schlechtesten Gesetze dauern in Preußen am längsten. Das zeigte sich beim Vereinsgesetz, das den Frauen die Teilnahme an politischen Vereinsversammlungen verbot. Als sich diese Bestimmung als unhalbar erwies, änderte man nicht das Gesetz, sondern erließ die bekannte Segmentverfügung, weil ein preussischer Bureaukrat den Gedanken nicht fassen konnte, eine Bestimmung aufzugeben, die sich so schön zu politischen Sälfanen benutzen ließ. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Katolik sind dies nur Spinnweben, nicht aber wirkliche Fesseln für die proletarische Bewegung. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir werden uns nicht wundern, wenn die Reichsparteien den Vorwurf der Rückständigkeit, der durch das Bestehen dieses Gesetzes auf ihnen lastet, weiter ertragen. Wollten sie nur in der geringsten Weise den Aufgaben der Entwicklung in Preußen gerecht werden, wollten sie der Entwicklung nicht Schwierigkeiten bereiten, sondern ihr die Wege ebnen, so müßten sie das Volk mit solchen kleinlichen politischen Schikanen versehen und unsern Anträge ohne weiteres zustimmen (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten) und aufräumen mit solchen mittelalterlichen Blunder, der nicht in unsere Zeit hinein gehört. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Martin-Deis (L.): Wenn man den „Vorwärts“ liest und sieht, wie die bestehenden Einrichtungen des Staates heruntergekehrt werden, dann muß man der Meinung sein, daß bei uns die Pressefreiheit schon weit genug geht. Wir wollen die bestehende Agitation der Sozialdemokratie nicht dadurch noch unterstützen, daß wir die Verteilung von Druckschriften ganz freigeben. Wir werden auch die Überweisung des Antrags an eine Kommission ablehnen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. König (S.) begründet einen Zentrumsantrag, wonach die Regierung einen Gesetzentwurf vorlegen soll, durch den die §§ 9 und 10 des Preßgesetzes in zeitgemäßer Weise abgeändert werden.

Abg. Lieber (natl.) erklärt sich für den Zentrumsantrag und gegen den Antrag der Sozialdemokraten wegen seiner unübersehbaren Konsequenz.

Kleines feuilleton.

Die Kometen-Enttäuschung. Seit der Komet Halley Sonntag abend überall mit blohem Auge hat beobachtet werden können, kann kein Zweifel daran herrschen, daß er zu einer besonders auffälligen und prächtigen Erscheinung nicht werden wird. Nach den kürzlich von Edel publizierten Berechnungen mußte man annehmen, daß die Helligkeit des Kernes gegenwärtig die erste Größenklasse übersteigen oder doch mindestens erreichen würde. In Wirklichkeit hatte der Kern Sonntag abend aber nur die Helligkeit eines Fixsterns von zweiter bis dritter Größe und sein Licht war matt, ohne irgendwelche auffällige Intensität. Der Kopf war von einer undeutlich begrenzten Coma umgeben; der Schweif war mit blohem Auge nicht sichtbar; selbst im Kometensucher sah man von ihm nur Andeutungen. Man hätte erwarten können, daß die Helligkeit infolge der in diesen Tagen stark gesteigerten Sonnenaktivität intensiver sein würde. Man muß jedoch darauf hinweisen, daß schon bei der vorigen Wiederkehr des Halley im Herbst des Jahres 1835 seine Erscheinung an Auffälligkeit hinter den Erwartungen zurückblieb. Vessel, der berühmte Königsberger Astronom, hat damals den Kometen fortlaufend beobachtet, und aus seinen Wahrnehmungen ersieht man, daß der Halley schon vor 75 Jahren dieselbe Struktur und Helligkeit zeigte wie heute. Es ist daher wohl zweifellos, daß der Komet immer mehr an Masse, in folge dessen auch an Helligkeit und Schweiflänge verloren hat. Denn die den Schweif bildenden Ausstrahlungen des Kernes können nie wieder zum Kopfe zurückströmen; sie verstreuen sich über die ganze, 6400 Millionen Kilometer lange Bahn. Das schwache Phänomen, als welches sich uns der Halley heute zeigt, bietet somit das Bild eines alternden Kometen, der vielleicht nach einigen weiteren Jahrhunderten bis zur Unkenntlichkeit zusammenschrumpft. In der ersten Hälfte des zweiten nachchristlichen Jahrtausends war seine Erscheinung sicherlich sehr auffällig und impotent. Das geht nicht nur aus den biblischen Darstellungen hervor, die uns überliefert sind; das beweist überhaupt die Tatsache seiner Beobachtung. Denn das schwache Sternchen, das man heute nur mit Mühe im Dämmerlichte sieht, würde im frühen Mittelalter als Komet gar nicht erkannt worden sein.

So kann also auch die exakte Wissenschaft ruhig von einer Enttäuschung sprechen, die ihr die Wiederkehr des Kometen bereitet hat. Das infolge des sensationellen Lärms, der vor dem Auftauchen des Kometen, speziell mit dem famosen „Weltuntergang“ getrieben wurde, die Enttäuschung des großen Publikums unendlich viel größer ist, als die der Astronomen, kann natürlich nicht wundernehmen. So waren Sonntag abend unter den mehr als 1000 Besuchern der Berliner Treptow-Sternwarte 2 den sogenannten „gebildeten“ Ständen angehörende Damen geradezu verblüfft, als ihnen das winzige Rebellchen in der Dämmerung des Abendhimmels als der Komet vorgestellt wurde. Mit naiver Offenheit äußerten sie, sie hätten geglaubt, der Kopf des Kometen sei etwa so groß wie der Mond, und der Schweif erstrecke sich über den halben Himmel. Tags zuvor erlitten auf der Treptow-Sternwarte um zwei Uhr mittags eine Bauerndame, der man sofort anah, daß sie aus einer weit entlegenen ländlichen Gegend nach Berlin gekommen war. Sie verlangte, den Stern mit dem Schwanz zu sehen, und als man ihr bedeutete, daß dieser Stern erst

abends zu sehen sei, verlangte sie doch, durch das große Fernrohr zu sehen. Man zeigte ihr die Sonne mit ihren Flecken und Fackeln; kaum hatte die Frau einen Blick in das Okular geworfen, als sie in religiöse Erstarrung ausbrach und erklärte, diese heilige Stätte nicht mehr verlassen zu wollen. Nur mit Mühe gelang es den Assistenten des Instituts, die Frau zu beruhigen. Das Vorkommnis zeigt, beachtlichst man daneben noch die große Zahl von Selbstmorden und Wahnsinnsausbrüchen in aller Welt, die dem Kometen und dem „Weltuntergang“ zugeschrieben sind, daß es mit der Volksbildung auch im zwanzigsten Jahrhundert noch traurig bestellt ist und daß wir gar keinen Anlaß haben, uns über die Kometensucht früherer Jahrhunderte lustig zu machen.

Prof. Wirtland, der in Finmarken die Erscheinungen der Kometenmacht beobachtet hat, konnte während der Zeit, in der der Kometenkern die Sonne passierte und die Erde den Schweif kreuzte, einen magnetischen Sturm von außerordentlicher Art und Stärke registrieren. Es konnten außerdem wertvolle elektrische und meteorologische Observationen gemacht werden. Zusammen mit den wichtigen Wahrnehmungen auf den Sternwarten von Breslau und Heidelberg liefern Wirtlands überraschende Erfolge nun wohl den schlüssigen Beweis dafür, daß die Erde in der Tat durch den Schweif hindurchgegangen und daß die Lichterscheinung des Kometenschweifs elektrischer Natur ist, die in den von der Sonne ausgehenden Kathodenstrahlen ihre Ursache haben. Wirtlands Beobachtungen verdienen deshalb höchste Beachtung, weil der norwegische Physiker eine allererste Autorität auf dem Gebiete des Erdmagnetismus ist. Es ist ihm bekanntlich gelungen, die Wirkung der von der Sonne ausgehenden elektrischen Kräfte, die sich in erdmagnetischen Erscheinungen und in Polarlichtern äußert, auch im Laboratorium experimentell nachzuweisen.

Die nächste Aufgabe der Astronomen ist jetzt, etwaige Veränderungen zu beobachten, die sich möglicherweise an dem Kern und der Coma des Halley ergeben. So schien es Sonntag, als ob sich neben dem Hauptkern innerhalb der Coma eine zweite Verdichtung zu bilden beginne. Sicher ist diese Wahrnehmung allerdings noch nicht; es müssen erst weitere Beobachtungen abgewartet werden.

Fontane und die Arbeiterbewegung. Theodor Fontane, dem die Offiziellen lobten erst im Tiergarten ein Denkmal gesetzt haben, hat sich zeitweise immer seinen offenen Blick für Menschen und Dinge bewahrt, wohin ihn auch die Verhältnisse immer führten. 1848 war er ein glühender Freiheitsfreund gewesen. Später ist er lange in der „Kreuzzeitung“ feuilletonistisch tätig gewesen. Dann hat er in einem Alter, wo die meisten Gebirge schon für neue Strömungen und Richtungen verschlossen sind, der jungen naturalistischen Literatur Versehen und Versehen wollen entgegengebracht. Immer aber ist er sich treu geblieben. Und wenn er irrte, war es aus rein menschlichen Motiven.

In seinen Briefen, die vor kurzem veröffentlicht wurden, wird es klar, daß er auch die Arbeiterbewegung ohne Vorurteile, ja mit einer gewissen Hineinigung beobachtet hat. Ein Engländer James Morris hatte ihm verschiedene englische Zeitungen, darunter den „Labour Leader“, überreicht. In dem Antwortschreiben Fontanes am 22. Februar 1896 heißt es:

„Mit besonderem Vergnügen habe ich Keir Hardies' „Labour Leader“ durchgesehen. Alles Interesse ruht beim vierten Stand,

Der Bourgeois ist furchtbar und Adel und Merus sind altbacken, immer wieder dasselbe. Die neue bessere Welt fängt erst beim vierten Stande an. Man würde das sagen können, auch wenn es sich bloß erst um Verbesserungen, um Anläufe handelte. So liegt es aber nicht. Das, was die Arbeiter denken, sprechen, schreiben, hat das Denken, Sprechen und Schreiben der altregierenden Klassen tatsächlich überholt. Alles ist viel edler, wahrer, lebendiger. Sie, die Arbeiter, packen alles neu an, haben nicht bloß neue Ziele, sondern auch neue Wege.“

Notizen.

Theaterchronik. Die Kammerspiele eröffnen ihre Sommerpielzeit unter Direktion Dr. Geher am 2. Juni mit der deutschen Uraufführung der in Norwegen viel gespielten Komödie „Jacob und Kristoffer“ von Peter Egge.

Das Theater sei militärform. Das Militärschauspiel „Die letzten sechs Wochen“ von Leo Jungmann, das bisher in Bremen, Lübeck, Bielefeld und Kreuznach mit großem Erfolg unbeanstandet in Szene ging, wurde von der Zensur dem Berliner Friedrich Wilhelmstädtischen Schauspielhaus verboten. Das Stück behandelt das Martyrium eines Soldaten, herborgerufen durch einen Unteroffizier, der ihm aus Eifersucht die noch zu dienenden letzten sechs Wochen recht schwer machen will. Den Höhepunkt erreicht das Schauspiel in einer wirksamen Kriegsschicksalsszene.

Die Verhöhnung der deutschen Wäpne durch die sadesten und sentimentalsten Leutnantsstücke ist den Behörden natürlich höchst erwünscht, wenn der hunte Rock bei denen, die nicht alle werden, Begeisterung fürs Militär erweckt. Wird aber auch nur ein Zipfel von der brutalen Wirklichkeit des Militärrocks gelipst, so schreit die Zensur ein.

Die Spud-Kritik. In der Wilderausstellung der „Neuen Sezession“, die gegenwärtig im Kunstsalon Nacht in Charlottenburg zu sehen ist, hat jemand eine eigenartige Kritik geübt. Die Bilder des Malers Westheim wurden von einem engagierten Feigling (als ihn niemand kontrollierte) vollgespußt. Der bemerkenswerte Kunstfreund konnte leider nicht festgestellt werden. Nun ist zuzugeben, daß manche Bilder der neuen Sezession geeignet sind, bei der kompakten Majorität Oppositionsgelüste zu erregen. Aber selbst in der klassischen Stätte des Kompakten, im preussischen Abgeordnetenhaus, wird ein Unbeliebter doch höchstens rausgeschmissen. ... Auch Ludwig Giesch, der trotz seiner 80 Jahre noch sehr viel Temperament gegen junge Maler aufbringt, hatte in der „Voss. Zeitung“ die Frauen immerhin nur aufgefordert, an dem Maler Westheim, der nach ihm durch ein eklabtes Ehepaar das ganze Frauengeschlecht schamhals beleidigt habe, die verdiente Strafe zu vollziehen. Welche Strafe Herr Giesch meinte, hat er leider nicht gesagt. Aber sicherlich haben ihn geschmackvollere Arten als diese Spuderei vorgeschwebt. Vielleicht dachte er an den Frauenhof mit in Aristophanes' Komödie „Thesmophoria“.

Künstler-Bulletin. Dem erkrankten Peter Rosegger geht es wieder besser. — Auch über Peter Altenberg, der in eine Wiener Heilanstalt gebracht wurde, lauten die Nachrichten erfreulicher.

**Abg. Traeger (Fortf. Sp.)** beantragt, den Antrag Borgmann der Justizkommission zu überweisen. Gegen den Antrag Dr. König spricht der Ausdruck „zeitgemäß“. Als die Bestimmung erlassen wurde, war sie vollkommen zeitgemäß, denn damals herrschte die Reaktion. Die in Frage kommenden Bestimmungen passen absolut nicht mehr in unsere moderne Zeit hinein. Es handelt sich um Ueberbleibsel der alten preussischen Landesgesetzgebung, die längst überholt sind. (Sehr richtig! links.)

**Abg. v. Pappenheim (L):** Den Antrag Borgmann lehnen wir ab, den Zentrumsantrag würden wir als den Antrag einer großen Partei für erwägungswert halten. Da wir aber mit ihm auch den Antrag Borgmann der Kommission überweisen müßten, werden wir ihn gleichfalls ablehnen.

**Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):**

Dr. König hat gemeint, meine Leidenschaftlichkeit sei gegenüber einer so geringfügigen Bestimmung ganz deplaciert gewesen. Er hat meine Ausführungen total mißverstanden. Die Arbeiter würden diese Bestimmungen mit einer Dosis von Humor hinnehmen und über sie lachen, wenn sie wenigstens die verschiedenen Klassen der Bevölkerung in gleicher Weise treffen würden. Unsere Leidenschaftlichkeit und Empörung erklärt sich daraus, daß diese Bestimmungen gegenüber den verschiedenen politischen Strömungen nicht gerecht angewendet werden und daß eine ungleichmäßige Behandlung auch hier den Klassencharakter des heutigen Staates hervortreten läßt. (Dravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Träger auf Verweisung beider Anträge an die Justizkommission wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt. Der Antrag König wird gegen die Stimmen der beiden konserverativen Parteien angenommen.

### Das altpreussische Armenrecht.

Es folgt die Beratung des Antrages Borgmann (Soz.), die Regierung zu ersuchen, sobald als möglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der § 2 Abs. 1 Ziffer 2 und Abs. 2 des Gesetzes vom 31. Dezember 1842 aufgehoben wird.

**Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):**

Es handelt sich hier um ein Stück preussischer Räd- ständigkeit und polizeilicher Willkür. Unser Antrag will eine den modernen Verhältnissen angepaßte Neuregelung dieser gesetzlichen Bestimmungen aus dem Jahre 1842. Nach diesen Bestimmungen wird der Polizei uneingeschränkt das Recht eingeräumt, den Aufenthaltsort zu beschränken, und einen Verurteilten von gewissen Orten auszuschließen ohne Angabe von Gründen. Nun ist allerdings später das Reichsstrafgesetzbuch erlassen worden, in dem bestimmt wird, in welchen Fällen auf die Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden darf. Es ist deshalb die Frage, ob durch das Reichs- Strafgesetzbuch das Gesetz von 1842 aufgehoben wird oder nicht. Ich bin der Meinung, daß das Gesetz von 1842 durch das Reichs- strafgesetzbuch als aufgehoben zu betrachten ist. Es handelt sich hier eben wieder einmal um einen der bekanntesten Kompetenzkonflikte zwischen der Justiz und der Verwaltung, der ja durch das ganze preussische Wesen hindurchgeht und überall anzutreffen ist. Das Wesentliche an dem Gesetz von 1842 ist seine außerordentlich weite Fassung. Auf seinem anderen Gebiete haben die Polizei und die Verwaltung so weitgehende Machtbefugnisse wie hier. Die gericht- lichen Bestimmungen, wegen der die Polizei zur Ausweisung greifen kann, brauchen nur sehr minimaler Natur zu sein und können jahre- lang zurückliegen. Wie ist ein Fall bekannt, in dem ein Mann jahrelang in Berlin gewohnt hat und auf eine Woche sich ent- fernte, um Verwandte zu besuchen. Er lebte dann nach Berlin zurück, wurde von der Polizei als neu hinzuziehender angesehen und ihm die Erlaubnis zur Niederlassung unterzogen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Oberverwaltungsgericht billigte diesen Standpunkt der Polizei. In einem anderen Falle handelte es sich um einen Hotelier, der das Verbrechen begangen hatte, seinen Gästen nach einer Kaiser-Geburtsstagsfeier die Möglichkeit gegeben zu haben, zu jeuen. Diesem Hotelier wurde nicht nur die Konzession entzogen, sondern man nahm ihm auch die Möglichkeit, als Angestellter in einem anderen Gastwirtschaftsbetrieb sein Brot zu verdienen. (Hört! hört! links.) Die Polizei sah dem Mann überall auf den Fersen. Großen Staub aufgewirbelt hat ja vor einigen Jahren der Fall des Schuhmachers Wilhelm Voigt, der auch unter Polizeiaufsicht stand und nach dem preussischen Vagabundengesetz behandelt wurde. Man hegte ihn von Ort zu Ort, der Mann konnte sich keine Existenz schaffen und wurde so von einem Verbrechen ins andere gejagt. Die Personen, die unter diesen Paragraphen fallen, muß man als Opfer der sozialen Verhältnisse betrachten. Wenn das aber der Fall ist, dann muß es Aufgabe der Justiz sein, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß die Schuld der Gesellschaft ihnen gegen- über gelöst wird, daß ihnen die Möglichkeit gegeben wird, wieder in geordnete Verhältnisse zu kommen. Ein leider verstorbenen Konser- vativer, der in weiten Kreisen sehr geschätzte Pastor v. Vobelschwingh, würde sich grundsätzlich auf meinen Standpunkt stellen. Es ist gerade ein Verdienst dieses Herrn, innerhalb der heutigen Gesellschafts- ordnung immer wieder darauf hingewiesen zu haben, daß man im Landstreicher und Vagabunden auch den Menschen zu achten hat. Katholisch stimmen wir mit den Mitteln, die Herr v. Vobelschwingh anwendete, nicht überein, aber sympathisch war es, wie dieser Mann sich dieser Opfer der Gesellschaft immer angenommen hat. Die in Frage kommenden Gesetzesbestimmungen stammen aus dem Jahre 1842, einer Zeit, in der Preußen noch ein rein agrarischer Staat war und in der noch patriarchalische Arbeitsverhältnisse herrschten. Damals mag eine Bestimmung zeitgemäß gewesen sein, daß man nur am Orte der Unterstützungswohnstätte Aufenthalt nehmen durfte. Wenn die Städte von dieser Bestimmung einen rigorosen Gebrauch machen würden, dann würde das gerade nicht im Interesse des Landes liegen, denn auf das Land würden dann allerhand bestrafte Personen abgehoben werden, die dort der Armenfürsorge zur Last fallen würden. Die Umgestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse macht die Durchführung dieser Bestimmungen in der heutigen Zeit aber zur Unmöglichkeit. Die willkürliche Anwendung in einzelnen Fällen aber muß als äußerst brutal und inhuman empfunden werden. Auf den Ausweisungsfornularen für Berlin sind zum Beispiel 25 Ortschaften in der Umgebung Berlins an- geführt, für die die Ausweisung gleich gilt. Mit so drastischen Maßnahmen bringt man natürlich einen Ver- strassen nicht auf die Bahn, ein ordentlicher Mensch zu werden. Nun ist gewiß richtig, daß aus dem Orte der Unterstützungswohnstätte niemand ausgewiesen werden darf. Aber wer weiß denn, wo sein Unterstützungswohnort ist? Das wissen oft die Behörden selbst nicht, die sich über den Unterstützungswohnort jahrelang oft herum- streiten. Und dann ist der Unterstützungswohnort oft auch der denkbar ungeeignetste Ort zur Schaffung einer ordentlichen Existenz. Die Möglichkeit der Schläue ist damit aber noch nicht er- schöpft. Das Gesetz würde kein preussisches sein, wenn es sich nicht auch zur Anwendung gegen politisch mißliebige Personen mißbrauchen ließe. Das ist denn auch in der Tat wiederholt ge- schehen. Ein sozialdemokratischer Schriftsteller, ein Gelehrter von Ruf, hatte jahrelang in Wilmersdorf gewohnt. Während seiner Redaktionsstätigkeit in Magdeburg hatte er wegen Verleumdung eine Strafe bekommen. Nun wollte er von Wilmersdorf nach Friedenau ziehen und die Friedenauer Polizei kündigte ihm an, daß sie ihn auf Grund des Vagabundenparagraphen ausweisen würde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das geschah gegen einen wichtigen Gelehrten mit akademischer Bildung und keinen politischen Vorstrafen! Der Mann mußte also nach Wilmersdorf zurück oder als Vagabund in der Welt herumlaufen. Glücklicherweise hat sich in diesem Falle das Berliner Polizeipräsidium eines Besseren besonnen und die höchst blamable Verfügung zurückgezogen. Wir müssen aber bei der Beschaffenheit der preussischen Polizei und des Ministeriums des Innern auch ständig damit rechnen, daß diese Bestimmungen politisch mißbraucht werden. Das ist ein Grund mehr für uns, die Aufhebung dieser Bestimmungen zu verlangen. Beweisen Sie uns durch Ihre Stellungnahme zu unserem Antrage, in welchem Umfange Sie das

Wort vom christlichen Staate in die Tat umzusetzen gewillt sind. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. v. Riesebeck (fr.):** Meine politischen Freunde halten die Bestimmungen des § 2 des Landespolizeigesetzes für so wichtig, daß wir sie nicht über Bord werfen wollen. Der Vordredner sprach von der Machtbefugnis der Polizei, die häufig zu Uebergriffen ausartete. Richtig ist, daß die Bestimmungen in allen Städten vor, aber es bestehen ganz bestimmte Anweisungen über die Aus- führung des Gesetzes und es ist unbestreitbar, daß es jetzt mit der Vagabundage erheblich besser bestellt ist als früher vor dem Bestehen des Gesetzes.

Hierauf vertagt sich das Haus auf morgen 12 Uhr. (Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Bewilligung von Mitteln zur Verbesserung der Wohnungen der Arbeiter; Gesetzentwurf betr. die Feuerversicherungsanstalten, Gerichtslosgesetz, Gebührenordnung für die Rotare.)

Schluß 4 1/4 Uhr.

## Parlamentarisches.

Aus der Justizkommission des Reichstages.

In der Justizkommission wurde am Dienstag bei der Beratung der §§ 101 und 107 der Strafprozessordnung erörtert, unter welchen Garantien eine Hausdurchsuchung vorzunehmen ist. Nach der Regierungsvorlage sollen, wenn eine Durchsuchung von einem anderen Beamten als dem Richter oder Staatsanwalt vorgenommen wird, zu der Unterzuchung noch ein anderer Beamter oder zwei Gemeindeglieder zugezogen werden, wenn diese Maßnahmen dem Zweck der Haus- suchung nicht gefährdet. Dagegen wurde von unserer Seite, den politischen und freisinnigen Mitgliedern verlangt, zu bestimmen, daß ohne jede Einschränkung bei einer derartigen Hausdurchsuchung ein Beamter oder zwei Gemeindeglieder, die nicht Polizeibeamte sein dürfen, zugezogen werden müssen. Beschlossen wurde, daß zunächst ein anderer Beamter oder zwei Gemeindeglieder hinzu- zuziehen sind.

Wenn § 102 kam es zu langen Debatten darüber, ob von dem Zweck einer Hausdurchsuchung auch der Verdächtige davon benachrichtigt werden muß. Bei dieser Gelegenheit kamen unsere Genossen auf die ver- brecherischen Unterschleichen der Polizeispiegel zur Zeit des Sozialisten- gesetzes zu sprechen. Damals verdeckte diese Subjekte erst vor der geplanten Hausdurchsuchung die zu suchenden Gegenstände in der Wohnung des Verdächtigen. So schildert Genosse F r o h m e, wie seinerzeit in seiner Wohnung in Vordamm Polizeispiegel anarchoistische Schriften in den Keller seiner Wohnung geschmuggelt hatten. Frohme, der diese Kammer durch einen Zufall bemerkte, schickte noch am demselben Abend die Schriften an den Polizeirat K u m p f auf das Polizeipräsidium. Trotzdem erschien am anderen Morgen Kumpf, der am Abend vorher nicht mehr auf dem Polizeipräsidium gewesen war, mit einigen Beamten und durchsuchte die ganze Wohnung nach den Schriften, feist und fest behauptend, daß diese Sachen in der Wohnung sein müßten.

Die beantragte Verbesserung gelangte im wesentlichen zur An- nahme. Beschlossen wurde, daß wohl der Verdächtige, aber nicht der Beschuldigte von der Hausdurchsuchung vor deren Beginn zu benach- richtigten ist.

Dem § 103 wurde auf Antrag des Zentrums hinzugefügt, daß, wenn bei einer Hausdurchsuchung Papiere gefunden werden, deren zwangs- weise Verschlagnahme nach den Bestimmungen des § 88 ausgeschlossen ist, der Richter oder Staatsanwalt verpflichtet ist, diese Papiere den Beteiligten sofort auszuhändigen. Auch darf der Inhalt dieser Papiere im weiteren Verlauf des Verfahrens nicht verwendet werden.

Zum § 104 stellten unsere Genossen folgenden Antrag:

„Spätestens unmittelbar nach der Durchsuchung ist dem Be- treffenden der Zweck der Durchsuchung schriftlich mitzuteilen, auch ein Verzeichnis der in Beschlag genommenen Sachen oder, wenn Sachen nicht in Beschlag genommen sind, eine Bescheinigung darüber zu erteilen.“ Der Antrag wurde in dieser Form ab- gelehnt, aber dem Zweck des Antrages dadurch entsprochen, daß der Regierungsvorlage, nach der nur auf Antrag des Betroffenen ein Verzeichnis resp. eine Bescheinigung ausgestellt wird, hinzuge- fügt wurde: „Der Betroffene ist auf dieses Recht hinzu- weisen.“

Eine längere Zeit nahm sodann die Debatte über den Schutz der Abgeordneten gegen Durchsuchungen in Anspruch. Ein Zentrumsantrag bezweckt, einen neuen § 106a zu schaffen, der lautet soll:

„Beschlagnahmen und Durchsuchungen in den Diensträumen einer gesetzgebenden Versammlung dürfen nur mit Genehmigung des Vorsitzenden der Versammlung oder seines Stellvertreters vorgenommen werden. Bei ihrer Vornahme ist der mit der Be- aufichtigung der Räume beauftragte Beamte der Versammlung zuzuziehen.“

Die Regierung erklärte durch den Staatssekretär Liseo, diesen Antrag nicht akzeptieren zu können. Er schaffe für die Parlamente eine Ausnahme; denn — die kaiserlichen Schlösser, Kirchen, Regierungsgebäude und Gerichtsstätten hätten ein solches Recht auch nicht. — In der Diskussion wandten sich unsere Genossen, ferner die Redner des Zentrums und der Freisinnigen scharf gegen diese Erklärung. Das verlangte Recht folge schon jetzt aus Artikel 30, 31 der Reichsverfassung. Notwendig sei der Antrag geworden, weil in der Praxis eine Beschlagnahme verliert wurde. Von einer Aus- nahme könne keine Rede sein. Der Bundesrat werde ja durch den Antrag gleichfalls getroffen. Im übrigen enthalte ja das Gesetz gegen Durchsuchung militärischer und anderer Dienstgebäude weit- tragende Garantien. Der Versuch, im königlichen Schloß Haus- suchungen vorzunehmen, lasse sich theoretisch hören, sei doch aber in der Praxis undenkbar. Der Zentrumsantrag bleibe eigentlich hinter dem aus der Reichsverfassung abzuleitenden Recht zurück, da er mit Genehmigung des Präsidenten eine Beschlagnahme zulasse. Die Konserverativen und Rationalliberalen bekämpften den verlangten Schutz der Immunität.

Der Zentrumsantrag wurde schließlich mit 16 Stimmen an- genommen. Dagegen stimmten Konserverative, Reichsparteiler, Rationalliberale und der Antifemist.

## Neunte Generalversammlung der Kupfer- und Berufsgenossen.

Dresden, 23. Mai 1910.

Es nahmen 51 Delegierte, Zentralvorstand, Redaktion und Ausschuß und sieben Gauleiter an den Verhandlungen teil; außer- dem sind G i r b i g und B o l l m a n n, Vorsitzende des deutschen Glas- bzw. Porzellanarbeiterverbandes, und der österreichische Genosse D a - l i n als Gäste erschienen.

Am ersten Tage wurden die Berichte von Vorsitzenden, Kassierer und Redakteur entgegengenommen und die Diskussion darüber ge- pflogen, die unbenutzt blieb und deshalb am Dienstag fortgesetzt wurde.

Der Vorsitzende D r u n s e l tabelte in seinem Geschäftsbericht eine gewisse Disziplinlosigkeit bei der Zulassung von Lohn- bewegungen. Dießlag geben die Filialen eigenmächtig vor, be- ginnen Lohnbewegungen oder kündigen Tarife über die Köpfe des Zentralvorstandes hinweg. Es sind Willkür, die noch aus der Zeit der Lokalarbeiterverbände und der partiiellen Streiks stammen, die aber mit der wachsenden Bedeutung der Unternehmerorganisationen und der Gefahr der Ausparierungen beseitigt werden müssen.

Abgesehen von einigen Ausnahmefällen habe der Verband sich stark genug erwiesen, die Löhne während der Krise auf der Höhe zu halten. Einige Schläppen in verschiedenen Filialen, so in Posen, Grauschwitz und Langnitz, seien vornehmlich Zeichen in den eigenen Reihen geschuldet.

Zum Bericht des Kassierers L o t h e r, über den wir alles nötige im Vorbericht sagten, sei nachgeholt, daß der Kassenbestand am 21. Mai 150 466 Mark betrug.

Ueber die kurzen Berichte setzte eine eingehende Diskussion ein. Fast alle Redner, die sich mit dem Jahrgang beschäftigten,

äußerten über dessen Haltung volle Zufriedenheit. Besonders seine entschiedene, wirksame Stellungnahme bei der Wahlrechtsbewegung und sonstigen wichtigen politischen Anlässen fand ungeeilte Aner- kennung.

Einzelne Redner nahmen scharf zu verschiedenen Maßnahmen des Vorstandes, besonders zu seinem Eingreifen bei Lohnbewegungen, Stellung. Die große Mehrzahl erklärte sich jedoch auch mit der Vorstandstätigkeit einverstanden und sprach aus, daß er in der schweren Zeit der Krise meistens das Rechte getroffen habe. Be- sonders seien die zahlreichen Abwehrbewegungen so geschickt ge- leitet worden, daß fast alle Anschläge des angriffswütigen Unter- nehmertums zu nichte wurden.

Die Diskussion, die sich vor allem auch auf interne, die Öffent- lichkeit nicht interessierende Fragen erstreckte, ließ eine starke Reizung hervortreten, den Verbandsausfluß in Wegfall kommen zu lassen. Da die Debatte sich nicht erschöpfte, wird sie am Dien- stag fortgesetzt.

## Aus Industrie und Handel.

Bauen in der Industrie.

Es gibt wohl kaum noch einen bemerkenswerten Vorgang in der Industrie, bei dem die Banken nicht die Hand im Spiele haben. Nützlicher würde man wohl sagen: der nicht von Banken entriert worden ist! Hinter der sich jetzt in der Braunkohlenindustrie voll- ziehenden Konzentration stehen sie natürlich auch wieder. Die dieser Tage abgehaltene Generalversammlung der Niederlausitzer Kohlen- werke beschloß, das Aktienkapital von 6 auf 12 Millionen Mark zu erhöhen. Die Kapitalerhöhung soll dazu dienen, das gesamte Aktienkapital der „Kraft“ Bergbauaktiengesellschaft in Leipzig, die Majorität der Aktien der Gewerkschaften „Elze“ und „Alwine“ zu erwerben. Das Bezugsrecht der Aktionäre auf die gesamten 6 000 000 M. neuer Aktien wurde ausgeschlossen; jedoch sollen 2 000 000 M. neuer Aktien an die Deutsche Bank zu 170 Proz. mit der Verpflichtung begeben werden, sie den Aktionären zu diesem Kurse zum Bezug anzubieten. Die Maximalleistungsfähigkeit der Niederlausitzer Kohlenwerke von jetzt 58 000 Doppelwaggons soll zunächst auf insgesamt 90 000 Doppelwaggons gesteigert werden. Die Kapitalerhöhung solle ferner die Grundlage für eine Betriebs- erweiterung bilden. Die Verwaltung beabsichtigt, in der „Kraft“ Bergbauaktiengesellschaft ein neues Werk „Kraft II“ mit einer Leistungsfähigkeit von 28 000 Tonnen zu er- richten. Außerdem soll auf den der Gesellschaft gehörigen Feldern am Stiersee unter anderen eine moderne Eristoffabrik mit 24 000 Doppelwaggons ersatzfähiger Fabrikate Leistungsfähigkeit errichtet werden. Durch die Erweiterungen werde sich die Gesamt- produktion auf 1 510 000 Tonnen stellen. Der Gesellschaft läge eine Offerte der Firma Wulff u. Co., Berlin, vor: „als Kaufpreis für die angebotenen Aktien und Kuxe ist Zug um Zug in bar ein Betrag von 7 Millionen Mark franko Zinsen zu zahlen.“ In den Kaufstrei- ten wurden neu gewählt: Justizrat Ferdinand Lobe (Berlin), Hermann Richter (Direktor der Deutschen Bank) und Fabrikbesitzer Richard Müller (Zulda). Die Firma Wulff steht wiederum in naher Verbindung zu den Hohenloherwerken und der Berliner Handelsvereinigung des Fürsten Fürstenberg.

Die reinen Fischen gegen die Sonderrechte der Hüttengruben. In der Gewerkschaftsversammlung der Zeche Konstantin der Große gab der Vorsitzende seiner Ueberzeugung in Bezug auf die Erneuerung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats dahin Ausdruck, daß er an dem Weiterbestehen zweifle. Die reinen Fischen würden nur einem solchen Syndikat beitreten können, in dem die Sonderrechte der Hüttengruben schlitzen und dem sich auch die jetzigen Kuxenbesitzer anschließen. Daß die Hüttengruben auf ihre Sonderrechte verzichten, daran ist wohl kaum zu denken. Die meisten großen Hüttenwerke haben jetzt schon ihre Kohlenförderung und Kokszerzeugung so erweitert, daß sie ihren eigenen Bedarf decken können. Soweit das aber noch nicht geschehen ist, läßt die noch bevorstehende Frist von 5 1/2 Jahren bis zum Ablauf des Syndikats genügend Zeit, die eigene Brennmaterialien- produktion weit genug auszubauen. Dann können die Hütten auf ein Syndikat verzichten. Es sparen die Kosten und genießen den Vorteil einer Syndikatpreispolitik. Wenn nämlich die reinen Werke in irgend einer Form sich zusammenschließen, um die Preise zu halten, dann dient das von ihnen festgelegte Niveau den Hütten selbstverständlich als Grundlage bei der Preisdiskussion für ihre Erzeugnisse. Und entbrennt infolge Richtzustandekommens irgend welcher Preisabmachung ein Preiswettbewerb, dann geniert das die Hüttenwerke auch nicht. Als Halbzeugproduzenten und -Verläufer besitzen sie ein Monopol. Sinken die Kohlenpreise, erhöhen die Hüttenwerke ihre Halbzeugpreise um die in Betracht kommende Differenz; die reinen Eisenwerke haben keinen Vorteil von der Preis- ermäßigung. Den gemischten Betrieben dient alles zum Besten.

### „Patriotenpflicht.“

Ein Konsortium von Kapitalisten verfenet einen Prospekt zur Gründung einer „Ostafrikanischen Bergwerks- und Plantagen-G.“. Verwertung des bei Morogoro häufig vorkommenden Stimmers soll Zweck der Gründung sein. In dem Prospekt werden die Inter- essenten zum Schluß aufgefordert, „an der Lösung der patriotischen Aufgabe mitzuwirken.“

Für die Gründer besteht die patriotische Aufgabe darin, sich die Taschen füllen zu lassen. Wenn sie geeignete Objekte dazu finden, wir haben nichts dagegen.

Konsumvereinsbekämpfung. Wie schon so viele andere Handels- kamern haben auch die beiden Handelskammern in Hildburghausen und in Weiningen eine Eingabe an das Herzogliche Staatsministerium ausgearbeitet, in welchem u. a. hervorgehoben wird, daß seit dem Jahre 1895 im Herzogtum sich die Zahl der Konsumvereine mehr als verdoppelt, ihre Mitgliederzahl sich verdreifacht und ihr Umsatz sich vervierfacht hat. Die Kaffeivereine haben sich in derselben Zeit fast verdoppelt, ihr Umsatz in Kolonial- und anderen Waren ist nahezu auf das Reunfache gestiegen. Die Handelskammer mußte jedoch auch feststellen, daß die Zahl der im Hauptberuf tätigen Waren- und Produzentenhändler sich um den sedenten Teil und die Zahl der im Nebenberuf tätigen sich um fast das Doppelte vermehrt hat. Während in dieser Zeit eine Bevölkerungszunahme von 12,80 Proz. eingetreten war, ist eine Zunahme von 29 Proz. der Kleinhandler festzustellen gewesen.

Trotzdem fordern die Handelskammern von der Regierung ein Verbot der Beteiligung von Beamten an der Verwaltung und Ge- schäftsführung der Konsumvereine und Einführung von Normativ- bestimmungen für den Geschäftsbetrieb der Konsumvereine unter staatlicher Kontrolle.

Preispolitik. Seit Jahren summern die ober-schlesischen Kohlen- werke über ihre ungünstige Position, in die sie durch die Tarifpolitik der Eisenbahn geraten seien. Im vergangenen Jahre wurde ein Antrag auf Ermäßigung der Gaslohartarife nach Berlin von Ober- schlesien vom preussischen Eisenbahnrat abgelehnt. Jetzt kommen die Herrschaften mit neuen Ansprüchen. Sie könnten den Versand nach Berlin aber ohne Tarifermäßigung sehr gut steigern, es wäre nur nötig, die Auslandspreise auch für das Inland gelten zu lassen. Die Preise sind seit der Hochkonjunktur an der Wende des Jahrhunderts noch nicht wieder gesunken, zeigen eher noch eine steigende Tendenz. Wenigstens in Deutschland. Im Auslande dagegen bieten die ober- schlesischen Werke zu außerordentlich niedrigen Preisen an. Man sollte nur einmal den Verbrauchern in Berlin die gleichen Preise stellen, wie einem Teile der österreichischen, dann würde man nicht mehr über die Uebermacht der englischen Kohle zu klagen haben.

Produktion, Ein- und Ausfuhr von Brennmaterialien. Im April dieses Jahres betrug die Förderung: Steinkohlen 12 628 824

Tonnen (bagem im April 1909 11 708 724), Braunkohlen 5 651 127 Tonnen (5 026 462), die Erzeugung von Holz 1 900 295 Tonnen (1 702 905). Vom Januar bis April wurden gefördert: Steinkohlen 48 906 811 Tonnen (i. B. 48 181 504), Braunkohlen 21 788 025 Tonnen (21 842 382); die Holzherzeugung stellt sich auf 7 537 076 Tonnen (6 946 642). Die Einfuhr von Steinkohlen stieg von 1 009 974 Tonnen (im April 1909) auf 1 052 133 Tonnen, die Einfuhr von 1 093 174 auf 1 889 080 Tonnen. Die Braunkohlen-Einfuhr betrug im April d. J. 654 219 Tonnen gegen 781 977 i. B. An Holz wurden eingeführt im April 52 972 Tonnen (i. B. 56 456), ausgeführt 331 178 Tonnen (i. B. 204 534).

Schwedens Wasserkräfte. Der ungeheure Reichtum Schwedens an natürlichen Wasserkräften tritt in einem Gesetzentwurf über deren Ausnutzung zutage, der augenblicklich dem schwedischen Reichstage vorliegt. Danach hat der Staat selbst das Eigentumsrecht an 277 Wasserfällen mit rund 800 000 Pferdekraften, darunter sind die gewaltigsten die Trollhättä-Fälle des Göta-Elf und die Forjus-Fälle des Culeaflusses, von denen die ersteren seit kurzem bereits zu industriellen Zwecken ausgenutzt werden, während die letzteren demnächst die Kraft zum elektrischen Betriebe der projektierten schwedisch-finnländischen Grenzbahn liefern sollen. Im ganzen wird Schwedens Besitz an Wasserkraft auf 4 bis 5 Millionen Pferdekraft geschätzt. Der neue Gesetzentwurf will nun festsetzen, daß eine Veräußerung von staatlichen Wasserkräften an private Betriebe künftig ausgeschlossen sein soll; nur eine Verpachtung wird für bestimmte Fälle in Auge gefaßt, die aber im allgemeinen auch nur für eine Höchstdauer von 40 Jahren gelten darf. Man sieht in der allmählichen Industrialisierung der Wasserfälle eine der wichtigsten Quellen des Volkswohlfühls und hofft insbesondere durch ihre Ausnützung allmählich alle Eisenbahnen des Landes mit elektrischem Betriebe versehen zu können.

## Aus der Frauenbewegung.

### Arbeiterinnen, beschwert Euch!

Mit dem 1. Januar 1910 hat die neue Novelle zur Gewerbeordnung Gesetzeskraft erlangt, die veränderte Bestimmungen über die Arbeitszeit enthält. Durch sie gelten die Bestimmungen der Gewerbeordnung für alle über 10 Personen beschäftigten Betriebe. Es scheint daher angebracht, die Arbeiterinnen auf die ihnen zustehenden Rechte und Ansprüche aufmerksam zu machen. Wer viel in Arbeiterinnenzirkeln herumkommt, kann die nicht mehr neue Tatsache feststellen, daß in vielen Betrieben Zuwiderhandlungen gegen die Schutzvorschriften an der Tagesordnung sind. Vornehmlich in solchen Betrieben, wo fast nur Arbeiterinnen oder nur unorganisiertes Personal beschäftigt wird, kümmert sich der Unternehmer oft wenig um polizeiliche Bestimmungen. Die Leidtragenden sind die Arbeiterinnen, wenn sie nicht eine starke Organisation hinter sich haben. Die Gewerbeaufsicht ist nicht derart organisiert, daß sie alle Betriebe mit der nötigen Gründlichkeit revidieren könnte.

Es ist nun Aufgabe der Arbeiterinnen, sich mit den Bestimmungen des Gesetzes vertraut zu machen, um Uebertretungen des Arbeitgebers feststellen zu können.

Diese Verträge können, ohne Gefahr für die wirtschaftliche Existenz der Arbeiterin, in eigens hierzu errichteten Stellen gemeldet werden. Der Name der Beschwerdeführerin wird streng geheim gehalten! Auch wird derselbst Rat und Auskunft in allen einschlägigen Angelegenheiten erteilt.

Nachfolgend geben wir die Adressen bekannt:  
Arbeiterinnen-Sekretariat der Generalkommission der Gewerkschaften, Engländer 15, 4. Et. Sprechstunden täglich von 9 bis 5 Uhr, Donnerstags bis 8 Uhr.

Bureau der sozialdemokratischen Frauen, Lindenstr. 8, Hof, 4. Et. Sprechstunden täglich von 9 bis 4 Uhr.

Bureau des Textilarbeiterverbandes, Andreasstraße 61. Sprechstunden täglich von 9 bis 5 Uhr, Montags bis 8 Uhr; Andreasstraße 17, Sprechstunden von 9 bis 7 Uhr.

Verbandsbureau der Buch- und Steinbruckerhilfsarbeiter und Arbeiterinnen, Ebingger Str. 19, 3. Et. Sprechstunden täglich von 9 bis 5 Uhr.

Bureau der Ortsverwaltung Berlin desselben Verbandes, Alte Jakobstraße 5, Hof, 2. Etage. Sprechstunden Dienstags von 5 bis 7 Uhr.

### In reaktionär!

Eine am 20. Mai in Weiningen abgehaltene Verbandskonferenz des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht nahm folgende Resolution an:

„Im Oktober 1909 wurde auf der Generalversammlung des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht in München beschlossen, bei dem Reichslanzler von Weismann Hollweg noch vor Eröffnung des Reichstages eine Audienz nachzusuchen, um dem Reichslanzler, wie man es seinerzeit auch beim Kaiserlichen Hof getan hatte, die Forderungen der deutschen Frauen hinsichtlich ihrer politischen Rechte zu unterbreiten. Der Reichslanzler lehnte jene Audienz mit dem Hinweis auf Mangel an Zeit ab. In Anbetracht der reaktionären Art und Weise, wie der Reichslanzler sich inzwischen über die politische Betätigung der Frauen geäußert hat, sowie seiner ganzen bisherigen staatsmännischen Leistungen, scheidet der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht davon ab, weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen.“

### Wegen das kommunale Wahlrecht der Ehefrauen in Schweden.

Die Konservativen haben im Reichstag einen Antrag eingebracht, wonach den Frauen nur dann eine eigene Steuerveranlagung zukommen soll, wenn ihr selbständiges Einkommen mindestens 200 Kronen im Jahre beträgt. Bei geringerem Einkommen der Frau soll ihre Steuer dem Manne mit angerechnet werden. Da nach der jetzt geltenden Gesetzgebung und Steuerordnung das kommunale Wahlrecht allen Frauen zukommt, die selbständig ihre Steuern zahlen, wenn auch erst durch das Einkommen des Ehemannes das steuerbare Minimum erreicht wird, so richtet sich jener Antrag gegen alle die proletarischen Frauen, die mit häuslicher Arbeit überlastet, durch eigene Erwerbsarbeit nur wenig zu den Unkosten des Haushalts beitragen können. Wegen den Plan der Konservativen erklärt eine lebhaftige Protestbewegung.

### Lesende.

Brichenau. Mittwoch, den 25. Mai, 9 Uhr, bei Schönsfeld, Rheinstraße 31: Vortrag, Genosse Kurt Feinig.

## Gerichts-Zeitung.

### Die Wechsel des Prinzen von Braganza.

Die Verhandlung in diesem Schwindelprozeß endete gestern Abend mit folgendem durch den Landgerichtsdirektor Eppler verkündeten Urteil: Das Gericht geht davon aus, daß dieser geniale Schwindel von langer Hand vorbereitet werden mußte. Aus diesem Grunde hat der Wandelbild des Prinzen bearbeitet und schließlich die Wechsel aus ihm herausgeholt. Das Gericht ist der Ansicht, daß an dem Betrage außer King und Wandelbild auch Clarke beteiligt war, nicht in dem Sinne, daß er sich an dem Schwindelverfahren im Hotel Epilande beteiligte, aber dadurch, daß er hinterher mit den Wechseln nach Berlin gekommen ist, um sie hier an den Mann zu bringen. Clarke ist vernachlässigt, ebenso King. Wandelbilds Vermögen mag dahingeholt bleiben, ebenso die Frage ob sich dieser Hochstapler Wandelbild nennen darf oder nicht. Wenn der vermögenslose Clarke sich hier im Fürstentum ein Zimmer mietet und Wechsel von Wandelbild 14 Tage vor der Fälligkeit zu 67 Proz. ausbietet, so zeigt dies schon, daß er Kenntnis davon hatte, daß die Wechsel seinen Wert hatten und Wandelbild nicht der reiche Mann war, für den er sich ausgab. Festgestellt ist weiter, daß die Smaragden schon Jahre lang im Tresor der Gesellschaft gelegen haben und daß schon etwa 100 angeblich verkauft sein sollen.

Wenn es wahr wäre, daß Clarke und King an den Wert der Steine geglaubt haben, dann wären sie doch sicher daran gegangen, wenigstens einige im Interesse der Gesellschaft zu verwerfen. Das Gericht hat also angenommen, daß Clarke nicht bloß Potentien hier in Berlin vertriebt hat, sondern direkt beteiligt war und es sich bei ihm nicht bloß um vorbereitende Handlungen, sondern um befristeten Betrag handelt. Bei den übrigen drei Angeklagten hat eine strafbare Handlung nicht festgestellt werden können. Bei Abweisung der Strafe gegen Clarke hat das Gericht einerseits erwogen, daß es sich um eine internationale Hochstaplergesellschaft und um kolossale Summen handelt, andererseits aber auch, daß man damit rechnen mußte, daß diese Wechsel sehr schwer unterzubringen wären. Der Gerichtshof hat nach alledem Clarke zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt, die drei übrigen Angeklagten aber freigesprochen.

### Gasthausverbot gegen Schüler.

Der Regierungspräsident zu Düsseldorf hat unter dem 13. Mai 1881 eine Polizeiverordnung erlassen, welche bestimmt: „Den Inhabern von Konditoreien, Gasthäusern, Schankwirtschaften und anderen Getränke-Verkaufsstellen ist es untersagt, Schülern irgendwelcher Art, insbesondere auch denjenigen, welche mittlere oder höhere Schulen besuchen, den Aufenthalt in ihren Lokalen zu gestatten oder denselben Speisen oder geistige Getränke zu verabfolgen, es sei denn, daß die Schüler sich unter Aufsicht ihrer Eltern, sonstiger erwachsener Angehörigen, Vormünder oder Lehrer befinden.“ Der Gastwirt Schürmann in Emmerich hatte entgegen diesem Verbot Tertianer des Gymnasiums bewirtet. Er wurde deshalb vom Landgericht Duisburg zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht verwarf seinen Einwand, daß die Verordnung ungültig sei. Das Kammergericht wies dieser Tage seine Revision mit folgender Begründung zurück. Es sei nicht richtig, daß die Verordnung lediglich die Schulzeit und Schulordnung fördern solle. Sie bezwecke in erster Linie, junge, unreife Leute vor dem Alkoholgenuß zu bewahren. Sie finde ihre Stütze in § 6e des Polizei-Verwaltungs-gesetzes und in § 10 11, 17 des Allgemeinen Landrechts, wonach es unter anderem Aufgabe der Polizei sei, das Publikum gegen bevorstehende Gefahren zu schützen.

## Vermischtes.

### Der Siltzug Breslau-Glogau entgleist.

In der Nähe der Station Klein-Dresa entgleiste gestern vormittag der Siltzug 64 mit sämtlichen Wagen. Nach der amtlichen Meldung sind bei der Katastrophe der Lokomotivführer Schürmann und der Heizer Klose, beide aus Breslau, schwer verletzt worden; ein Mädchen erlitt einen Beinbruch. Drei Reisende, die leichtere Verletzungen erlitten, konnten weiterreisen, während die schwerer Verletzten in ein Krankenhaus gebracht wurden. Bei der Entgleisung, über deren Ursache noch nichts festgestellt werden konnte, wurde die Lokomotive aus den Schienen herausgeschleudert und liegt verkehrt auf der Unfallstelle. Der nächste Personenwagen wurde zum Teil auf die Seite gehoben und legte sich mit einer starken Weugung auf die Schienen. Um 10 Uhr traf auf der Unfallstelle der Hilfszug aus Breslau ein. Bis zur Ankunft des Hilfszuges leisteten eine im Zuge befindliche Krankenschwester und der auf der Fahrt nach Berlin zu den Sitzungen des Abgeordnetenhauses befindliche Breslauer Landtagsabgeordnete Dr. Wagner die erste Hilfe. Der Verkehr auf der Unglücksstelle wird während der Aufräumungsarbeiten, die voraussichtlich 12 Stunden dauern, durch Umsteigen aufrechterhalten.

### Nach ein Eisenbahnunglück.

Auf der Pariser Vorortlinie Invalidenbahnhof-Langchamps entgleiste gestern Abend ein Personenzug; die Lokomotive löste sich vom Zuge los, fuhr ein Stück außerhalb der Schienen weiter und stürzte dann einen 80 Meter tiefen Abhang hinab. Der Lokomotivführer und ein Heizer wurden getötet. Auch zwei Reisende wurden verletzt.

### Der Prozeß Hofrichter.

Vor dem Wiener Kriegsgericht hat am Montag die Verhandlung gegen den Oberleutnant Adolf Hofrichter wegen Abfindung der Giftbriefe an Generalstabsoffiziere begonnen. Die Verhandlungen dürften voraussichtlich längere Zeit dauern. Das Verfahren vor den österreichischen Kriegsgerichten findet in Abwesenheit des Angeklagten statt. So wurde denn am Montag Hofrichter nur für eine kurze Zeit vorgeführt, um der Verlesung seiner Verteidigungsschrift zuzuhören. Der Angeklagte machte einen vollständig gebrochenen Eindruck, auch ist er durch die lange Gefängnishaft sehr abgemagert. Im Gefängnis ist die Bewachung mit Rücksicht auf den Preisvermügel Hofrichters und die Verlesung, die Gift zu verschaffen, sehr verschärft. Ein Infanterist, der viertelstündlich abgelöst wird, hat die Aufgabe, unausgeseht durch das Guckloch in Hofrichters Zelle zu sehen, während ein zweiter Infanterist auf dem Gange auf und ab patrouilliert. Gestern wurden die Verhandlungen fortgesetzt und der Auditor, Hauptmann Kung, verlangte die Verurteilung Hofrichters wegen M e u c h e l m o r d e s, begangen an dem Generalstabshauptmann Richard Mader, wegen versuchten M e u c h e l m o r d e s an 11 Offizieren des Generalstabes. Daneben wurde noch Bestrafung verlangt wegen M i s s b r a u c h s d e r A m t s g e w a l t und wegen Fälschung von Dokumenten. Hofrichter wird erst nach Fällung des Urteils wieder vorgeführt werden, um dem Urteilspruch entgegenzunehmen.

### Der Jovf.

Manches Stücklein der verpönten Bureaokratie hat seinen Weg in die Öffentlichkeit gefunden. Das scheint den Reich der Militärbehörden erregt zu haben, die offenbar dazun wollen, daß sie es mit der Beamtenbureaokratie immer noch aufnehmen können. Als Beweis dafür diene ein Vorkommnis, das einem Einwohner in M e h r i c h im Verkehr mit der Militärbehörde passiert ist. Der Mann war zu einer militärischen Uebung einberufen. Wegen Befreiung wandte er sich in einem Schreiben an die zuständige Militärbehörde. Einige Zeit darauf schickte das Hauptimpeccat Stodach (unterzeichnet von Hauptmann v. D. Baumler) das Besuch an das Bürgermeistertum Mehrich zurück „mit dem ergebenden Ersuchen, dem Kanonier J. G. zu eröffnen, daß sein Besuch nicht weitergegeben wird, weil in demselben un militärische Ausdrücke wie „berechtigt“ enthalten sind, und daß ihm anheimgegeben werde, ein neues Besuch einzureichen, in dem dergleichen Ausdrücke nicht vorkommen.“ Das schwere Vergehen, eine Militärbehörde als berechtigt anzusprechen, hatte der frühere Kanonier mit der Uebung zu büßen, da inzwischen die Zeit der Bestellung herangerückt war.

### Rühner Ueberlaubsflug.

Von Reims aus unternahm der Aviatiker Lindpaintner mit seinem German-Zweidecker gestern morgen um 4 Uhr einen Flug und landete, nachdem er in einer Höhe von etwa 400 Meter die Stadt Reims überflogen hatte, im Aerodrom von Reims.

Um 8 1/2 Uhr traf er den Rückweg an. Er wurde eine längere Strecke begleitet von dem Aviatiker Wagner. Nachdem Lindpaintner die Stadt zum zweiten Male überflogen hatte, schlug er die Richtung nach Bouy ein, doch nach wenigen Kilometern mußte er wegen starken Windes auf einem Pflanzhof landen.

Der französische Aviatiker Martinez unternahm gestern einen Flug von Rouremelon nach Reufmoutiers und legte die 150 Kilometer lange Strecke in 1 1/2 Stunden zurück. Der Aviatiker, der beabsichtigt hatte, nach Paris zu fliegen und dort auf dem Concordienplatz zu landen, wurde darin durch widrige Winde und Nebel verhindert.

### Der Waffe als Schmuggler.

Der „Frankf. Bg.“ wird folgende ergötzliche Episode gemeldet: In allen spanischen Städten besteht noch die leidige Verbrauchssteuer, der die Bürger natürlich auf alle Weise zu entgehen suchen, und gewiß ist schon manches stille Gebet zum Himmel entporgestiegen, wenn es sich darum handelte, eine Steuerfahndung im kritischen Moment das Inognito wahren zu lassen. Doch war man bis jetzt noch nicht so weit gegangen, den himmlischen Mächten bei dieser Gelegenheit geradezu ein Wunder zuzumuten. Nun ist auch dieser Schritt getan. Im Bahnhof von Valencia sah nämlich unlangst ein Zollwächter ein feistes Mädchenlein ankommen, dessen respektabler Umfang seltsam mit der Behendigkeit kontrastierte, mit der es dem Ausgang zustrebte. Dieser Zwiespalt der Natur schien dem wachsamem Beamten auffallend. Er hielt den Kreter an, der jedoch bei allen Heiligen die Lauterkeit seines Unterleibes beteuerte. Der andere aber, offenbar ein Atheist, machte sich gleichwohl daran, der Leibesfülle des frommen Bruders etwas näher zu treten. Da rief dieser, zur rechten Zeit der Wunderthaten der heiligen Elisabeth sich erinnernd, mit verzückten Mienen aus: „O, heilige Jungfrau, und du, o heiliger Franziskus, mein Schutzpatron, mache, daß mein Fleisch, das dieser Sünder anzutasten wagt, sich in das Fleisch eines unsauberen Tieres verwandelt!“ Und siehe da, der Bösewicht, von einem Zollwächter fürberste aus der Soutane eine ganze Proviantkammer voll Schinken, Würsten und sonstigen Gaben des verdienstlosen Orientiers. Jeder andere hätte gestaut und angebetet. Unser Zollwächter dagegen — sagten wir nicht, es war ein Atheist — schleppte den Raubnehmer der heiligen Elisabeth wie einen gewöhnlichen Schmuggler ins Verließ.

### Räuberbanden in Kleinasien.

In der Provinz Dyhinia in Klein-Asien haben sich die Räuberbanden außerordentlich vermehrt. Vor einigen Tagen hat die Bande des bekannten Briganten-Tscherlessen Deli Rehm e d, welcher bereits für mehrere Morde zum Tode verurteilt worden ist, bisher aber noch nicht gefangen werden konnte, in den Wäldern zwischen Armoche und Ado-Vogar auf der Hauptstraße eine armenische Karawane, bestehend aus 10 Kaufleuten, angegriffen. Die Kaufleute wurden gebunden, geschlagen und gänzlich ausgeraubt. Vier Kaufleute wurden schwer verletzt, die anderen hat man gebunden auf der Straße aufgefunden. Die Briganten sind dann in die Wälder geflüchtet und bisher nicht ergriffen worden.

### Keine Notizen.

Auf der See Ostsee bei Altenessen im Rheinland fiel ein Gesteinsbohrer aus etwa 100 Meter Höhe in den Schock herab. Ein Dreiführer und ein Bergführer wurden dadurch getötet, ein Knappschaftsältester lebensgefährlich verletzt.

Mord und Selbstmord. In Wandsbek erschoss der 24jährige Steinbruder Schwarzlopff seine 19jährige Braut und nahm sich darauf selbst das Leben.

Sechs Matrosen ertrunken. Auf der russischen See bei Kronstadt kenterte gestern ein Segelboot des Kreuzers „Gromobol“ bei einer Uebungsfahrt. Sechs Mann der Besatzung sind ertrunken; ein Matrose wurde halbtot auf dem Riele des Bootes von den Rettungsmannschaften aufgefunden.

Gesunkener Dampfer. In der Lunder-Bay in Amerika sank gestern Abend, wie ein Telegramm aus Port Huron meldet, der Dampfer „Frank Goodenar“. Die gesamte Besatzung von 19 Mann ertrank.

Ermordung eines Forschungsreisenden. Dem Auswärtigen Amt in London ist die Nachricht zugegangen, daß der englische Forschungsreisende Leutnant Redcander im Wadagebiets (Französisch-Kongo) ermordet worden ist.

Verhafteter Mörder. Ein Kammerdiener Gueret, der vor kurzem den Baron Montrod in seinem Schlosse Martinvast erschossen und ausgeraubt hatte, wurde am Montag Abend in Paris verhaftet.

### Briefkasten der Redaktion.

Die weltliche Sprechstunde Anbei Lindenstraße Nr. 60, vorn über Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 bis 7 Uhr Abend hat. Jeder Anrufer ist ein Gasthaus und eine Zahl als Verzeichnis beizubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

W. R. 23. Ihr Bruder würde ersichtlich sein, wenn er schuldlos wäre das Verdict aufgehoben oder die Anklage durch sein Verbalen veranlaßt wäre. Aus Ihrer Darstellung ist ein Verbalen Ihres Bruders nicht zu folgern. — R. V. 50. Wir halten den Eigentümer für erlag-pflichtig. — G. V. 20. 1. Rein. 2. Straßbar ist die Neuerung nicht. 3. Zivilrechtliche Schadenersatzklage wäre durchführbar, wenn die Neuerung als unwohl erwiesen wird. In einer solchen Klage können wir aber nicht raten, da eine Vollstreckung bei den Mädchen wahrscheinlich erfolglos sein würde. — G. R. 1. Die Urben müssen den Mietvertrag zu dem geschicklich gültigen Kündigungstermin — ohne Rücksicht auf die im Miet-Vertrage festgelegte Kündigungsfrist — kündigen. — G. 77. Die in der Folge abgedruckten Versicherungsbedingungen sind maßgebend. — R. Z. 14. Ra. — Th. J. 100. Das Recht, die Scheidungsfrage auf den angegebenen Grund zu stützen, erlischt erst dann, wenn die Frau die zur Klageerhebung aushörtend und die dieser Klageforderung nicht binnen 6 Monaten nachkommen. — Amandus 22. Ihre Anklagen sind im Verlaufe der Nr. 107 des „Vorwärts“ vom 10. Mai, 1. Verlangt, beantwortet. — W. G. 27. Die Quittung genügt nicht. Dagegen ist die Uebertragung des Gegenstandes zur Sicherheit für die Forderung des Gläubigers zulässig. — W. 7. Das Gesetz steht einem solchen Betrage nicht entgegen, deswegen war er rechtswirksam. — J. D. 49. Einen nachbaren Anspruch auf Uebertragung des Heiligerjahres haben Sie nicht. Sie können sich bei dem Reichsversicherungsamt beschweren. — R. S. Rein. — G. 2. 10. Die gesetzliche Kündigungsfrist beträgt sechs Wochen; diese kommt in Frage, wenn nicht etwas anderes vereinbart oder wenn es sich nicht um einen monatweise geschlossenen Dienstvertrag handelt. — D. S. Weinen. — Schöneberg. 1. Rein. 2. Nach Ihrer Darstellung ja. Die Sache ist aber zu einem Vergleich geeignet. 3. Nein. Ihre Mutter möchte die Ansprüche selber geltend machen. Wenn Ihre Mutter gebrechlich ist, kann ihr auf Antrag vom Vormundschaftsgericht ein Pfleger bestellt werden.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbureau.

Wasserstand	am 23. 5.	am 22. 5.	Wasserstand	am 23. 5.	am 22. 5.
Remel, Tünn	144	144	Saale, Großh.	99	99
Bregel, Inherburg	47	47	Saale, Spandau	74	74
Beitzel, Thoen	98	98	Haldensow	100	100
Dder, Altdor	160	160	Spree, Spremberg	86	86
• Krossen	255	255	Bestow	65	65
• Frankfurt	273	273	Weier, Rindon	48	48
Wartbe, Schrimm	80	80	• Rindon	46	46
• Landberg	29	29	• Klein, Maximiliansau	478	478
Nege, Borsdamm	4	4	• Rind	250	250
Eide, Zeimexy	50	50	• Rind	253	253
• Dresden	60	60	• Rind	85	85
• Harb	251	251	• Rind	143	143
• Wabburg	220	220	• Rind	69	69

9 + bedeutet Guß, — 9/2 Unterpegel.

Donnerstag, den 26. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
**Öffentliche Versammlung**  
 in Kellers „Neue Philharmonie“, Köpenicker Straße 96/97.  
**Unternehmertrutz — Angestelltenschutz**  
 Referenten: Reichstagsabg. Stücklen, Landtagsabg. Ströbel.  
 Freie Aussprache. 256/5  
 Privatangestellte! (Handlungsgehilfen, Bureauangestellte) Erscheint  
 in Massen!  
 Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen. Verband der Bureauangestellten. Verband der Lagerhalter.  
 Der Einberufer: Otto Urban, Neue Königstr. 36.

**Zentral-Verband der Zimmerer**  
 Zahlstelle Berlin und Umgegend.  
**8 Mitglieder - Versammlungen**

Tages-Ordnung: 254/13  
**Die Aussperrung im Baugewerbe Deutschlands.**  
 Referenten die Kameraden: Bergemann-Magdeburg, Erdmann-Schwerin, Laue-Leipzig, Nösch-Dresden.

**Mittwoch, den 25. Mai, abends 8 1/2 Uhr**  
 Norden u. Monbit: Hensels Festsäle, Invalidenstr. 1a, Ecke Brunnenstraße.  
 Süden u. Südosten: Böhm's Festsäle, Mannstr. 6.  
 Osten: Litfns Gesellschaftshaus, Memeler Str. 67.  
 Westen, Südwesten, Schöneberg u. Wilmersdorf: Klubhaus, Schöneberg, Hauptstr. 5.

**Donnerstag, 26. Mai, abends 8 1/2 Uhr**  
 Charlottenburg: Volkshaus (großer Saal), Rosinenstr. 3.  
 Nixdorf: Hoppes Festsäle, Hermannstr. 47/48.  
 Friedrichsberg, Fichtenberg u. Rummelsburg: Pickenhagen, Scharnweberstr. 60.  
 Friedenau, Steglitz, Gr.-Fichtersfelde u. Zehlendorf: Mechelke, Friedenau, Hauptstr. 60.  
 Alle im Berliner Wohngebiet beschäftigten Mitglieder des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands werden hiermit nochmals aufgefordert, vollzählig in diesen Versammlungen zu erscheinen.  
 Der Zahlstellenvorstand.

**Deutscher Holzarbeiter - Verband.**  
 Zahlstelle Charlottenburg.  
 Donnerstag, den 26. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
**Mitglieder - Versammlung**  
 im Volkshaus, Rosinenstraße 3.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Auslegung des neuen Vertrages. 2. Besprechung über die Kräfte zum Verbandstag. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.  
 Sonntag, vormittags von 10—2 Uhr, bei Schulz, Wallstr. 90:  
**Stichwahl der Kandidaten zum Verbandstage**  
 Pflicht eines jeden Kollegen ist es, zu erscheinen.  
 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter - Verband.**  
 Arbeitnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüreau:  
 Hof I. Amt 3, 1239. Charitstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987

Donnerstag, den 26. Mai 1910, abends 6 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
 der Metallschleifer, Galvaniseure,  
 Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen,  
 im Gewerkschaftshause, Engelauer Nr. 15, Saal 8:  
 Tages-Ordnung:  
 1. Jahresbericht der Kommission. 2. Diskussion. 3. Renoual des Branchendirektors sowie der gesamten Kommission. 4. Verhandlungsangelegenheiten.  
 Kollegen und Kolleginnen! Mit Rücksicht auf die Neuabsetzung unserer Kommission ist es Pflicht eines jeden, pünktlich zu erscheinen.  
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Donnerstag, den 26. Mai, abends 6 Uhr:  
**Allgem. Klempner-Versammlung**  
 in den „Musiker-Feststätten“, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Biffel über: Die Reichsversicherungsordnung. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.  
 An Antritt des Besonderen wichtigen Vortrages wird ein zahlreicher Besuch erwartet. Jeder agitiere für vollzähliges Erscheinen der Kollegen.

Donnerstag, den 25. Mai 1910, abends 8 1/2 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
 der Elektromonteuere u. Helfer  
 Berlins und Umgegend  
 im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 7.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag „Die Reichsversicherungsordnung“. Ref. A. B. u. G. d. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Donnerstag, den 26. Mai 1910, abends 5 1/2 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
 der Gold- und Silberarbeiter  
 im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Adolf Ritter über: „Arbeiterschutz“. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
 Die Ortsverwaltung.

Ver-gessen Sie nicht heute Mittwoch, den 25. Mai oder morgen Donnerstag, den 26. Mai die gesammelten Annoncen unserer Firma in unserem Geschäftslokal Schöneberg, Hauptstr. 19, abzuliefern. Die Auslobung für unsere Kunden findet bereits am 1. Juni d. J. statt; werden Sie deshalb unverzüglich Kunde bei uns, damit Sie daran teilnehmen. Jedermann erhält auf bequemste Teilzahlung Herren-, Damen - Garderobe Manufakturwaren, Wäsche Möbel u. Polsterwaren Reichhaltigste Auswahl in allen Abteilungen. Billigste Preisnotiz Kaufhaus auf Kredit „Für alle Welt“ Schöneberg Hauptstr. 19 direkt am Kaiser-Wilhelm-Platz

**Kredit** Monatl. 10 R. Befere eleg. Herrengarderobe n. Maß (billigste Preise) Schneidermeister, Lindenstr. 110. Kasse 10 Proz. Rabatt.

**Wäsch- und Luster-Woche**

Dauer bis kommenden Sonnabend.

<b>Wäsch - Joppen</b> für Herren, grün Satz 1 M. 2.25 und 80 Pf.	<b>Lüster-Jacketts</b> für Herren, einfarbig und gestreift, Satz 9 M. 2.90 und M. 1.65	<b>Wäsch - Anzüge</b> für Knaben Satz 3 M. 1.85 und 90 Pf.
--	--	--

Satz 2 Wäsch-Joppen für Herren, grau ..... M. 2.85, 1.80  
 Satz 4 Wäsch-Anzüge für Knaben ..... M. 4.00, 3.20  
 Satz 5 Schul-Anzüge Joppen-Fassons ..... M. 5.00, 3.00  
 Satz 6 Wäsch-Blusen für Knaben ..... M. 1.40, 90, 50 Pf.  
 Satz 7 Herren-Staubmäntel ..... M. 6.00, 4.50, 3.40  
 Satz 8 Sport-Hemden für Herren, schöne Muster ..... M. 2.00  
 Satz 10 Lüster - Jacketts für Herren, einfarbig u. gestreift M. 4.40, 3.70  
 Satz 11 Lüster - Jacketts für Jünglinge ..... von M. 1.00 an  
 Satz 12 Wäsch-Westen für Herren ..... M. 2.90, 1.65  
 Satz 13 Westen-Gürtel für Herren ..... M. 1.75, 1.35, 95 Pf.  
 Satz 14 Wäsch-Hosen für Herren ..... M. 2.90, 1.50  
 Satz 15 Leichte Loden-Joppen für Herren . M. 6.00, 4.00, 2.90  
 Satz 16 Loden-Pelerinen für Herren und Damen . M. 14.50, 7.50  
 Or. Rest-Bestände Stroh-Hüte Satz 17 75 Pf., Satz 18 50 Pf., Satz 19 25 Pf.

**BaerSohn**  
 Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11  
 Gr. Frankfurterstr. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10  
 Der Haupt-Katalog No. 39 (neueste Moden) auf Wunsch kostenlos und portofrei.

der **Cle Liebig**  
 Preis 5 Pfg.

**Große Firma Dr. Simmel** Sonneberger Spielwaren-Ausstellung  
 vertritt durch Privatband Teppiche, Gardinen, Stores Tisch- und Diwan-Decken Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. ohne Anzahlung bei feinen Patent, keine Kaffeezer. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4. Buchverlag unter U. W. 100 „Vorwärts“-Expedition, Auguststr. 50. Gewerkschaftshaus. Betrieb jetzt durch Louis Meyer, Streiferg Straße 32. Buchbinderei und Schulbuchhandlung.

**Persil**  
 lässt Spitzen, Gardinen, Batist, Waschselle, o o o Stickerelen etc., überhaupt o o o  
**alle zarten Stoffe beim Waschen**  
 wieder wie neu werden! Dankbar gründlichste Reinigung bei grösster Schonung und Erhaltung des Gewebes. Ueberall erhältlich!  
 Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf, o o o auch der seit 34 Jahren weltbekannten o o o  
**Henkel's Bleich-Soda.**  
 Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalor, Berlin 4, Tieckstr. 11.  
 Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter.

Bei der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend gingen ferner für die ausgesperrten Bauarbeiter Deutschlands ein:

- List of names and addresses of workers and unions, including: Hülshorst, Köster u. Schmidt, 3. Rate 25, Zwei Glasarbeiter aus Berlin, Söngersdorfer, Bedding 250, Blaue Arbeiter u. Sanatorium...

- List of names and addresses of workers and unions, including: G. Schumann 150, Böhmerl. E. Hüser 5, Unterkommission Weissenau auf folgende Listen: 5228 12.40, 5202 Koll. der Firma Kiebs...

Zusammen 8194,86 M. Dieser sind veröffentlicht 15 932,03 M.; dazu kommen 8194,86 M. Summa 24 128,89 M.

Weiber, welche per Post eingekauft werden, sind an A. Rörsten, SO. 16, Engelauer 15, I zu senden. Alle Sammlungen sind sofort auf unserm Bureau, Engelauer 15, I, Zimmer 23 in den Wochenenden vormittags von 9-12 1/2 Uhr und nachmittags von 4-7 1/2 Uhr abzuliefern.

Die Liste 604 ist verloren gegangen und ist beim Vorzeigen anzuhalten.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend.

12. Generalversammlung des Zentralverbandes der Schmiede.

München, 23. Mai 1910.

Die 12. Generalversammlung der Schmiede wurde gestern im sinnreich dekorierten Saale zur Laube eröffnet. Anwesend sind 97 Delegierte, 9 Gauleiter, 3 Mitglieder des Vorstandes sowie eine Vertreter der „Schmiedezeitung“, des Ausschusses und der Prekominmission.

Geschäftsbericht des Vorstandes

erstattet Lange-Hamburg. Er verweist in seinen mündlichen Ausführungen auf den gedruckt vorliegenden (vom „Vorwärts“ bereits auszugsweise mitgeteilten) Geschäftsbericht und meint, daß trotz der reichlichen Agitation infolge der wirtschaftlichen Krise eine gewisse Stagnation eingetreten sei.

Rassenbericht

Der Kassierer verweist ebenfalls auf die gedruckte Vorlage und beklagte die mangelhafte Abrechnung einzelner Verwaltungstellen. Die Rassenverhältnisse bedürfen einer durchgreifenden Sanierung.

Diskussion

an der sich nicht weniger als 30 Redner beteiligten und die den ganzen zweiten Verhandlungstag ausfüllte. Robert Lange-Hamburg polemisierte gegen die Stellungnahme der Generalkommission, die diese in den Hamburger Differenzen eingenommen habe.

Debatte

wird von Seidel-Dresden eröffnet. Zunächst trägt er die Haltung des „Steinarbeiter“, dessen Schreiberart war zum Teil geeignet, die Branchenangelegenheiten, die mit den Granitarbeitern verbunden waren, zu verschärfen.

Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

Im Berliner Gewerkschaftshause wurde am Dienstag der sechste Verbandstag des Verbandes Deutscher Gastwirtsgehilfen eröffnet. Seine erste Handlung war eine Sympathieumgebung für die ausgesperrten Bauarbeiter.

Dem Kassierer und dem Ausschuss wurde einstimmig Entlastung erteilt. Dagegen die Entlastung für den Gesamtvorstand bis zur Erledigung des Punktes 2b (Bericht über die Verhandlungen mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes) zurückgestellt.

Der Vorstand wird aufgefordert, Material zu sammeln über die Verschiedenartigkeit des staatlichen Unterstützungswesens und die Dauer der Prüfung bei Auf-Beschlag-schulen.

Vierter Verbandstag des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.

Es nehmen 46 Delegierte, Vorstand, Ausschuss, Redaktion und 11 Gauleiter als Verbandsvertreter, Genosse Heinke-Berlin als Vertreter der Bauarbeiterkommission und Genosse Knoll als Vertreter der Generalkommission und des Steinsecherverbandes teil.

Nach Erledigung der Eröffnungsformalitäten wird in die Verhandlungen eingetreten und erhält Starke-Leipzig das Wort. Zunächst bringt Redner eine Resolution, die sich mit der Aussperrung der Bauarbeiter beschäftigt, zur Verlesung. Durch Annahme dieser Resolution wird den Bauarbeitern die volle Sympathie und Opferwilligkeit zugesichert.

Rach Erledigung der Eröffnungsformalitäten wird in die Verhandlungen eingetreten und erhält Starke-Leipzig das Wort. Zunächst bringt Redner eine Resolution, die sich mit der Aussperrung der Bauarbeiter beschäftigt, zur Verlesung.

Es steht jedoch zu erwarten, daß die Aussperrung sich noch auf verschiedene Steinbrüche erstrecken wird. Der Reichstaxi hat seit Jahren eine große Rolle auch bei den Steinarbeitern gespielt; bisher ist er im Gewerbe noch nicht zur Einführung gelangt.

Es steht jedoch zu erwarten, daß die Aussperrung sich noch auf verschiedene Steinbrüche erstrecken wird. Der Reichstaxi hat seit Jahren eine große Rolle auch bei den Steinarbeitern gespielt.

Verfälschungsfrage

übergehend, betont er, daß nach seiner Meinung die Frage gar nicht so brennend sei, da wohl zu erwägen ist, welche Verbände für die Verfälschung in Betracht kommen können. Nach seiner Meinung würde der Verband bei einer Verfälschung in Atome aufgelöst werden müssen.

Die internationalen Beziehungen sind auch in der verflossenen Geschäftsperiode gepflegt worden und steht Deutschland an der Spitze der internationalen Bewegung.

Die internationalen Beziehungen sind auch in der verflossenen Geschäftsperiode gepflegt worden und steht Deutschland an der Spitze der internationalen Bewegung.

Die internationalen Beziehungen sind auch in der verflossenen Geschäftsperiode gepflegt worden und steht Deutschland an der Spitze der internationalen Bewegung.

Die internationalen Beziehungen sind auch in der verflossenen Geschäftsperiode gepflegt worden und steht Deutschland an der Spitze der internationalen Bewegung.

Die internationalen Beziehungen sind auch in der verflossenen Geschäftsperiode gepflegt worden und steht Deutschland an der Spitze der internationalen Bewegung.

Die internationalen Beziehungen sind auch in der verflossenen Geschäftsperiode gepflegt worden und steht Deutschland an der Spitze der internationalen Bewegung.

Die internationalen Beziehungen sind auch in der verflossenen Geschäftsperiode gepflegt worden und steht Deutschland an der Spitze der internationalen Bewegung.

Die internationalen Beziehungen sind auch in der verflossenen Geschäftsperiode gepflegt worden und steht Deutschland an der Spitze der internationalen Bewegung.

Die internationalen Beziehungen sind auch in der verflossenen Geschäftsperiode gepflegt worden und steht Deutschland an der Spitze der internationalen Bewegung.

Die internationalen Beziehungen sind auch in der verflossenen Geschäftsperiode gepflegt worden und steht Deutschland an der Spitze der internationalen Bewegung.

Die internationalen Beziehungen sind auch in der verflossenen Geschäftsperiode gepflegt worden und steht Deutschland an der Spitze der internationalen Bewegung.

Die internationalen Beziehungen sind auch in der verflossenen Geschäftsperiode gepflegt worden und steht Deutschland an der Spitze der internationalen Bewegung.

Die internationalen Beziehungen sind auch in der verflossenen Geschäftsperiode gepflegt worden und steht Deutschland an der Spitze der internationalen Bewegung.

Die internationalen Beziehungen sind auch in der verflossenen Geschäftsperiode gepflegt worden und steht Deutschland an der Spitze der internationalen Bewegung.

Die internationalen Beziehungen sind auch in der verflossenen Geschäftsperiode gepflegt worden und steht Deutschland an der Spitze der internationalen Bewegung.

Die internationalen Beziehungen sind auch in der verflossenen Geschäftsperiode gepflegt worden und steht Deutschland an der Spitze der internationalen Bewegung.

Die internationalen Beziehungen sind auch in der verflossenen Geschäftsperiode gepflegt worden und steht Deutschland an der Spitze der internationalen Bewegung.

Die internationalen Beziehungen sind auch in der verflossenen Geschäftsperiode gepflegt worden und steht Deutschland an der Spitze der internationalen Bewegung.

Die internationalen Beziehungen sind auch in der verflossenen Geschäftsperiode gepflegt worden und steht Deutschland an der Spitze der internationalen Bewegung.

Die internationalen Beziehungen sind auch in der verflossenen Geschäftsperiode gepflegt worden und steht Deutschland an der Spitze der internationalen Bewegung.

Die internationalen Beziehungen sind auch in der verflossenen Geschäftsperiode gepflegt worden und steht Deutschland an der Spitze der internationalen Bewegung.

Die internationalen Beziehungen sind auch in der verflossenen Geschäftsperiode gepflegt worden und steht Deutschland an der Spitze der internationalen Bewegung.

Die internationalen Beziehungen sind auch in der verflossenen Geschäftsperiode gepflegt worden und steht Deutschland an der Spitze der internationalen Bewegung.

Die internationalen Beziehungen sind auch in der verflossenen Geschäftsperiode gepflegt worden und steht Deutschland an der Spitze der internationalen Bewegung.

nahm der Verhandlung folgende Resolution des Vorstandes einstimmig ohne Debatte an:

Der sechste Verbandstag des Verbandes Deutscher Gastwirtsgehilfen spricht den ausgesperrten Bauarbeitern seine vollste Sympathie aus und beschließt, dem Kampffonds der ausgesperrten die Summe von 1000 M. aus der Kasse zu überweisen. — Die Delegierten nehmen mit Genugtuung davon Kenntnis, daß die Mitglieder in den Ortsverbänden sich schon bisher fleißig an den Sammlungen für die ausgesperrten Bauarbeiter beteiligten, daß verschiedene Verwaltungskomitees sich zu regelmäßigen Wochenberichten verpflichteten und erklären, den Beschlüssen des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses entsprechend auch ferner für die Unterstützung der ausgesperrten tätig zu sein.

Ein aus den Reihen der Delegierten gestellter, ebenfalls einstimmig angenommener Antrag besagt, daß sich die Delegierten verpflichten, von ihren Diäten pro Tag eine Mark an den Kampffonds der Bauarbeiter abzuführen.

Hierauf trat der Verbandstag, der von 84 Delegierten aus 48 Orten besucht ist, in die Tagesordnung ein. Mit der Leitung der Verhandlungen wurden Boecksch-Berlin, Tillmann-Hamburg und Dießing-Berlin betraut.

Den Geschäftsbericht für die beiden letzten Jahre erstattete der Verbandsvorsitzende Boecksch-Berlin. Er gab einige Erläuterungen zu dem gedruckt vorliegenden Bericht, aus dem wir das Wesentlichste in Nr. 114 des „Vorwärts“ bereits veröffentlicht haben. Unter anderem betraute der Redner darauf, daß die Tätigkeit der Verwaltung in der Berichtszeit sich bedeutend vermehrt habe. Große Fortschritte in der Mitgliederzahl habe der Verband in dieser Zeit nicht gemacht. Die Vermehrung der Mitgliederzahl sei im wesentlichen zurückzuführen auf den Anstich des Hoteldienerverbandes. Die Stagnation der Mitgliederzahl sei eine Folge der wirtschaftlichen Krise und der Reichsfinanzreform. Wenn auch die Fluktuation der Mitglieder immer noch groß sei, so sei doch gegen früher insofern ein Fortschritt eingetreten, als die Mitglieder, welche beim Ortswechsel dem Verbandsverbande meist verlorene gingen, ihm jetzt treu bleiben. — Für die Interessen der Hoteldienerspiele die Bahnhofsfrage eine wesentliche Rolle. Sie bestehe darin, daß die Hotelbedienten, wenn sie den Bahn-

freig betreten müssen, Bahnhöfe zu lösen haben, und daß ihnen in manchen Orten der Aufenthalt in den Bahnhöfen, wo sie die Fremden erwarten, unangenehm werde. Der Verband habe durch Eingaben an die Eisenbahnbehörden in dieser Hinsicht Wandel zu schaffen versucht, aber bisher nichts erreichen können. Er werde diese Versuche fortsetzen und sich eventuell an die zuständigen Parlamente wenden. — Hinsichtlich der Organisation der weiblichen Angestellten stehe der Verband auf dem Standpunkt, daß die Kellnerinnen in Anstaltseinrichtungen überhaupt nicht organisierungsfähig seien. Der Verband rechne nur auf solche weibliche Angestellte, die eine Berufstätigkeit im Gastwirtsberuf ausüben. Das seien die süddeutschen Kellnerinnen und die Hotelzimmermädchen. Aber auch diese seien sehr schwer zu organisieren. Außer in München habe der Verband keine Fortschritte in der Organisation der Kellnerinnen machen können. In Berlin sei eine Abteilung für weibliche Angestellte eingerichtet worden, der hauptsächlich Hotelzimmermädchen angehören. — Von durchgreifenden Streiks und Lohnbewegungen, welche eine dauernde Besserung der Arbeitsverhältnisse bringen, könne keine Rede sein, solange die Organisation noch schwach sei, um so mehr, als ja die Durchführung von Lohnbewegungen im Gastwirtsberuf ganz besondere Schwierigkeiten biete.

Ströhlinger-Berlin gab Erläuterungen zum Massenbericht, die im allgemeinen dahin gingen: Die Massenverhältnisse sind durchaus günstig und können den Vergleich mit der Finanzlage anderer Gewerkschaften aushalten. Aber auf eine Zunahme der Bestände ist unter den gegenwärtigen Umständen nicht zu rechnen. Das müsse bei der Beratung der vorliegenden Anträge berücksichtigt werden. Auch müßten sich die Kollegen von der Ansicht lösen lassen, daß der Verband nicht nur der Unterstützung und der Arbeitsvermittlung diene, sondern daß es in erster Linie seine Aufgabe sei, Aufklärung unter den Kollegen zu verbreiten.

Tillmann-Hamburg gab hierauf einen kurzen Bericht des Ausschusses. — Dann folgte die Diskussion und Beratung der zu den bisher behandelten Punkten vorliegenden Anträge.

Die sehr ausgedehnte Debatte drehte sich vorwiegend um verwaltungsmäßige und agitatorische Angelegenheiten, örtliche Vorläufe und dergleichen. Unter anderem wurde auch die Frage der Organisation der weiblichen Angestellten berührt. Ein Redner

bemerkte, die Hauptverwaltung des Verbandes sei geteilter Meinung darüber, ob das weibliche Hilfspersonal im Gastwirtsberuf im Gastwirtsgehilfenverband oder im Verband der Hausangestellten zu organisieren sei. — Eine Vertreterin der Münchener Kellnerinnen ergriff den Hauptort, in der Agitation unter den berufsmäßigen Kellnerinnen nicht tätig zu werden, denn der Indifferentismus unter diesen sei durchaus nicht größer wie der unter den männlichen Kollegen. — Seitens der Hotelbedienten wurde die sogenannte Bahnhofsfrage berührt. So führte ein Redner aus, daß er in einem Monat nicht weniger als 43 M. für Bahnhofsreisen ausgeben mußte. — Die Diskussion über den Geschäftsbericht war am Schluß der Sitzung noch nicht beendet, sie wird am Mittwoch fortgesetzt.

Ämtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Futur reichlich, Geschäft ruhig, Preise unändert. Wild: Futur reichlich, Geschäft lebhaft, Preise gut. Getreide: Futur genügend, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise wenig verändert. Getreide und Käse: Geschäft ruhig, Preise unändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Futur genügend, Geschäft schleppend, Preise mehrfach verändert. Gurken fast unändert.

Witterungsbericht vom 24. Mai 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Windrichtung	Wolken	Temperatur	Stationen	Barometer	Windrichtung	Wolken	Temperatur
Stettin	763	SW	3 wolkig	17	Hannover	760	SW	3 wolkig	15
Dresden	764	SW	3 wolkig	16	Leipzig	760	SW	3 wolkig	15
Berlin	763	SW	3 wolkig	16	Frankfurt	760	SW	3 wolkig	15
Köln	761	SW	4 wolkig	16	München	761	SW	3 wolkig	15
Wien	764	SW	1 bedeckt	13					

Wetterprognose für Mittwoch, den 25. Mai 1910. Etwas kühler bei ziemlich trübem nordwestlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Unserem Parteigenossen **Herrn Petratz** zum 60. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche! Die Genossen des 551. Bezirks, V. Abt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.** Todes-Anzeige. Am 23. Mai verstarb unser Mitglied, der Gastwirtsgehilfe **Wilhelm Reinke** Alterstraße 150/151. Ehre seinem Andenken!

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.** Todes-Anzeige. Am 23. Mai verstarb unser Mitglied, der Kausler **Adolf Fischer** Goldbierstraße 36. Ehre seinem Andenken!

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.** Todes-Anzeige. Am 23. Mai verstarb unser Mitglied, der Kausler **Adolf Fischer** Goldbierstraße 36. Ehre seinem Andenken!

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.** Todes-Anzeige. Am 23. Mai verstarb unser Mitglied, der Kausler **Adolf Fischer** Goldbierstraße 36. Ehre seinem Andenken!

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.** Todes-Anzeige. Am 23. Mai verstarb unser Mitglied, der Kausler **Adolf Fischer** Goldbierstraße 36. Ehre seinem Andenken!

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.** Todes-Anzeige. Am 23. Mai verstarb unser Mitglied, der Kausler **Adolf Fischer** Goldbierstraße 36. Ehre seinem Andenken!

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.** Todes-Anzeige. Am 23. Mai verstarb unser Mitglied, der Kausler **Adolf Fischer** Goldbierstraße 36. Ehre seinem Andenken!

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.** Todes-Anzeige. Am 23. Mai verstarb unser Mitglied, der Kausler **Adolf Fischer** Goldbierstraße 36. Ehre seinem Andenken!

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.** Todes-Anzeige. Am 23. Mai verstarb unser Mitglied, der Kausler **Adolf Fischer** Goldbierstraße 36. Ehre seinem Andenken!

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.** Todes-Anzeige. Am 23. Mai verstarb unser Mitglied, der Kausler **Adolf Fischer** Goldbierstraße 36. Ehre seinem Andenken!

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.** Todes-Anzeige. Am 23. Mai verstarb unser Mitglied, der Kausler **Adolf Fischer** Goldbierstraße 36. Ehre seinem Andenken!

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.** Todes-Anzeige. Am 23. Mai verstarb unser Mitglied, der Kausler **Adolf Fischer** Goldbierstraße 36. Ehre seinem Andenken!

**Todes-Anzeige.** Sonntag abend 11 Uhr entfiel nach langem, schwerem Leiden mein lieber Gatte und guter Vater **Richard Ewers** im 49. Lebensjahre. 2247gr. Dies zigen hinterläßt an **Anna Ewers** und Tochter. Die Beerdigung findet Donnerstags, den 26. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der St. Simon- und St. Lukas-Gemeinde, Mariendorfer Weg, aus statt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 3. Berl. Reichstagswahlkreises.** Todes-Anzeige. Am Sonntag, den 23. Mai, verstarb unser Mitglied, der Arbeiter **Richard Ewers** Kottbuser Ufer 62 nach langem, schwerem Leiden verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 3. Berl. Reichstagswahlkreises.** Todes-Anzeige. Am Sonntag, den 23. Mai, verstarb unser Mitglied, der Arbeiter **Richard Ewers** Kottbuser Ufer 62 nach langem, schwerem Leiden verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 3. Berl. Reichstagswahlkreises.** Todes-Anzeige. Am Sonntag, den 23. Mai, verstarb unser Mitglied, der Arbeiter **Richard Ewers** Kottbuser Ufer 62 nach langem, schwerem Leiden verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 3. Berl. Reichstagswahlkreises.** Todes-Anzeige. Am Sonntag, den 23. Mai, verstarb unser Mitglied, der Arbeiter **Richard Ewers** Kottbuser Ufer 62 nach langem, schwerem Leiden verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 3. Berl. Reichstagswahlkreises.** Todes-Anzeige. Am Sonntag, den 23. Mai, verstarb unser Mitglied, der Arbeiter **Richard Ewers** Kottbuser Ufer 62 nach langem, schwerem Leiden verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 3. Berl. Reichstagswahlkreises.** Todes-Anzeige. Am Sonntag, den 23. Mai, verstarb unser Mitglied, der Arbeiter **Richard Ewers** Kottbuser Ufer 62 nach langem, schwerem Leiden verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 3. Berl. Reichstagswahlkreises.** Todes-Anzeige. Am Sonntag, den 23. Mai, verstarb unser Mitglied, der Arbeiter **Richard Ewers** Kottbuser Ufer 62 nach langem, schwerem Leiden verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 3. Berl. Reichstagswahlkreises.** Todes-Anzeige. Am Sonntag, den 23. Mai, verstarb unser Mitglied, der Arbeiter **Richard Ewers** Kottbuser Ufer 62 nach langem, schwerem Leiden verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 3. Berl. Reichstagswahlkreises.** Todes-Anzeige. Am Sonntag, den 23. Mai, verstarb unser Mitglied, der Arbeiter **Richard Ewers** Kottbuser Ufer 62 nach langem, schwerem Leiden verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 3. Berl. Reichstagswahlkreises.** Todes-Anzeige. Am Sonntag, den 23. Mai, verstarb unser Mitglied, der Arbeiter **Richard Ewers** Kottbuser Ufer 62 nach langem, schwerem Leiden verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 3. Berl. Reichstagswahlkreises.** Todes-Anzeige. Am Sonntag, den 23. Mai, verstarb unser Mitglied, der Arbeiter **Richard Ewers** Kottbuser Ufer 62 nach langem, schwerem Leiden verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 3. Berl. Reichstagswahlkreises.** Todes-Anzeige. Am Sonntag, den 23. Mai, verstarb unser Mitglied, der Arbeiter **Richard Ewers** Kottbuser Ufer 62 nach langem, schwerem Leiden verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.** Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Wilhelm Grasse** am 18. Mai gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 25. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des alten Friedrichsfelder Kirchhofes, Berliner Straße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. Die Ortsverwaltung.

**Freie Turnerschaft.** Am Mittwoch, den 18. Mai, verstarb an den Folgen eines Unfalls beim Turnen unser lieber Turngenosse, der Böglingsturnwart **Wilhelm Grasse** im Alter von 22 Jahren. Wir verlieren in ihm einen Mitgründer der dritten Abteilung in Friedrichsfelde. Stets fand er, trotz seiner Jugend, in den nordwestlichen Reihen der Arbeiterturnbewegung. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 25. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Friedrichsfelder Kirchhofes, Berliner Straße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.** Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Franz Otto** am 22. d. M. gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Dom-Kirchhofes in der Müllerstr. 72/73 aus statt. Rege Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.** Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Franz Otto** am 22. d. M. gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Dom-Kirchhofes in der Müllerstr. 72/73 aus statt. Rege Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.** Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Franz Otto** am 22. d. M. gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Dom-Kirchhofes in der Müllerstr. 72/73 aus statt. Rege Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.** Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Franz Otto** am 22. d. M. gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Dom-Kirchhofes in der Müllerstr. 72/73 aus statt. Rege Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.** Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Franz Otto** am 22. d. M. gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Dom-Kirchhofes in der Müllerstr. 72/73 aus statt. Rege Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Margarethe Orth** durch tödlich verlaufenen Unglücksfall mir jäh entzogen wurde. Um jenes Beileid bitten. Der trauernde Gatte **Karl Orth** und Unerwandte. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 56482

**Möbelfabrik Zukunft.** G. G. m. b. H. Freitag, den 10. Juni 1910, abends 6 Uhr, in unserer Geschäftstotal: Frankfurter Allee 130: **Außerordentliche General-Versammlung.** Tages-Ordnung: Erstwahl zum Vorstande. 105/9. Der Vorstand: R. Udebach. 25. 20/11.

**Westmanns Trauermagazin.** Extra-Abteilung I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße). II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße). Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleiher etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre zu äußerst niedrigen Preisen. Sonder-Abteilung: Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

**Patente und Erfindungen.** Erfindung, Bewertung und Kauf von guten Patenten. Kostlose Begutachtung und Patentierung täglich 10-11 Uhr vormittags, auch Sonntags. Ingenieurbüro **Bierhals & Engelhardt.** Berlin W. 35, Bahowstraße 85b. Telefon: VI 9664. 21205

**20 000 Pfund fette Schollen** (1 bis 4 Pfund schwere Fische) sind heute in lebendiger Ware eingetroffen. Wir verkaufen dieselben von heute ab, soweit der Vorrat reicht, pro Pfd. zu **20 Pf.** Außerdem empfehlen wir: **ff. große Rotzungen pro Pfd. 40 Pf.** **Deutsche Dampfschiffereigesellschaft „Nordsee“** Größte Hochseefischerei Deutschlands. Hauptgeschäft: Berlin G. (Bahnhof Börse) Tel. Amt III 8804. Verkaufsstellen: **Charlottenburg:** Wilmersdorfer Str. 111. **Augsburg:** Str. 18. **Schöneberg:** Akazienstr. 31. **Steglitz:** Schlossstr. 121. **Zehlendorf:** bei Karl Schön, Grunwald-Allee 2, Fernsprecher 1173. **Tegel:** Traakowstr. 14. **Weißensee:** Langhanstr. 148. Eigener Seehafen.

**Die gefährliche Zuckerspekulation und die schlafenden Handelskammern!** Man verlange — umsonst und portofrei — die vom Kaufmann **Michael Proestler** in Würzburg verfaßten Flugschriften über die Vorgänge an den internationalen Zuckermärkten. 62/15. **Soeben erschienen:** **Der preussische Wahlrechtskampf und seine Lehren.** — Vortrag — gehalten am 17. April 1910 im Hotel Schumann zu Frankfurt a. M. von **Dr. Rosa Eugenburg.** Stenographischer Bericht. Preis 10 Pf. Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden. **Wir empfehlen:** **Die Welträtzel.** Gemeinverständl. Studien über monistische Philosophie. Von **Ernst Häckel.** Mit Nachträgen zur Begründung der monistischen Weltanschauung. Preis 1 Mark. Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 69, Lindenstraße 69 (Laden).

**Grosser Andrang bei Westmann** **Mohrenstrasse 37a Gr. Frankfurter Str. 115** **Reise-Salon-Verkauf** auf teilweise die Hälfte, teilweise ein Drittel, teilweise ein Viertel der früheren Notierungen für **Reise-Konfektion, Kostüme, garnierte Kleider, Röcke, Backfisch-Konfektion, Blusen, Kimonos, Jackets, Pelerinen** u. sv. v. teilw. 20.— v. teilw. 42.— v. teilw. 70.— v. teilw. 100.— usw. auf „ 8“ auf „ 17“ auf „ 30“ auf „ 45“ usw. **herabgesetzt sind** in allen Grössen! — in allen Fassons! **überwältigende Auswahl** **Gratis** auf Wunsch 2½ m Stoff zu einem Rock bei Einkauf von M. 12 an! **Trauer-Westmann** gesetzlich geschützt Extra-Abteilung für schwarze Konfektion: Kleider, Blusen, Schleiher. **Reste** Damenmode, schwarz und farbig, Costumes, Stoffe, neueste Muster, Trikot-Stoffe, Seiden, Pique, Sammet, Seide etc. **Confection** Paletots, Jacketts, Strickmäntel, Costumes und Costumeröcke in grosser Auswahl. **C. Pelz,** Kottbuserstr. 3.





Lenner, Hans, Lothring. Str. 15.
Misch, Wilh., Gr. Frk. Str. 43.
Möbel-Eberhardt, Friedrich, 105a.

Stoys, Bernh., N. 20, Prinz-Allee 89.
Wendland, Ernst, Reinickend.
Herm. Wendland, Reinickend.

Papier- u. Schreibw.
Seidler, Louis, R., Bergstr. 42.
Putz- u. Modewaren
Bless, Paul, R., Bernauerstr. 141.

H. Hardtke, Tempelhof, Berl.-St. 110.
Heise, A., Revalerstr. 6.
Hering, C., Petersburgerstr. 90.

Seifen
Gustav Gambal, Kantstr. 64.
John, A., Ammonstr. 12.
Hugo Joske, Seifen

Quitzow, Joh., Müllerstr. 1a.
Rapp, Chr., Weissenhofstr. 157.
Rudolph, H., Rixdorf.

Waschmittel
Verlangen Sie
„Edelweiß“
Krone aller Waschmittel.

Möbel-Gelegenheitskäufe!
Wirtschaften aller Preislagen
Willy Haasemann Möbel-Haus

„Schweizerhof“
Meierei u. Milchkuranstalt, liefert
Vollmilch u. Kindermilch zu jeder

Bless, Paul, R., Bernauerstr. 141.
Graff & Heyn, Rixdorf.
Haase, M., Rixdorf.

Kaufhaus für Schuhwaren
St. Klara, Chari, Danckelms-Str. 52.
Klein, A., Brunnenstr. 179.

Teppiche u. Gardinen
Frankenstein & Co., R., Bergstr. 148.
Graff & Heyn, Rixdorf.

Westmann
Mohrenstr. 37 a, Gr. Frk. Str. 115.
Uhren u. Goldwaren
Abel, Goltzstr. 30.

Reins
Schulz, Otto Alb., Markussstr. 25.
Schwendy, H., Rosenthalerstr. 67.

Möbel-Krause Möbel
Nur Kastanien-Allee 40.
Teilzahlung gestattet.
Möbel-Rosien Kastanien-

Braun, Emil, Musik, Oster-
Bühnstr. 2.
Grunow, A., Frankfr. Allee 180.

Restorhandlungen
Deleschal, H., Kolonnenstr. 150 a.
Neumann, G., Grenadierstr. 42.

Schuhhaus Benedik
Potsd. Str. 67 - Wilschauerstr. 57.
Vorwärts-Leser erb. 100% Rabatt.

Abel, Goltzstr. 30.
Anarldag, Charl., Krummest. 29.
Aser, Herm., Mantelwegstr. 114.

Wutke, Karl, Treckwegstr. 7.
Weissenhofstr. 12.
Koennecke, A., Rixdorf.

Engel, R., Ecker Forststr.
Carl Evers, Schönep. Hauptstr. 54.
Giel, A., Gryphus-Str. 17, Ecke

J. Ostrowski jr.
Gr. Frk. Str. 1, an Frk. Str.
Möbel Spiegel
Polsterwaren

Bellmann, E., Gollnowstr. 26.
Göhre, R., R., Berlinerstr. 89 I.

Schirm u. Stöcke
Graff & Heyn, Wilmersdorfer
Str. 118/119.

Schuhhaus Böhm
Königs-Str. 155.
Schuhwarenhaus des Westens
Schüler, Wilh., Schick-Allee 10-11.

J. Gebhardt, Charlottenburg,
Berlinerstr. 124.
George, Adolph, Radstr. 65.

David, L. S., Sim-Dachstr. 42.
Loewenberg & Co., Rixdorf.

Wollhaus Lucas
Rixdorf,
Bergstr. 63.
Zahn-Atelier
Beyer, R., Rixdorf.

14. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie

Table with 10 columns of lottery numbers and their corresponding prizes. Includes sub-sections for 'Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie' and 'Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie'.

14. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie

Table with 10 columns of lottery numbers and their corresponding prizes. Includes sub-sections for 'Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie' and 'Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie'.

14. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie

Table with 10 columns of lottery numbers and their corresponding prizes. Includes sub-sections for 'Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie' and 'Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie'.

14. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie

Table with 10 columns of lottery numbers and their corresponding prizes. Includes sub-sections for 'Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie' and 'Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie'.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Freitag, den 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet im großen Saale der „Arminhallen“... eine öffentliche Frauenversammlung statt.

Berliner Nachrichten.

Verstärkt vor Volkskassen!

Ueber die „Westdeutsche Kranken- und Unterstützungs-Kasse in Köln“ haben wir dieser Tage Mitteilungen gebracht... Die Westdeutsche Krankenkasse in Köln war eine solche Kasse.

Die Westdeutsche Krankenkasse in Köln war eine solche Kasse. Wir teilten schon mit, daß Beute, die Krankengeld beanspruchten...

Von dieser Hauptstelle traf aber keine Antwort ein. Statt dessen erhielten sondersbarerweise eine Anzahl Mitglieder der Kasse...

An die Mitglieder der Westdeutschen Krankenkasse in Köln a. M.

Wir machen Ihnen die ergebene Mitteilung, daß sich die Westdeutsche Kasse leider aufgelöst hat.

Unsere seit Jahren bestehende „Victoria“ ist nun bereit, diejenigen Mitglieder zu übernehmen, welche übertreten wollen. Die Beiträge sind zwar um 10 Pf. pro Woche in der 1. Klasse...

Diese Vorteile sind nicht zu unterschätzen und da wir für den Uebertritt weder Aufnahme- noch Buchgebühren berechnen...

Sie brauchen nur beiliegenden Fragebogen ausfüllen, unterschreiben und an uns sofort zurückzusenden, worauf Ihnen am 1. Mai d. J. ein neues Buch zugehen wird.

Victoria, Deutsche Volkskassenkasse in Berlin, E. S. 148. Der Vorstand: Dimpel.

Aus diesem Schreiben geht zunächst hervor, daß die Westdeutsche Krankenkasse in Köln sich aufgelöst hat. Wo die Gelder der Mitglieder geblieben sind...

Natürlich ist der Charakter der Kasse „Victoria“ im wesentlichen kein anderer als aller anderen Volkskassen.

Aus Köln wird uns über die „Westdeutsche Kranken- und Unterstützungs-Kasse“ noch geschrieben: Die Kasse befindet sich seit einiger Zeit in Liquidation. Eine große Anzahl von Klagen schwebt gegen die Kasse bei Gericht...

Die städtische Verkehrsdeputation beriet in ihrer gestrigen Sitzung den Entwurf für eine städtische Straßenbahnlinie, die von der Lübecker Straße in Moabit über die Pflüßstraße...

Das Industrieviertel, welches von Lindenstraße, Ritterstraße, Prinzenstraße und Gitschiner Straße begrenzt wird, ist zurzeit von Straßenbahnen nur unzureichend bedient.

Im Aeroplan über Berlin.

Die Flugwoche in Johannisthal hat den Weidels erbracht, daß die Aviatik es zwar zu manchen schönen Leistungen bringen kann...

daß aber noch sehr viel zu wünschen übrig bleibt. Eine besondere Sicherheit, mit der Flugmaschine die Luft zu durchqueren, ist noch nicht gegeben; gingen doch während der Flugwoche mehrere Maschinen vollständig in Trümmer.

In einem Artikel in der gestrigen Abendausgabe des „Berl. Tagebl.“ schildert Frey seinen Flug wie folgt:

„Mein Ton des unten flutenden Lebens drang zu mir heraus, denn das Surren des Motors verschlang jedes Geräusch. Wie ein dünner Schleier lag der Dunst über den Straßen...

Während des ganzen Fluges habe ich auch nicht eine Minute das Gefühl der Unsicherheit gehabt. Die einzige Gefahr des Fluges lag darin, daß ein Draht in der Nähe des Propellers gebrochen wäre...

Die Höhe, die Frey während seines Fluges erreichte, wird verschieden geschätzt. Er selbst, der keine Meßapparate mit sich führte, meint, eine Höhe von 400 Meter erreicht zu haben.

Bei dieser Gelegenheit wird weiter berichtet, daß solche Ueberlandflüge bisher schon von den Polizeiorganen als Uebertretungen angesehen und als solche behandelt worden seien.

Strafverfahren wegen Außerachtlassung der Unterhaltungs-

pflicht. Strafverfahren wegen Außerachtlassung der Unterhaltungs-pflicht gegen Familienangehörige sind von der Charlottenburger Armenverwaltung im Jahre 1909 insgesamt 895 eingeleitet worden.

Von der Stadtbibliothek. Bekanntlich ist am 1. April von der königlichen Bibliothek eine Leihgebühr für Benutzung von Büchern eingeführt...

wurde in der gestrigen Sitzung des Kuratoriums der Stadtbibliothek und der städtischen Volksbibliothek und Pflanzschulen unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Meide erörtert.

Eine behdrliche Untersuchung wegen der Tegeler Hasenbräunmischkünde, die wir wiederholt und zuletzt aus Anlaß des Pfingstverkehres gebührend gekennzeichnet haben, kündigt der „Tegeler Anzeiger“...

Der Wald als Schutz gegen Frühlingsfroht.

In einem wissenschaftlich ebenso interessanten wie wertvollen Vortrage wies der Meteorologe Schiller-Tiech, Kleinflotbeck, auf die Beschädigung von Bitterung und Wald hin...

Freiligrath-Jubiläumnummer.

Aus Anlaß der hundertsten Wiederkehr des Geburtstages von Ferdinand Freiligrath erscheint im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, eine künstlerisch illustrierte Zeitung.

Das Heft enthält sowohl einen ausgewählten textlichen Inhalt wie interessante Bilder, die sicher allgemeinem Beifall finden werden.

Aus dem Müggelsee gelandet wurden gestern die Leichen zweier ertrunkener Personen. In der Nähe des Restaurants „Prinzenparken“ wurde der 27-jährige Eisenbahnassistent Alwin Kisse aus Pieslau an Land getrieben...

Die zweite geborgene Leiche ist diejenige des am zweiten Pfingstfeiertage im Freibad Müggelsee ertrunkenen 17-jährigen Arbeiters Willi Jänide aus Rixdorf.

Die Hauptverhandlung gegen den Verleger Wilhelm Bruhn, seinen Bruder Paul und den Redakteur Weber wird voraussichtlich noch vor den Gerichtsferien, Anfang oder Mitte Juli, stattfinden...

Gastwirtsvereine gibt es in Berlin eine ganze Anzahl. Der größte Teil dieser Vereine hat lediglich den Zweck, den Mitgliedern Sterbegeld zu sichern und schließlich noch die Beerdigungen zu stellen.

Eine mehrstündige Betriebsstörung hat sich, wie nachträglich bekannt wird, vorgestern auf dem Rangierbahnhof in Tempelhof ereignet. Dort war beim Rangieren, vermutlich infolge einer Gleisverweigerung ein Waggon, in dem sich etwa zwanzig Stück Milchvieh befanden, entgleist...

Ein Opfer seines Berufes ist der Zimmermann Hans Wochle, Wilhelmshavener Straße 43, geworden. Er war auf dem Neubaugrundstück Mantuffelstr. 20 beschäftigt. Als er gestern mittag im dritten Stockwerk lange Bohlen legte, stürzte er infolge eines Fehltrittes kopfüber in die Tiefe. Beim Aufschlag auf den Bauhof wurde dem Unglücklichen der Schädel zertrümmert. Sterbend wurde er in das Krankenhaus am Urban eingeliefert.

Auf der Unfallstation verstarb gestern der 30-jährige Kaufmann Bruno Böllner aus der Gormannstraße 3. Er wurde in dem Hause Kanitzstraße 160 bestattungsfähig aufgefunden und von Hausbewohnern nach der Unfallstation am Zoologischen Garten gebracht. Hier verstarb er unter den Händen des ihn untersuchenden Arztes infolge Herzlähmung. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Aus dem Landwehrkanal gefahret wurde gestern die Leiche des 9-jährigen Söhnchens Otto Karol aus der Gölzinger Straße Nr. 88. Der Knabe spielte am Donnerstag voriger Woche in der Nähe der elterlichen Wohnung am Gölzinger Ufer mit einem Reifen. Hierbei überstieg er das Gitter und fiel auf der Böschung entlang. Als ihm nun der Reifen ins Wasser fiel, bückte er sich, um ihm nachzugehen, verlor das Gleichgewicht, fiel in den Kanal, ging unter und ertrank, bevor man ihm Hilfe bringen konnte. Gestern kam die Leiche nur wenig unterhalb der Unglücksstelle zum Vorschein und wurde geborgen.

Tödlich verunglückt sind wieder zwei Kinder. Die drei Jahre alte Tochter Marie des Schuhmachermeisters Ullrich aus der Steinmüller Straße 73 spielte vor einigen Tagen im Vorweg des Grundstücks, auf dem augenblicklich gebaut wird, und geriet unter einen Steinwagen, der Mauersteine nach dem Hofe brachte. Der Wagen ging der Kleinen über den Leib und verletzte sie so schwer, daß sie gestern im Lazarus-Krankenhaus starb. — Die Kaiserfrau Wok aus der Joachimstraße 10a kehrte am Sonnabend nachmittag mit ihrem elf Monate alten Söhnchen Georg vom Lustgarten über den Hadeschen Markt nach Hause zurück. Als auf dem Markt ein Geschäftswagen einen anderen überholte, sprang sie mit dem Kinderwagen beiseite. Sie selbst kam unversehrt davon. Der Kinderwagen jedoch ward umgestoßen. Der Kleine fiel heraus und zog sich eine Gehirnerschütterung zu, der er gestern im Kinderkrankenhaus in der Reindorfer Straße erlag.

In den Räumen des „Vorwärts“ hat Ende voriger Woche ein Besucher eine Nadelbrille liegen lassen. Dieselbe kann im Sekretariat der Redaktion in Empfang genommen werden.

Wer ist die Tote? Hilflös aufgefunden wurde gestern nachmittag gegen 4 Uhr eine unbekannte Frau unter der Hochbahn in der Falter Straße gegenüber dem Hause Nr. 114. Gleich nach der Aufnahme, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, starb sie im Krankenhaus am Urban.

Ein sehr gefährlicher Brand kam am Dienstag nachmittag um 6 Uhr in der Prinzenstr. 95 in der Eisen- und Metallwarenfabrik von S. Friedland Nachfolger angeblich durch Unvorsichtigkeit zum Ausbruch. Als der 11. Zug dort ankam, stand der Fabrikraum auf dem Hofe schon in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten an Baumaterialien, besonders an Holzwerke reiche Nahrung gefunden. Um den Brand zu löschen, mußte mit mehreren Schlauchleitungen ständig Wasser gegeben werden. Der nicht unerhebliche Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

## Vorort-Nachrichten.

### Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm u. a. zunächst die Mitteilung entgegen, daß die Bevölkerung im Monat April von 167 767 auf 169 947, mithin um 1580, gestiegen sei. Die Beschäftigung des brandenburgischen Städtetages, zu dem zwei Stadtverordnete delegiert werden sollten, veranlaßte den Stadtverordneten Schneider (Hausbes.) dafür einzutreten, auch einen Gegner der Verbesserung des kommunalen Wahlrechts zu entsenden. Dem Herrn wurde begreiflich gemacht, daß die Zeit der Rüstständigkeit, die er mit seiner Fraktion vertritt, endlich vorüber ist und man nur noch Männer, die vom modernen Geiste erfüllt sind, entsenden könnte. Gewählt wurden gegen die Stimmen der Hausbesitzerfraktion und der Liberalen Vereinigung der Stadt, Gottschall (lib.) und Bernstein (Soz.). Als Stellvertreter fungierten Dell (lib.) und Hoffmann (Soz.). — Die Besatzungsfrage der Assistenzärzte des hiesigen Krankenhauses wurden entsprechend den Charlottenburger Sätzen um 300 M. erhöht. Die erforderlichen Mittel wurden nachemilligt. — Die Vorlage des schulpflichtigen Unterrichts wurde einem Ausschuss überwiesen, nachdem Genosse Rolfsen u. h. darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, die Zahl der Freistellen gerechter zu verteilen.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte folgenden Antrag eingebracht:

- Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:
1. Die Beschlussfassung betreffend die Bewilligung des schulpflichtigen Unterrichts an den höheren Schulen in Schöneberg aufzuschieben;
  2. Den Magistrat zu ersuchen, eine neue Vorlage zu bringen, nach welcher: a) bei Freistellung der Zahl der Freistellen die auswärtigen Schüler mitgezählt werden, b) die Zahl der Freistellen nach der Gesamtzahl der Schüler und Schülerinnen berechnet und von der Deputation für das höhere Schulwesen auf die einzelnen Schulen verteilt werden.

Der Antrag wurde nach einer unwesentlichen Abänderung ebenfalls dem Ausschuss überwiesen. Dasselbe Schicksal erfuhr auch die Vorlage, eine bereits vorgesehene Oberlehrerstelle in eine Turn- und Reitlehrerstelle umzuwandeln. — Der Änderung des Ortsstatuts über die Benutzung der unterirdischen Kanalisation wurde zugestimmt mit der Abänderung, daß für Herstellung der Hausanschlüsse die Verwaltungskosten nicht 15, sondern nur 10 vom Hundert der baren Ausgaben zu berechnen sind. In der Gebührenordnung soll festgelegt werden, daß nicht 4,2 Pf., sondern nur 4,1 Pf. für besondere Gebühre erhoben werden darf.

Dann folgte der Bericht der Prüfung der Gültigkeit der Wahl der Stadtverordneten O. h. t. und V. e. r. n. e. i. n. Im 4. Wahlbezirk der 3. Abteilung waren am 6. November 1909 zwei Stadtverordnete, darunter ein Hausbesitzer, zu wählen. Der Genosse Obit wurde als Hausbesitzer mit 368 Stimmen und Genosse Bernstein mit 565 Stimmen gewählt. Wegen die Wahl ist Einspruch erhoben und damit begründet worden, daß Obit sei, weil der Nießbrauch an seinem Grundstück für einen Dritten eingetragen wäre. Der Ausschuss hat beide Wahlen mit 7 Stimmen gegen 1 Stimme bei zwei Stimmenhaltungen für gültig erklärt. Die Frage wurde verneint, daß die Wahlfähigkeit des Eigentümers als Hausbesitzer durch die Einräumung des Nießbrauchs verloren gehe, weil § 18 der Städteordnung untermittelt Eigentum oder Nießbrauch oder erliches Besitzrecht für das ganze Wohnhaus verleihe und noch der amtlichen Auskunft dies bei Obit zutrifft. Die Prüfung der Frage, ob neben dem Hausbesitzer nun auch der Nießbraucher oder Inhaber des erlichen Besitzrechts ebenfalls wahlfähig ist, ist nicht weiter verfolgt worden. Die Prüfung der Frage hatte im übrigen nur für die Wahl des Genossen Bernstein Bedeutung, weil Genosse Obit, wenn nicht als Hausbesitzer, so doch als Nicht-Hausbesitzer gewählt wäre, da eine Stimme mehr für ihn abgegeben als für Bernstein. Auch hat das Oberverwaltungsgericht, Bd. 32, S. 6, entschieden: Sind zwei Stadtverordnete, und darunter ein Hausbesitzer, zu wählen und erhalten zwei Nicht-Hausbesitzer die absolute Mehrheit, so ist die Wahl derjenigen von diesen gültig, der die meisten Stimmen erhalten hat. Ohne Debatte wurde der Gültigkeit der beiden Mandate zugestimmt. Selbst Herr Schneider war diesmal für Obit zu haben.

Dann wurde vorgeschlagen, einige Deputationen aufzuheben und einige neu zu bilden. Aufgehoben wurden: die Vertretung,

die Untergrundbahn-Deputation, die Deputation zur Vorbereitung der Uebernahme des Abfuhrwesens in städtische Verwaltung, Neu gebildet wurden: eine Straßeneinigungs-Deputation einschließlich des Abfuhr- und Marktweises, eine Verkehrs-Deputation für das gesamte Verkehrsweises einschließlich der Untergrundbahn und eine Park-Deputation. Dagegen wird die öffentliche Beleuchtung, der Tiefbau und die Desinfektionsanstalt der Wohlfahrts-Deputation überwiesen.

Der Stadtverordnete Heppner (lib.) hatte einen Antrag eingebracht, in dem erucht wird, daß diejenigen Stadtverordneten, die keiner Fraktion angehören, bei den Deputationsvorschlägen ebenfalls berücksichtigt werden sollen. In Frage kommen die Stadtverordneten Heppner und Treugebrodt, beide gehörten der Hausbesitzerfraktion an, und Stadt. Lohausen, früher Mitglied der Liberalen Vereinigung; jetzt sind alle drei Herren fraktionslos. Der Antrag wurde abgelehnt mit dem Hinweis, daß dieselben dann bei einer Fraktion zu postulieren hätten.

Für Erweiterungsarbeiten des Werner-Siemens-Realgymnasiums wurden die Mittel in Höhe von 19 000 M. bewilligt. — Die Volkserhaltungsbauarbeiten sollen auch in diesem Winter in der bisherigen Weise veranfaßt werden, nur mit dem Unterschied, daß dieselben bereits im Oktober beginnen und im April beendet werden; insgesamt sind sieben Abende geplant. Ein hierzu erforderlicher Zuschuß von 700 M. wurde bewilligt. Ferner wurde zur besseren Organisation der Veranstaltungen beschlossen, eine Deputation einzusetzen. Alsdann gelangte noch ein Dringlichkeitsantrag zur Beratung, der verlangte, daß gegen den Weiterbau des Gasometers in der Fargauer Straße Einspruch erhoben werden sollte. In der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß dieser 85 Meter hohe Bau ein Schandfleck für ganz Schöneberg sei. Der Stadtausschuss hätte die Baugenehmigung verweigern müssen. Es erwecke den Anschein, als wenn ein Observatorium zur Entdeckung von Kometen errichtet worden ist. Dieser Gasometer, der zur Verunzierung des Stadtbildes beiträgt, müsse sofort abgetragen werden, zum mindesten aber Einhalt des Baues geboten werden. Dem Antrage wurde zugestimmt und hierauf in die geheime Sitzung eingetreten.

Schöneberger Grundbesitzer kontra Siemens u. Halske. Hausbesitzer und Bewohner der Barbarossa-, Kyffhäuser- und Martin-Luther-Straße haben seit geraumer Zeit sehr unter dem beständigen Sinken des Grundwasserspiegels zu leiden. An verschiedenen Stellen ist das Grundwasser um mehrere Meter zurückgegangen und eine ganze Anzahl Brunnen sind versiegt, so daß neue kostspielige Anlagen notwendig wurden. Die Ursache dieses Zustandes ist, wie festgestellt worden, in dem Bau der Untergrundbahnstraße Hauptstraße-Rosendorfplatz zu suchen. Nachdem sich der Schöneberger Grundbesitzerverein wiederholt mit der Angelegenheit beschäftigt, die Erhebung einer Klage auf Vereinstkosten abgelehnt hat, haben eine Anzahl beteiligter Hausbesitzer nunmehr gegen die Firma Siemens u. Halske, die Erbauerin der erwähnten Untergrundbahnstraße, einen Prozeß angestrengt.

### Charlottenburg.

Einen gefährlichen Fabrikbrand hatte gestern die Charlottenburger Feuerwehrt am Salzküfer zu löschen. In dem einstöckigen Hauptgebäude der Aktiengesellschaft von Müller u. Mann, chemische Fabrik, Lack- und Farbenfabrik, waren etwa 1000 Kilogramm Glycerin und 200 Kilogramm Spiritus in Brand geraten. Mächtige Stichflammen hatten sich entwickelt, wodurch zwei Arbeiter, und zwar der 30-jährige Johann Dolosid aus der Kaiserin-Augusta-Allee 20 und der 33-jährige Arbeiter Stanislaus Franke aus der Jagowstr. 17 in Noth verlegt wurden. Letzterer wurde auf der nahen Unfallstation verbunden und dann entlassen. Ersterer wurde nach dem Krankenhaus Westend gefahren und dort behandelt. Angeblich liegt für beide keine Lebensgefahr vor, die Stichflammen hatten schon durch eine offene Tür das angrenzende Dellager erfaßt. Es gelang aber, dort die Gefahr zu beseitigen und dann durch kräftiges Wassergeben den Brand auf das einstöckige Fabrikgebäude zu beschränken. Die Decke dieses Gebäudes hat sich aber bedenklich gesenkt; die eisernen T-Träger haben sich um 40 Zentimeter gebogen. Um jede Gefahr auszuschließen, wurde die Brandstelle polizeilich abgesperrt. Der Schaden ist versichert; der Betrieb der Fabrik erleidet keine Unterbrechung. Die Entstehung wird auf Fahrlässigkeit zurückgeführt.

### Rigdorf.

Dem Feuer gerührt wurde gestern früh um 4 Uhr in der Leupziger Straße die Kraftdroschke Nr. 268, die der Chauffeur Wilhelm Viender aus der Weierstr. 183 fuhrte. Der Wagen brannte bis auf die Räder nieder. Die Feuerwehre konnte nur noch die Trümmer ablösen.

In der Nacht von Verheerungsagenten führten sich gestern mittag zwei Diebe bei einer Frau Much in der Herfurthstr. 2 ein, um sie zu bestehlen. Zwei Männer klingelten und als die Frau öffnete, stellte einer sofort seinen Fuß zwischen Tür und Rahmen, so daß sie nicht mehr schließen konnte, sondern sich wohl oder übel in eine Unterhaltung einlassen mußte. Die beiden Männer gaben sich für Beamte der Victoria-Versicherung aus und redeten eifrig auf die Frau ein, sich ebenfalls versichern zu lassen. Als sie keinen Erfolg hatten, zogen sie sich endlich scheinbar sehr unzufrieden zurück. Erst später merkte die Frau, daß ihr die beiden das Portemonnaie mit 21 M. aus der Tasche gestohlen hatten. Der eine der Diebe ist groß und hat dunkles Haar, der andere ist mittelgroß und blond.

### Friedenau.

Nicht eingehaltene Verpflichtungen. In einer Sitzung der Gemeindevertretung Anfang April dieses Jahres wurde beschlossen, die Bauarbeiten für die neue höhere Mädchenschule der Firma Karl Vordorff-Lichterfeld unter der Bedingung zu vergeben, daß dieselbe den bei dem Bau beschäftigten Arbeitern die im Bauvertrage für Berlin und Umgebung zwischen Arbeitern und Unternehmern vereinbarten Löhne zahle. Es wurde damals schon darauf hingewiesen, daß die Firma, wenn sie ihre Arbeiter einigermassen anständig entlohnen will, mit ihrem auch von anderen Arbeitgebern als Sammlungskonkurrenz bezeichneten Angebot unter keinen Umständen zurechtzukommen könne. Die Firma hat damals die in dem Vertrag gestellten Bedingungen akzeptiert, jedenfalls von dem Gedanken ausgehend, daß da es sich nur um Bestimmungen im Interesse der Arbeiter handelt, die Gemeinde in der Praxis nach der Richtung hin ein Auge zudrücken werde. Und sie hatte richtig kalkuliert! Seit etwa fünf Wochen sind die Arbeiter im Gange, und es ist der Firma bisher noch nicht eingefallen, die im Tarif vereinbarten Löhne zu zahlen. Während derselbe für Bauarbeiter 50 Pf. pro Stunde vorschreibt, zahlt die Firma nur 45 Pf. Verschiedene Arbeiter, welche auf Anerkennung des Tariflohnes drangen, wurden entlassen. Trotzdem nun dem Herrn Vordorff diese Zustände bekannt sind, ist bisher von der Gemeinde noch nichts geschehen, um die Firma zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen zu veranlassen. Ob man wohl, wenn es sich um eine Maßnahme im Interesse der Unternehmer handelt, auch so zaghaft wäre?

### Steglitz.

Aus Nahrungssorgen Selbstmord verübt hat vorgestern der Konditorgehilfe Otto J. aus der Stephanstraße. J. hatte infolge Krankheit seine Stellung verloren und war seit mehreren Wochen arbeitslos. Da alle seine Bemühungen, Stellung zu erhalten, erfolglos blieben und seine Familie sich in bitterer Not befand, wurde J. derart niedergeschlagen, daß er sich das Leben zu nehmen beschloß. Als gestern seine Frau fortgegangen war, vergiftete er sich mit Leuchtgas, nachdem er sein zweijähriges Töchterchen in dem Nebenzimmer eingeschlossen hatte.

### Röpenitz.

Mit 15 Beratungsgegenständen hatte sich die letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu beschäftigen. Vier davon wurden

in geheimer Sitzung beraten. Der Hausbesitzerverein wünschte die Einführung einer besonderen Gewerbesteuer unter Zugrundelegung des staatlichen Gewerbesteuerzuges einer Reihe hiesiger Betriebe, die der ausgelegten Liste entnommen sind. Herr Hübenbender, Hausbesitzer, petitionierte um Zurückhaltung von 6118 M. Kanalisationsgebühren, da die Räume des Grundstücks Dorothenstr. 11 von 1907—1909 leer gestanden haben. Beide Gesuche wurden dem Magistrat überwiesen. In der noch immer nicht zur Ruhe gekommenen Henschelaffäre lag folgender von Mitgliedern sämtlicher Fraktionen unterzeichneter Dringlichkeitsantrag vor: In vielen Kreisen der Einwohnerschaft ist das Gerücht verbreitet worden, die von dem früheren Vorsitzenden der Elektrizitätskommission Herrn Henschel aufgestellte unrichtige Bilanz sei von den damaligen Mitgliedern der Elektrizitätskommission mit Veranlassung und infolgedessen auch genehmigt worden. Wir ersuchen daher, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, das ferngeleitete vom Magistrat und der verstorbenen Elektrizitätskommission festgestellte umfangreiche Material durch eine ausführliche Darstellung dieser Verhandlungen in der am 20. d. M. stattfindenden öffentlichen Stadtverordnetenversammlung bekanntzugeben. Stadt. Niele (Soz.) betonte hierzu, daß in Versammlungen Verhandlungen aufgeführt würden, die der Wahrheit nicht entsprechen. Derjenige, der Informationen geben konnte, auch zugegen war, habe geschwiegen. Stadt. Jakob (lib.) meinte, er habe den Magistrat, die Stadtverordnetenversammlung, ja die ganze Wärgerschaft getäuscht. Die beiden Werke sind Musteranlagen, und als er vor 800 Menschen von den hohen Ueberhöhen redete, mußte man es glauben. Als in der Kommission von 70 000 M. Ueberhöhen die Rede war, wußte er bereits, daß es ja keine 70 000 M. waren. Bürgermeister Prämmer erklärte, die gewünschte amtliche Darstellung der Angelegenheit zu geben, trotzdem dadurch die Sache leider noch einmal in allen Zeilen vorgetragen werden müsse. Redner gab nunmehr eine eingehende Darstellung der Bilanzverhältnisse. (Da die Schilderung dieser Sache bereits Ende vergangener Jahres gegeben worden ist, verzichten wir auf eine Wiedergabe der Ausführungen des Bürgermeisters. Der Ver.) Das Resümee der amtlichen Erklärung ist: Herr Henschel hat die Bilanzverhältnisse und die Fälligkeit begangen und zwar ohne Vorwissen der Kommission, des Magistrats und des ersten Bürgermeisters. Zu der Frage, weshalb die Sache nicht der Aufsichtsbehörde unterbreitet worden ist, erklärte der Redner, daß solange es geht, derartige Angelegenheiten in der eigenen Verwaltung geregelt werden; im übrigen wollte man sich nach Möglichkeit schonen. Der Bericht sagt dann zum Schluß: „Wir haben gütlichweise die Selbstverwaltung, und solange wir als Bürger mit Wärgern zu verhandeln haben, brauchen wir die Genehmigung der Aufsichtsbehörde nicht. Es kam darauf an, daß der Schuldige aus der Verwaltung ausschied, und da er dies freiwillig tat, war damit die Sache abgetan. J. habe durch die Mandatsniederlegung seine Schuld eingelöscht, denn wenn er sich nicht schuldig fühlte, durfte er dieses nicht tun, sondern die Einleitung des Disziplinarverfahrens beantragen. Stadtverordneter Jachmann (fr. V.) erklärte, daß man dem Magistrat Dank schulde, indem er die Verhältnisse aufgedeckt. Hiermit war die Beratung des Antrages erledigt. Zum 88. ordentlichen Brandenburgischen Städtetag wurden als Vertreter der Vorsteher Luft, Stadtverordneter Schneider und unser Genosse Niele gewählt. Bezüglich der Errichtung von Sekteln an den Gemeindefschulen hat die Regierung mitgeteilt, daß es sich nicht überlegen läßt, wenn die Verhandlungen wegen der Vereinheitlichung des Volksschulwesens in Groß-Berlin zum Abschluß gelangen werden. Gemäß einem Antrag des Genossen Herbst beschloß die Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, trotzdem zum 1. Oktober d. J. an zwei Gemeindefschulen Sekteln zu errichten, da die Mittel bereits im Etat enthalten sind. Der Verkauf eines 2800 Quadratmeter großen städtischen Grundstücks an der Kaulsdorfer Straße zum Preise von 8 Mark pro Quadratmeter wurde abgelehnt. Der Preis wurde als zu niedrig bezeichnet. Die Automobilgesellschaft hat auf Vorstellungen des Magistrats die Erklärung abgegeben, daß die Fahrer angewiesen sind, ein langsames Tempo beim Einfahren der Automobile auf der Nittelheimer Chaussee einzuschlagen. In den Monaten Juli und August sollen, wie im Vorjahr, die Sitzungen ausfallen.

### Wannsee.

Feuer brach in der Nacht zum Dienstag in der Villa Sasse hier, Vidmarstraße, aus. Bei Anlaufe der Feuerwehre stand der Dachstuhl bereits in hellen Flammen. Der Wehr gelang es jedoch, den Brand auf den Dachstuhl zu beschränken. Die Aufbaumarbeiten nahmen die Wehr noch bis gestern mittag in Anspruch. Die Entstehungsurache des Feuers ist noch unauferklärt.

### Friedrichsfelde.

Zu der heute stattfindenden Beerdigung des am 20. Mai verunglückten Turnwarts Wilhelm Wrasse treffen sich alle Gruppen und sonstigen Teilnehmer nachmittags 8 Uhr im Lokal des Gastwirts Tube, Prinzenallee 30.

### Pankow.

Wegen fortgesetzten Verbrühens gegen seine eigene Tochter wurde der Bauarbeiter Max Dierstein aus der Maximilianstr. 8 festgenommen. Er, der vorher in Stettin wohnte, soll seine Tochter schon, als sie erst 10 Jahre alt war, mißbraucht und dieses Treiben auch in Berlin bis jetzt fortgesetzt haben. Das jetzt 18 Jahre alte Mädchen offenbarte sich seiner Mutter und dieß machte Anzeige, worauf die Festnahme erfolgte.

### Zegel.

Uebel mitgeschickelt wurde dem Beamten J. aus der Brunowstr. 57. J. hatte Urlaub erhalten und um sich zu erholen, reiste er mit seiner Frau auf Land. Der Dach- und Schließgesellschaft hatte er während seiner Abwesenheit die Bewachung seiner Wohnung ans Herz gelegt, um so vor Einbrechern gesichert zu sein. In der vorgefertigten Nacht beobachtete nun ein Wachbeamter, daß in der J. schen Wohnung Licht brannte. Es konnten also nur Einbrecher in der Wohnung sein. Schnell holte er einige Polizeibeamte herbei und nun wurde das ganze Haus umstellt. Auch der Polizeihund Wolf wurde herangezogen. Auf wiederholtes Klopfen reagierten aber die Einbrecher nicht. Als die Beamten dann in die Wohnung drangen, war das Licht gelöscht. Es wurde nun Wolf auf die Suche geschickt. Er suchte in allen Zimmern und endlich im Schlafraum hatte er den Einbrecher gestellt. Ein Beamter rief dem Tier zu: „Wolf fah an!“ und im nächsten Augenblick stürzte sich der Hund auf einen im Bett schlafenden Mann, der nur mit dem Hemd bekleidet war, und rief ihn aus dem Bett heraus. Bald stellte sich heraus, daß der vermeintliche Einbrecher tatsächlich der Wohnungsinhaber selbst war. Er war inzwischen von der Wehr zurückgeführt, hatte aber vergessen, die Schließgesellschaft hierüber zu benachrichtigen.

### Potsdam.

Ein Waldbrand brach gestern in der Wirschlag im Jagd 267 aus. Das Feuer entstand durch Wegwerfen eines Streichholzes. Es breitete sich mit rasender Geschwindigkeit aus und erfaßte ein 300 Quadratmeter großes Gebiet. Man bewältigte den Brand durch Aufwerfen eines Grabens.

Leser- und Diskutterklub „Süd-Ost“. Heute Mittwoch, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Reichardt, Gölzinger Straße 58: Mitgliederversammlung Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Leser- und Diskutterklub „Heinrich Heine“. Heute abend 8<sup>1/2</sup> Uhr: Sitzung bei Volke, Rodenbergstraße 2 Gäste willkommen.

## Eingegangene Druckschriften.

Gemeinde-Anzeigen. 2. Bd. 2. Teil: Die Gemeinde-Anzeigenstatistik in Deutschland. Von Dr. O. Rost. 6,50 M. — 2. Bd. 3. Teil: Die Entwicklung und die Probleme des Gemeinde-Anzeigenwesens in den Städten und großen Landgemeinden der preussischen Industriegebiete. Von Dr. H. Müller. 1,20 M.

Organisationsformen der Eisen- und Textilindustrie in England und Amerika. Von Th. Vogelstein. 6,50 M.

Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Wien 1909. 14 M. — Duncker u. Humblot, Leipzig.



